

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich 1,20 Mk., wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,20 Mk. pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich. Ausland 2,50 Mk. für das übrige Ausland 4 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1894.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenbreite oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zweiwöchig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanfragen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 9. Juli 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die französische Minderheit.

II.

Der zurückhaltende Einfluß der parlamentarischen Minderheit machte sich — ganz wie bei uns — natürlich auch in der Presse und in dem Organisationsleben bemerkbar. In dem schon erwähnten Bericht über den Nationalratskongreß (Dezember 1915) werden als Redner der Minderheit fünf Abgeordnete und Maurangeß (der Anfang Juni im „Populaire du Centre“ gegen Kienthal geschrieben hat) genannt. Unter den vier Rednern der entschiedenen Linken findet sich kein Abgeordneter. Als große Momente dieser Konferenz werden neben einer Rede von Thomas gerade die Reden zweier dieser Arbeiter bezeichnet: als Bourderon sprach und als für den Antrag Bourderon ein junger Arbeiter eintrat, der mit seinem glühenden Appell die ganze Versammlung mit sich riß.

Einige Sätze über das Verhalten der Minorität auf dem Nationalrat sind so typisch auch für die Verhältnisse in anderen Ländern, daß wir sie hier im Wortlaut geben: „Die ganze Kühnheit der vorhergehenden Tage war verfliegen. (Man war auf den Kongreß gekommen in der festen Absicht, sich nicht zu fügen, gab sich aber dann doch dazu her, einer „Einheits“-resolution zuzustimmen. Sie nahmen die Niederlage an, indem sie sich gegenseitig wiederholten, daß die Minorität siegreich aus dem Kampfe hervorgehen würde, weil sie die Mehrheit gezwungen hatte, übertriebene Formeln (aus der Resolution des Munitionsministers Thomas) zu entfernen, an allen wichtigen Punkten BuchstabenkonzeSSIONen zu machen und besonders Minderheitsanhänger in den Parteivorstand und andere Instanzen hineinzulassen. Scheinbare Niederlage, verhüllter Sieg — so trösteten sich die Schwächlinge über ihre eigene Schwäche.“ In der Resolutionskommission hatten sich die drei Anhänger der Minderheit völlig binden lassen und ihr Führer Pressemane sagte nur kurz vor der Abstimmung: „Als Mitglied der Resolutionskommission bin ich gebunden, für den gemeinsamen Entwurf zu stimmen. Niemand hier wird jemals wissen, wie mir diese Zustimmung schwer fällt. Aber ich sage den Genossen von der Minderheit, daß, wenn ich auch verpflichtet bin, gegen meine Überzeugung zu stimmen (!), Ihr volle Freiheit habt.“ Der Bericht fährt fort: „Einzig Bourderon konnte noch in wenigen Worten stolz seine unüberänderte Resolution aufrechterhalten...“ Durch die Haltung einzelner Führer war auch die Masse der Delegierten verwirrt worden, zumal die Mehrheit erregt gegen den drohenden Wortbruch der Kommissionsmitglieder und die parteigefährdende Hartnäckigkeit der Opposition protestierte. So kam es, daß die Delegierten von sechs großen Parteiorganisationen, die für die Resolution Bourderon stimmen mußten, sich teilweise in den Reihen der Majorität fanden. Wie der Bericht weiter feststellt, wurde das Spiel Renaudels (des Verfassers der angenommenen Resolution) sehr durch eine zweideutige, mit KonzeSSIONen an die Mehrheit schmachtend gemachte Resolution des „Zentrums“-führers Longuet erleichtert.

Auf dem neuen Nationalratskongreß (April 1916) hat die „Opposition“ ja bekanntlich etwas geschickter operiert. Neben der Mehrheitsresolution, die 1987 Stimmen erhielt (wovon aber rund 700 okkupierte Gebiete „vertraten“), wurde über eine Resolution Pressemane abgestimmt, die 960 Stimmen auf sich vereinigte. Nach dem Pariser Brief des Führer „Volksrecht“ waren von 73 Föderationen (Parteiverbänden) 6 abwesend oder enthielten sich der Stimme, 37 stimmten mit der Mehrheit (Renaudels), 28 für die Resolution Pressemane. Nach Guilbeaux haben die beiden Föderationen Haute Vienne (der erste Mittelpunkt der Oppositionsbewegung) und Rhône geschlossen für Pressemane gestimmt. Weiter votierte für Pressemane die Mehrheit der Delegierten aus folgenden 21 Föderationen: Ain, Algérie, Alpes-Maritimes, Ardèche, Charente-Inférieure, Vaucluse du Rhône, Côte d'Or, Côtes du Nord, Creuse, Dordogne, Eure et Loire, Finistère, Indre et Loire, Isère, Jura, Loire, Loire-Inférieure, Marne, Nordbhan, Dife, Vaucluse. Die Föderation Seine umfaßt eine starke Minorität (189 gegen 256).

War das Leben in diesen Organisationen schon in Friedenszeiten schwach, so muß es jetzt so gut wie ganz stocken. Daher erklärt es sich wohl auch, daß so wenig darüber berichtet wird. Es kommt weiter hinzu, daß die Partei jetzt noch weniger als früher der einzige Sammelpunkt für sozialistische Betätigung ist. In den Gewerkschaften, die auch die ersten französischen Vertreter nach Zimmerwald entsandt hatten (Merrheim und Bourderon), scheint ein kräftigeres Leben zu pulsieren als in der Partei. Unter der Leitung der beiden Genossen ist seit einigen Monaten ein „sozialistisches Aktionskomitee für den Frieden“ tätig, das Flugblätter und Aufrufe herausgibt. Daneben sind die Frauen sehr rührig, unter der Führung der mutigen Genossin Louise Saumoneau, die an der internationalen Berner Frauenkonferenz im Frühjahr 1915 teilnahm und seither mit dem Gefängnis Bekanntschaft machen mußte. Auf der zweiten Zimmerwalder Konferenz wurden übrigens einige Begrüßungsresolutionen einiger französischer Gruppen im Stile des russischen Genossen Lenin verlesen; ob sie den Ausdruck nennenswerter Strömungen in Frankreich darstellen, ist nicht bekannt.

Die Forderungen, die Guilbeaux im allgemeinen an die französischen Genossen stellt, werden nur verständlich,

wenn man sich die besonderen Verhältnisse Frankreichs gegenwärtig. Nationalismus, Ministerialismus und „Jusqu'aboutisme“ (Durchhaltepolitik) sind die schlimmsten Feinde der französischen Friedenspolitik. Da auch die französische Partei tief in diese Sünden verstrickt ist, fordert Guilbeaux eine radikale Lösung von allen drei Uebeln: „Diese Minderheitsanhänger — schreibt er polemisch gegen einen Artikel des „Populaire“ — verwerfen gegenwärtig die Teilnahme am Ministerium. Aber sie widerlegen sich jedem Ausschluß und jeder Trennung.“ Wer gleich Guilbeaux weiß, welchen Einfluß die „sozialistischen“ Minister in der Partei bei allen Entscheidungen haben, wird diese Klage verstehen. „Die Minderheitsanhänger — heißt es im gleichen Artikel — müssen alle Leute abstoßen, die durch den Ministerialismus, den Nationalismus und die Durchhalte-Parole bloßgestellt sind. Es ist nicht mehr möglich, Mitglied derselben Partei zu sein, der ein Minister (nämlich Thomas) angehört, der einem Herrn Schneider (dem französischen Waffenfabrikanten) — Herrn Schneider von der Internationale... Armstrong-Boutilloff-Creusot — dankt und russische Minister befürcht, die seine fünf Kollegen aus der Duma nach Sibirien geschickt haben... Man muß die schlechten Wirten vom Sozialismus verbannen, oder eine Organisation der Opposition schaffen. Es würde falsch sein, aus zu weitgehender Rücksicht oder aus Sorge um die Einheit belastete Männer zu behalten und so zu verhindern, daß sich dem Sozialismus zahlreiche gesunde und tätige Elemente anschließen, die von der seit altersher in der Partei gelübten Wahlpolitik und Burgfriedenspolitik zurückgestoßen wurden. Keine Intransigenz, aber Radikalismus und Reinheit!“

Diese Worte mögen für deutsche Ohren zu syndikalistisch klingen; aber auch ein Herrheim hat sich bisher nicht entschließen können, der Partei beizutreten, die nach Guilbeaux „den Sozialismus zu kriegerischen Zwecken mißbraucht und sich mit den Urhebern des fürchterlichsten aller Blutbäder solidarisiert hat“... .

Die Sorge um den Friedensschluß.

Der Reichskanzler hatte wohl geglaubt, durch seine Polemik gegen Kapp und Junius alter seine Gegner zum Schweigen zu bringen. In Wirklichkeit entfalten die Konservativen und alle sonstigen Gegner des Kanzlers in der gesamten Presse seither eine viel lebhaftere Tätigkeit gegen die Politik des Kanzlers als zuvor. So gemühtigt diese Kritik auch in der Form sein mag, in der Sache verkünden die Konservativen, Nationalliberalen und selbst einige Zentrumsblätter deutlicher denn je, daß sie ihre Unterstützung des Kanzlers von gewissen Zugeständnissen an die eigene Kriegs- und Friedenspolitik abhängig machen. Fast noch mehr als die Ankündigung der „Reorientierung“ hat die rechtsstehenden Parteien die Polemik des Kanzlers gegen übertriebene Kriegszielforderungen verstimmt. Ob die Parteien glauben, daß wirklich ihre weitgehenden Kriegszielschwünsche erfüllt werden, erscheint uns zweifelhaft. Wenn diese Forderungen trotzdem immer wieder mit allem Nachdruck vorgebracht werden, so geschieht das aus anderen Gründen, die von der „Kreuzzeitung“ in folgenden Worten angedeutet werden:

„So ganz durchdrungen von der Größe der uns gestellten Aufgabe... und deshalb auch so ganz beherrscht von dem Willen zu siegen, ist unser Volk in allen seinen Teilen und in jedem seiner Glieder heute nicht mehr... Diesen Willen zum Siege rage zu halten und zu stärken, wird deshalb eine der vornehmsten Aufgaben des Deutschen Nationalauschusses sein... Aber er wird dazu nicht imstande sein ohne die Mitwirkung der leitenden Stellen. Diese kann man von dem Vorwurf einer gewissen Rücksicht an der Entspannung der Volksstimmung nicht freisprechen... Vor allem fehlt das eine, daß man dem Volke große Ziele zeigt.“

Die „Kreuzzeitung“ bemängelt dann weiter im einzelnen, daß die Regierung nicht genügend Fühlung mit dem Volke habe und zur Belebung der Stimmung durch entsprechende Propaganda für den „deutschen Standpunkt“ beitrage. Noch weniger als die „Kreuzzeitung“ ist das andere konservative Berliner Blatt, die „Deutsche Tageszeitung“, mit der Regierung zufrieden. Die „Tageszeitung“ veröffentlicht gleich in einer Nummer zwei Artikel, die der Kriegszielpolitik des Reichskanzlers entgegenstehen. Der eine Artikel knüpft an die Mitteilungen Scheidemanns in Breslau an, er verlangt klare Auskunft darüber, ob Scheidemann die Auffassung des Kanzlers richtig interpretiert hat, oder ob der Wortlaut der Kanzlerrede maßgebend sei. Der Zwiepsalt in den Auffassungen über die Anschauung des Reichskanzlers sei so scharf und breit geworden, daß eine Klärung der Frage unbedingt geboten erscheine. Zum Schluß des Artikels wird folgende Drohung ausgesprochen:

„Nachdem der Abgeordnete Scheidemann die Autorität des Kanzlers für seinen Standpunkt in Anspruch genommen hat, halten wir es für erforderlich, daß von der anderen Seite ein Gegenwort geschaffen wird. Wir möchten deshalb den sechs Wirtschaftsverbänden dringend nahelegen, auch ihrerseits öffentlich mitzutreten, ob und wie der Reichskanzler sich zu ihnen über die Kriegsziele geäußert hat. Wie die Dinge jetzt liegen, halten wir das für eine Notwendigkeit.“

Da in diesen Sätzen die Andeutung enthalten ist, daß der Reichskanzler sich gegenüber den Wirtschaftsverbänden anders

geäußert hat als in der Besprechung mit Scheidemann, halten auch wir diese Klarstellung für dringend geboten.

In der gleichen Nummer der „Deutschen Tageszeitung“ wird etwas Licht über den mysteriösen neugegründeten „Deutschen National-Ausschuß“ verbreitet. Graf Reventlow teilt mit, daß dieser neue Friedensbund halb-offiziöser Charakter trägt. Darauf deutet schon die Tatsache, daß der Vorsitzende des Bundes, Fürst Wedel, der frühere Statthalter in Elsaß-Lothringen ist. Graf Reventlow bemängelt es aber sehr ernstlich, daß der „National-Ausschuß“ nichts weiter als „Verständnis für einen Friedensschluß“ erwecken will. Das könnte seiner Ansicht nach den Eindruck hervorrufen, als ob nunmehr auch gleichsam halb-offiziös die deutsche Kriegsmüdigkeit zum Vorschein gebracht würde. Dem Programm des „Deutschen National-Ausschusses“ stellt Graf Reventlow Worte von Hindenburg und Tirpitz entgegen, die den Wunsch nach Fortsetzung des Krieges bis zum „endgültigen Siege“ zum Ausdruck brachten. In gewissen Lebensfragen darf es nach dem Grafen Reventlow mittlere Linien nicht geben, sondern nur ein Ja oder Nein, sowohl nach Westen wie nach Osten.

Graf Reventlow macht weiter darauf aufmerksam, daß bisher dem deutschen Volke die Einwirkung auf die Art des Friedensschlusses systematisch unmöglich gemacht worden ist, während andererseits dem Friedensbund offenbar die Erlaubnis zu einer solchen Einwirkung gegeben worden ist.

Auch wir müßten mit aller Schärfe dagegen protestieren, daß einem beschränkten Personenkreis das Privileg zur Erörterung der Kriegszielforderungen erteilt worden ist, so sehr wir auch sonst in unseren Anschauungen von denen der „Deutschen Tageszeitung“ abweichen. (2)

Auf den oben erwähnten Artikel der Konservativen „Kreuzzeitung“ antwortet der Kanzler in der folgenden, hochbedeutungsvollen Kundgebung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“:

„In einer Betrachtung über die Stimmung des Volkes schreibt die „Kreuzzeitung“: Die Regierung habe versäumt, dem Volke die großen Ziele zu zeigen. Der Vorwurf ist alt, so alt, daß es uns wundernimmt, daß er noch im Volke lebendig sein soll. Ist er wirklich berechtigt?“

Der innere Sinn dieses großen Kampfes ist die Verteidigung des deutschen Volkes, seiner Freiheit und seiner Zukunft. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wird die tiefe Bedeutung dieses Sinnes, die in den Kundgebungen Seiner Majestät des Kaisers und in den Reden des Reichskanzlers immer wieder hervorgehoben worden ist, gerade jetzt, da an allen Fronten wütende Kämpfe toben, lebendiger als je empfinden. Ist dies kein Ziel, groß genug, alle zu einigen und innerlich zu befehlen? Man hat es vielfach so darstellen wollen, als sei dies Ziel doch ein rein negatives. Wer aber nicht über die Reden des Reichskanzlers hinweggehen will, namentlich über die Reden vom 19. August 1915, 9. Dezember 1915 und 5. April 1916, in denen er früher wiederholt Angeedeutetes so ausführlich als möglich dargelegt hat, wird zugeben müssen, daß die Regierung jedenfalls die Verteidigung nicht im negativen Sinne, sondern in dem höchst positiven Sinne der Behauptung, Sicherung und Stärkung der deutschen Zukunftsstellung in der Welt saht. Wenn die Einfallslose in das Herz Deutschlands fremdem Einfluß entzogen, wenn Rußland hinter die Flüsse zurückgeworfen wird, die als kürzere Grenze Deutschland einen besseren Schutz geben, wenn die wirtschaftliche Entfaltung Deutschlands in der ganzen Welt gesichert sein soll — ist das kein großes Ziel? Sind die Kanzlerreden, in denen solche Forderungen erhoben wurden, das „lähmende Schweigen“, aus dem die „Deutsche Tageszeitung“ Sorge und Zweifel wachsen sieht?

Es liegt in der Natur der Sache und in der Pflicht der politischen Leitung, in einem solchen Kriege einer Koalition gegen eine andere die Aufstellung konkreter Friedensbedingungen und den Zeitpunkt ihrer Bekanntmachung nicht abhängig zu machen von Stimmungen und Gefühlen, sondern lediglich von klarer realpolitischer Erwägung. Wir haben es immer für einen bedauerlichen Fehler gehalten, daß die Kreise, die im Spätherbste des Jahres 1914 und im Frühjahr 1915 die Zeit für gekommen erachteten, große Eroberungsziele aufzustellen, dies ohne Fühlung mit der Regierung und ohne Rücksicht auf die politische und militärische Lage getan haben.

Da die Politik die Kunst des Möglichen ist, konnte die Regierung diesen Weg nicht betreten und mußte die Angriffe, die deswegen im Laufe des vergangenen Jahres gegen sie gerichtet wurden, auf sich nehmen. Die Behauptung des Deutschen Reiches gegen eine Welt von Feinden, die Sicherung seiner Zukunft und seiner Freiheit nach West und Ost bleibt deshalb doch als Aufgabe so groß und gewaltig, daß wir unsere inneren Kräfte nicht schon inter arma durch voreiligen Streit über die Grenzen des

Möglichen und Nützlichen bei den Friedensverhandlungen zersplittern dürfen.

In diesem Artikel, auf den wir noch eingehend zurückkommen werden, bekennt sich der Reichskanzler ausdrücklich zu den in seinen früheren Reden aufgestellten Kriegszielorderungen. Wenn die Notiz der „Norddeutschen“ die belgische Frage nicht ausdrücklich berührt, so ist der Satz doch klar genug, in welchem der Reichskanzler davon spricht, daß die „Einfallstore fremdem Einfluß entzogen werden sollen“. Noch deutlicher als in seinen Reden wird der Kanzler jetzt in seiner Sprache über Rußland, dem gegenüber er ausdrücklich eine andere, kürzere Grenze beim Friedensschluß durchsetzen will. Auch über die übrigen, von anderer Seite aufgestellten Forderungen äußert er sich nicht, wie er es nennt, aus „sentimentalen“ Gründen zurückhaltend, sondern, weil die realpolitische Einschätzung der Kriegslage ihm in seiner Kriegszielpolitik (der „Kunst des Möglichen“) davon abhält.

Die gestrige Note der „Norddeutschen Allg. Zeitung“, die von dem Volke Vertrauen zur Reichskanzlerpolitik verlangte, erzählt von der gesamten bürgerlichen Presse keineswegs eine freundliche Aufnahme. Die liberale Presse schwelgt allerdings vorläufig noch; um so entschuldener ist die Zurückweisung der Note durch die rechtsstehenden Blätter. Nach der oben abgedruckten neuen Kundgebung des Kanzlers wird die liberale Presse sicher zufriedengestellt sein; die rechtsstehenden Parteien werden allerdings auch jetzt noch einige Zurückhaltung üben.

Die „Kreuzzeitg.“ schrieb zu der ersten Auslassung der „Norddeutschen“:

„Wie uns das in letzter Zeit so oft bei amtlichen und halbamtlichen Kundgebungen begegnet ist, geht auch diese von der Fiktion aus, als sei Vertrauen eine Sache, die willkürlich gegeben oder verweigert werden könne, etwa wie eine Zahlung oder Steuerleistung. Vertrauen ist aber eine Sache der Überzeugung und des Gefühls. Dieses sozusagen blinde Vertrauen haben ganze Völker einzelnen Männern immer nur nach überragenden Erfolgen geschenkt. . . . Der Reichskanzler glaubt sie aus „elementarster politischer Klugheit“ verweigert zu müssen und verlangt das persönliche blinde Vertrauen. Aber unsere Gegner lehnen sich auf die „elementarste politische Klugheit“ des Kanzlers nicht, sondern haben ihre Kriegsziele oft genug vor aller Welt ausgesprochen. Sie haben sich dabei der Kriegslage jeweils etwas anschauen müssen, und wir konnten dann mit Benutzung feststellen, daß sie bescheidener geworden seien. Aber haben sie trotzdem mit ihren Reden und Kundgebungen ihren Zweck nicht erreicht? Haben sie nicht den Kriegswillens und Siegeswillens ihrer Völker lebendig erhalten, trotz einer militärischen und wirtschaftlichen Lage, wie sie z. B. auf den Völkern Italiens, Rußlands und auch Frankreichs lastet? Vergleichen wir damit unsere Lage in militärischer, finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht, so haben wir keinen Anlaß, mit dem Kriegs- und Siegeswillens unseres Volkes so durchaus zufrieden zu sein. Sollte „elementarste politische Klugheit“ uns da nicht eine andere Haltung empfehlen?“

Und in der „Deutschen Tageszeitung“ heißt es:

„In dieser halbamtlichen Auslassung wird Ursache und Wirkung verwechselt. Die „einige innere Stärke“ wird nicht dadurch gefährdet, daß Klarheit über die Ziele des Kanzlers verlangt, sondern dadurch, daß sie vorenthalten wird; und ebenso ist nicht ein blindes Vertrauen, wie es hier gefordert wird, Voraussetzung der „einigen inneren Stärke“, sondern einige innere Stärke, wie nur die Gewißheit sie gibt, daß der Friede erst unsere Opfer lohnen und unsere Zukunft wirksam sichern wird, ist die Bedingung des Vertrauens.“

Die Note meint, jetzt, während wir noch nicht den endgültigen Sieg errungen haben, sei es noch nicht an der Zeit, Klarheit über die Kriegsziele zu fordern. Ja, wann denn? Kriegsziele und politische Kriegsführung bedingen sich doch gegenseitig, vor allem gerade bei der Frage, die soeben noch erst ein kompetenter Beurteiler wie Herr Billow als die entscheidende Kriegs- und Siegesfrage bezeichnet hat. Es wäre höchst bedenklich, dem deutschen Volke das „Fragen“ verbieten und Schweigen auferlegen zu wollen, bis es — seinen Zweck mehr hätte, zu reden. Die „N. N. Z.“ weist darauf hin, daß unser Volk in Waffen wie sah, im jetzt mit allen Kräften um den Sieg zu kämpfen hat; aber gerade darum, weil wir nun schon fast zwei Jahre in einem so hundertjährigen Kampfe stehen, ist es hohe Zeit, dem deutschen Volke Ziele zu zeigen, damit es weiß, wohin dieser noch nicht abzuschließende Krieg uns führen soll. . . .

Das, und nicht ein lähmendes Schweigen, ist die Forderung des Tages, deren Erfüllung nicht auf morgen oder übermorgen verschoben werden darf, wenn nicht Sorge und Zweifel noch wachsen sollen!

„Tägliche Kundschau“:

„Gewiß kommt es auf das Heute an, aber doch nur um des Morgen und des Übermorgen willen. Die wahre Forderung des Tages dünkt uns, der Nation endlich das durch den zerstörenden Druck auf die Geister seit den herrlichen Tagen des Kriegesbeginns in Verwirrung gebrachte Bewußtsein wiederzugeben, daß sie gewiß sein kann, nicht umsonst zu opfern, zu kämpfen, zu bluten und zu siegen, sondern für ein Ziel, das Opfer und Blut wert ist. Dieses Bewußtsein allein kann — herrlich wie am ersten Tage — diesem Krieg heute wieder Seele und Zuversicht geben. Das wäre eine Fortdauer des Tages, über den hinaus zu denken und zu sorgen in einer Zeit, da um die nationale Zukunft von Jahrhunderten gerungen wird, sich doch nur Säuglinge versagen dürfen.“

Der nationalliberale „Deutsche Kurier“ schrieb:

„Diese Kundgebung trifft unseres Erachtens nicht dem Kernpunkt der Sache. Was sie fordert, ist blindes Vertrauen in die Regierung, weil die Regierung derzeit nicht in der Lage sei, über ihre Kriegsziele zu sprechen. Wir bezweifeln zunächst die Unmöglichkeit einer solchen Aussprache. . . . Solange die Auslassungen des Kanzlers so unbestimmt gehalten sind, daß beide Gruppen alles aus diesen Darlegungen herauslesen können, solange kann er nicht erwarten, daß ihm das allgemeine Vertrauen entgegengebracht wird, das er, wie ja von seinem Standpunkt aus auch verständlich ist, gern als Fundament für seine politische Tätigkeit haben möchte. Vorläufig stehen die weitesten Kreise Deutschlands unter dem Eindruck, daß das Herz des Kanzlers der erlangten Richtung zuneigt und daß wir heute eine Politik erleben, deren Organe das „Berliner Tageblatt“ und die „Frankfurter Zeitung“ sind. Das hat Mißtrauen erweckt, und dieses Mißtrauen ist bis zur Stunde nicht beseitigt.“

„Deutsche Zeitung“:

„Wenn man weiß, daß der jeweilige Kanzler entschlossen ist, aus dem Augenblick politische herauszulassen das, was unbedingt notwendig für einen dauernden Frieden und was mit entschlossener Kriegsführung möglich ist, dann begnügen sich die geschäftlich gebildeten und nationalstetig führenden Kreise selbstverständlich mit schweigendem Vertrauen und stiller Mitarbeit. Wo aber die Klarheit und Gewißheit fehlt, muß man darum kämpfen und ringen, bevor es zu spät ist.“

Selbst das „Berliner Tageblatt“ äußert sich dahin:

„Man wird auch vom abweichenden Standpunkt aus diesen Blättern zugeben müssen, daß die in der „Norddeutschen Allg. Zeitung“ veröffentlichte Auslassung nicht gerade sehr in haltreich war. Eine besondere Wirkung kann man sich von solchen Gefühlswendungen kaum versprechen.“

Den Wünschen der Presse entsprechend hat sich ja der Kanzler nun deutlich genug über seine Kriegsziele geäußert. Trotzdem hält er es für notwendig, in einer zweiten Kundgebung nochmals ausdrücklich zu betonen, daß er kein Flau- und Schlappmacher sei. Diese zweite Notiz der „Norddeutschen“ lautet:

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, 8. Juli 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Beiderseits der Somme hat der Heldentum und die Ausdauer unserer Truppen den Gegnern einen Tag voller Enttäuschungen bereitet. Die zahlreichen, immer wieder neu einsetzenden Angriffe wurden blutig abgewiesen. Die Anzahl der gefallenen Engländer vor dem Abschnitt Duvillers—Contalmaison—Vazentin—le-Grand und der Franzosen vor der Front Biaches—Soissons geben Zeugnis von der Masse der zum Angriff eingesetzten feindlichen Kräfte, sowie von der verheerenden Wirkung unseres Artillerie-, Maschinengewehr- und Infanteriefeuers.

Rechts der Maas opfert der Feind fortgesetzt seine Leute in starken vergeblichen Anstürmen gegen unsere Stellungen auf der Höhe „Kalte Erde“; er hat keinen Fußfesten Boden zu gewinnen vermocht. Mehrere hundert Gefangene fielen in unsere Hand. Schwächere Vorstöße gegen die „Hohe Batterie von Damloup“ wurden leicht abgewiesen.

Die Artillerie- und Patrouillentätigkeit auf der übrigen Front war teilweise rege. Der Angriff etwa einer französischen Kompagnie im Prieferwalde scheiterte.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Hindenburg

Bei Abwehr erneuter Angriffe südlich des Narocz-Sees nahmen wir 2 Offiziere, 210 Mann gefangen und schlugen an anderen Stellen schwächere Vorstöße ab.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Mit vollem Mißerfolge endeten die seit gestern wiederholten Anstrengungen starker russischer Kräfte gegen die Front von Birin bis südöstlich von Goroditsche sowie beiderseits von Darowo. Die vor unseren Stellungen liegenden Toten zählen nach Tausenden, außerdem verlor der Gegner eine nennenswerte Zahl Gefangener. Neue Kämpfe sind im Gange.

Seeresgruppe des Generals v. Linsingen südwestlich von Luce haben wir einige Vorteile errungen.

Armee des Generals Grafen v. Bothmer Nordwestlich von Buczac sind russische Angriffsunternehmungen erfolglos geblieben.

Valkan-Kriegsschauplatz.

Artilleriekämpfe zwischen Bardar und Dojran-See ohne besondere Bedeutung.

Oberste Seeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 8. Juli. (W. Z. B.) Amlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

In der Bukowina haben unsere Truppen den Feind in dem Tal der oberen Pruth und südlich des Dnjestr war gestern die Kampftätigkeit gering. Westlich und nordwestlich von Buczacz scheiterten mit großer Heftigkeit geführte russische Angriffe. Südwestlich von Luce wurden die feindlichen Linien abermals zurückgedrängt.

Die aus dem Styr-Bogen nördlich von Kolln zurückgenommenen Streitkräfte haben die ihnen zugewiesenen Räume erreicht. Der Gegner drängte nur an einzelnen Stellen nach. Wegen der österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen nördlich von Baranowitsch führte der Feind gestern abermals unter Aufgebot großer Massen an. Alle Angriffe scheiterten. Unsere siebenbürgischen Regimente kämpften in völlig zerschossenen Stellungen und schlugen die Russen mehrfach im erbitterten Nahkampf zurück. Tausende von toten Russen bedeckten das Vorfeld.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Isonzofront dehnte sich der Geschlachtenkampf auch auf den Götzer und Tolmeiner Bräudenkopf aus. Wegen den Rücken von Ronfalcone setzten die Italiener nach starkem Artilleriefeuer mehrere Angriffe an, die blutig abgeschlagen wurden. Südlich des Euganeaner Kanals der Angriff des italienischen zehnjährigen und zweizehnjährigen Korps gegen unsere Front zwischen der Cima Dieci und dem Monte Cebio fort. Diese sechs Infanteriedivisionen und mehrere Alpingruppen starken feindlichen Kräfte wurden auch gestern wesentlich unter schweren Verlusten zurückgewiesen.

Im Osterggebiet scheiterte ein Angriff des Feindes gegen unsere Stellungen auf dem kleinen Ostögele.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Dörfner, Feldmarschallleutnant.

„Unsere gestrige Notiz über die Rede des Professors Brandenburg ist von einigen Blättern dahin ausgelegt worden, als würde darin ein blindes Vertrauen für den Reichskanzler gefordert. Blindes Vertrauen fordert der Reichskanzler nicht, aber er befürchtet, daß ein für die Zukunft unter Bedingungen vorbehaltenes Vertrauen in der Gegenwart neues Mißtrauen sät und vorhandenes vertieft, und er glaubt, daß wir das in dieser ersten Zeit nicht brauchen können.“

Nachdem man im ersten Halbjahr des Krieges den Reichskanzler als Flau- und Schlappmacher hat hinstellen wollen, im weiteren Verlauf zu unzähligen Malen offen und verdeckt den Verdacht geäußert und gewendet hat, als würde nicht aus realen, sondern aus sentimentalen Gründen auf wirksame und entscheidende Kriegsmittel verzichtet, als fehle der entscheidende Wille zum Sieg, darf man sich jetzt nicht auf einen auf solche Weise hervorgerufenen Mangel an Vertrauen berufen und es so darstellen, als forderte der Reichskanzler gegenüber einem angeblich überall bestehenden Mißtrauen volles Vertrauen. Diese Tendenz finden wir zu unserem Bedauern in einigen Kommentaren zu unserer gestrigen Notiz wieder.“

Der französische Tagesbericht.

Paris, 8. Juli. (W. Z. B.) Amlicher Bericht von Freitag nachmittag. Auf beiden Seiten der Somme war die Nacht ruhig. Auf dem linken Massufer während der Nacht zeitweilig Geschützfeuer. Auf dem rechten Massufer gestaltete sich der Artilleriekampf sehr heftig in der Gegend des Werkes von Triaumont und in den Abschnitten von Fleury und Chenois. Im Prieferwalde versuchten die Deutschen gegen 8 Uhr abends einen kleinen Angriff und drangen in ein Grabenstück ein. Sie wurden sofort wieder hinausgeworfen. In demselben Abschnitt gelang den Franzosen ein Handstreich vollständig. Sie säuberten durch Handgranaten die feindlichen Gräben in einer Ausdehnung von 200 Meter und brachten Gefangene zurück. — Deutsche Flieger warfen mehrere Bomben auf die offene Stadt Dure. Elf Personen wurden getötet und drei verwundet; mit Ausnahme einer Militärperson, sämtlich Frauen und Kinder. Davon wurde für etwaige Vergeltungsmassregeln Kenntnis genommen. Im Laufe des Tages warf ein französisches Geschwader vierzig Bomben auf den Eisenbahnknotenpunkt Ham-les-Bois, westlich von Charleville und hatte auf der Rückfahrt zahlreiche Kämpfe mit deutschen Flugzeugen, von denen zwei abgeschossen wurden, eins in der Gegend von Mézières und eins bei Reimsdorf.

Paris, 8. Juli. (W. Z. B.) Amlicher Bericht von Freitag abend. Im Laufe des Tages ist von beiden Seiten der Somme nichts zu melden gewesen. Ein in der vergangenen Nacht auf einen unserer Schützengräben bei Moulins-Jours-Tourent zwischen Cise und Aisne unternommener Handstreich des Feindes ist vollkommen gescheitert. Auf dem rechten Ufer der Maas ist der Kampf im Laufe des Tages in der Gegend des Werkes von Triaumont ziemlich lebhaft gewesen. Die Deutschen unternahmen hintereinander mehrere Angriffe, denen Bombardements unserer Stellungen vorangingen. Bei einem von diesen gelang es ihnen, in unseren vorgeschobenen Gräben Fuß zu fassen, aber unser gegen 2 Uhr nachmittags unternommener Gegenangriff gestattete uns, unsere Linie vollständig wiederherzustellen, die sich an den unmittelbaren Jungängen zum Werk behauptet. Alle anderen Versuche des Feindes wurden durch das Feuer unserer Maschinengewehre zurückgewiesen. Sie haben ihn ernste Verluste gekostet. Der Artilleriekampf geht sehr heftig im Abschnitt nördlich von Souville und in der Gegend von La Rausée weiter. Auf dem Rest der Front die übliche Kanonade.

Belgischer Bericht: Im Laufe des Vormittags war der Artilleriekampf ziemlich lebhaft in der Gegend nahe bei Neuport und östlich von Ramschapelle. Unser Feuer auf Briegrachten und Steenstraete wurde mit Erfolg fortgesetzt. Am Abend des Tages brach ein lebhafter Kampf mit Bomben in der Richtung auf Steenstraete und Doefinghe aus.

Die englische Meldung.

London, 7. Juli. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Amlicher Bericht des Generals Haig. Letzte Nacht beschloß der Feind unsere neuen Stellungen bei Reinauftrag bei Montauban und bei La Voiselle heftig. Er benutzte an einigen Stellen Geschosse, die Tränen in die Augen trieben. Ostlich von La Voiselle eroberten wir nach einem heftigen Kampf, in dem der Feind schwere Verluste erlitt, wieder einen Laufgraben, der sich über eine Front von 1000 Yards erstreckt. Wir haben uns jetzt dort endgültig festgesetzt. Südwestlich von Thiepval wurde ein entschlossener Angriff auf unsere Linie vollständig vereitelt. Am Morgen erneuerten wir bei Tagesanbruch in gewissen Abschnitten des Schlachtfeldes östlich von Albert unsere kräftige Offensiv. Die feindliche Artillerie war besonders tätig am Vorsprung von Loos und gegenüber von Hulluch und Auch zwei Wägen springen. Zur gleichen Zeit richteten die Deutschen schwere Angriffe auf unsere neuen Gräben in der Höhe der Ancre und nördlich Pricourt. An der ganzen Front zwischen Ancre und Montauban wurde heftig gekämpft. Bis jetzt wurden mehrere wichtige taktische Erfolge seitens unserer Infanterie in der Nähe von Cuillers, La Voiselle und Contalmaison erzielt, aber nordwestlich von Thiepval gelang es dem Feinde, zeitweise 200—300 Yards verlorenen Bodens wieder zu gewinnen.

London, 7. Juli. (W. Z. B.) Amlicher Bericht. Trotz des hartnäckigen Widerstandes des Feindes drang unsere von der Artillerie gut unterstützte Infanterie in tapferster Weise vorwärts und eroberte am Morgen mehrere wichtige Punkte. Sie stürmte die ungeheure starke Schanze Leipzig südlich von Thiepval und erzwang sich den Weg nach Cuillers, wo der Kampf in heftiger Weise weitergeht. Sie rückte in einer Frontbreite von 2000 Yards und einer Tiefe von 500 Yards östlich von La Voiselle vor. Wir vertreiben den Feind aus zwei Geschüben und drei Linien Schützengräben nördlich von Pricourt. Die Schanze Leipzig liegt an dem deutschen Vorsprung. Sie war vom Feinde in den letzten 20 Monaten mit äußerstem Geschick besetzt worden und wurde nach einem heftigen Bombardement gestürmt. Eine unserer Brigaden weiter südlich, die von Westen her angriff, erzwang sich den Weg durch 500 Yards deutscher Schützengräbenfront hinein nach Cuillers. Die preussische Garde, die um 10 Uhr morgens östlich von Contalmaison ins Feuer geworfen wurde, machte verzweifelte Anstrengungen, uns zurückzuwerfen. Der Angriff brach aber in unserem Feuer zusammen. Der Feind zog sich infolgedessen nordwärts zurück, wobei er 700 Gefangene zurückließ. Unsere Infanterie stürmte mittags das Dorf Contalmaison. Es wurde aber infolge eines kräftigen Gegenangriffs geräumt. Die Verluste des Feindes müssen heute sehr ernst gewesen sein. Eine große Zahl von Truppen mußte sich über offenes Feld zurückziehen und wurde von unserer Artillerie gefolgt. Das Dorf Vazentin le Petit wurde heftig beschossen, als es voller deutschen Reserven war. Ein gefangener genommener Offizier erklärte, daß sein Bataillon von einem Flugzeug von 300 Fuß Höhe herab aus einem Maschinengewehr beschossen wurde, als es zum Schlachtfeld marschierte und in der Folge sei das gleiche Bataillon von unseren weittragenden Geschützen schwer beschossen worden. Ein harter Regen hat während des Tages den Boden aufgeweicht und die Schützengräben überflutet, was die Schwierigkeiten für die Truppen erhöhte.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 7. Juli. (W. Z. B.) Amlicher Bericht von Donnerstagabend.

Westfront: Die Zahl der Gefangenen, welche wir im Laufe der Kämpfe am 4. und 5. Juli westlich der Styr-Linie fluchtartig Kolln machten, beträgt über 300 Offiziere, 7415 unbewundete Soldaten, außerdem eine große Anzahl von Verwundeten; wir eroberten 6 Geschütze, 23 Maschinengewehre, einige Tausend Gewehre, 2 Scheinwerfer, 11 Vordemwerfer, 77 Munitionswagen.

Wir wiesen heftige deutsche Angriffe bei Grigolath ab. Am rechten Dnjestr-Ufer in der Gegend von Natow und Kosmierzu erbitterter Kampf. An diesen Stellen nördlich der Priefer Sumpfe lebhaftes Artilleriefeuer auf beiden Seiten. Ostlich Baranowitsch machte der Feind einige erbitterte Gegenangriffe, die wir abwiesen. Der Gegner machte von Zeit zu Zeit Feuerüberfälle aus großen und kleinen Geschützen auf die Gegend des Dorfes Labuch (11 Kilometer südöstlich von Baranowitsch). Unter dem Schutze dieses

Feuers machte er zwei heftige Gegenangriffe. Er wurde jedesmal durch unser Artillerie-, Infanterie- und Maschinengewehrfire abgewiesen.

Petersburg, 8. Juli. (W. Z. B.) Amlicher Bericht vom 7. Juli. Nachmittagsbericht.

Westfront: Die Kämpfe westlich vom unteren Styr dauern mit großen Erfolgen für unsere Truppen an. In der Gegend von Galuzia (18 Kilometer westlich von Masalowa), Optowa (13 Kilometer westlich von Masalowa) und Wojezek (13 Kilometer südwestlich von Masalowa) nahmen wir von Deutschen und Oesterreichern ausgebaute Stellungen. Der Feind floh unter unserem Artilleriefire. Wir machten von neuem zahlreiche Gefangene, darunter einen Regimentskommandeur mit seinem Adjutanten. Unsere Kavallerie verfolgte den Feind, jagte ihn bis in die Gegend von Wojezek und nahm ihm eine Kruppische Batterie von sechs Geschützen fort, welche nur einige Schuss abgeben konnte. Später eroberten wir nach einem hartnäckigen Kampfe das Dorf Komarow (10,5 Kilometer südwestlich von Czartorzyl) und Grabie (22 Kilometer südwestlich von Czartorzyl).

Man meldet die Besetzung des Bahnhofes Mantewicz (23 Kilometer nördlich von Kolski) durch unsere tapfere Kavallerie. Während der Verfolgung nahmen wir dem Gegner eine weitere Batterie von vier Geschützen und außerdem drei Geschütze schweren Kalibers fort. Südlich des Stochod und in der Gegend der unteren Lipa Artilleriefire.

Galizien: Bei Gladki versuchte der Feind weiter vorzukommen. Er wurde durch eine vorbereitete Sprengung zurückgeworfen. Nach den letzten Nachrichten beläuft sich die Gesamtzahl der vom 4. Juli bis 5. Juli westlich von der unteren Strupa gemachten Gefangenen auf 270 Offiziere und 9900 Soldaten. Wir erbeuteten bis jetzt 20 Maschinengewehre, 8 Bombenwerfer, 8 Minenwerfer, mehr als 5000 Gewehre und Flammenwerfer. Nordwestlich von Kimpolung ging der Feind energisch zum Angriff vor, er wurde jedoch von uns abgewiesen.

An der Düna lebhaftes Infanteriefire. In der Gegend südlich von Dünaung bis zu den Pinetzer Sümpfen an mehreren Stellen lebhaftes Artilleriefire. Südwestlich vom Karoz-See nahmen wir nach erbittertem Bajonettkampf einen Teil der vorgeschobenen deutschen Weiden. Der Feind setzte hier zu Gegenangriffen an. Im Abschnitt der Front östlich von Baranowitschi griff der Feind mehrmals vergeblich an.

Kaukasus. In der Gegend von Jewigil (25 Kilometer südlich von Trapezunt) griffen größere türkische Kräfte unter dem Schutze ihrer Artillerie gegen Tagesaubruck des 5. Juli an und drangen in die Gräben unserer Stellung ein. Unsere Truppen warfen den Feind im Handgemenge mit Handgranaten und mit dem Bajonett hinaus. Darauf wiesen wir noch zwei weitere feindliche Angriffe ab. Vor unseren Gräben lagen mehr als 300 Leichen des Feindes. Er ließ außerdem eine große Menge Waffen und Munition zurück. Ostlich von Eiburt gingen Teile unserer Truppen, nachdem sie den Feind, aber erfolglos angreifenden Feind durch ihr Feuer müde gemacht hatten, ihrerseits an mehreren Stellen zum Angriff über und bemächtigten sich einiger beherzten, von den Türken stark ausgebauten Höhenstellungen, wo sie 4 Offiziere, 190 Soldaten gefangen nahmen und ein Maschinengewehr, eine Anzahl Waffen, Geschosse und Fernsprengerät erbeuteten.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 7. Juli. (W. Z. B.) An der Kaukasusfront auf dem rechten Flügel und im Zentrum kein wichtiges Ereignis. Im Tschorufabschnitt dauern die unbedeutenden örtlichen Kämpfe an. Unsere Truppen entrieffen dem Feinde von neuem nördlich des Tschoruf auf dem linken Flügel einen Teil seiner Stellung. Gegenangriffe und Ueberfälle des Feindes zur Wiedernahme dieser Stellungen wurden mit ungeheuren Verlusten für ihn vollständig abgeschlagen. Im Laufe seines ergebnislosen Angriffs ließ der Feind allein vor einer unserer Stellungen 400 tote zurück. Wir machten 17 Gefangene, darunter einen Offizier, und zwei Maschinengewehre und die Reservegeschütze, eine Menge Munitionsfästen, Gewehre, Zelte und Ausrüstungsgegenstände fielen in unsere Hände. Von den anderen Fronten ist nichts Wichtiges zu melden.

Konstantinopel, 7. Juli. (W. Z. B.) Das Hauptquartier teilt mit: Von der Front im Irak und im Iran keine neue Nachricht.

An der Kaukasusfront auf dem rechten Flügel kein Ereignis, außer Patrouillengefechten. Im Zentrum Patrouillengefechte und Artilleriegefechte. Im Tschorufabschnitt griffen unsere Truppen den Feind, dem es gelungen war, eine in den sich nach Osten ziehenden Stellungen gelegene Höhe zu besetzen, an, nahmen die Höhe wieder, verfolgten den Feind bis an seine alten Stellungen und besetzten einen Teil dieses Geländes. Einen vom Feind versuchten Ueberfall in dem Abschnitt, der sich nördlich von Tschoruf in der Richtung auf das Meer ausdehnt, wiesen wir mühelos ab und nahmen dem Feinde Maschinengewehre. Auf dem linken Flügel erneuerte der Feind seine gewohnten Ueberfälle; im Laufe dieser Gefechte zerstörten und sprengten wir ein Geschütz und ein Schießbedarfslager des Feindes.

In den Gewässern von Smyrna beschossen einige feindliche Schiffe die Küsten ohne Wirkung und zogen sich wieder zurück.

Ein französisches Flugzeugmuttergeschiff erschien vor Haifa und ließ zwei Wasserflugzeuge aufsteigen; eines davon fiel ins Meer, Flieger und Beobachter wurden von den anderen gerettet; wir aber zogen das unbeschädigte Flugzeug ans Land und erbeuteten die darin befindlichen Bomben und Maschinengewehre nebst Schießbedarf.

Englischer Dampfer aufgebracht.

Amlich, Berlin, 8. Juli. (W. Z. B.) Der englische Dampfer „Kendennis“ aus Falmouth, welcher mit einer Ladung Grubenholz von Gobenburg nach Hull unterwegs war, ist an der norwegischen Küste aufgebracht und hat unter deutscher Kriegssflagge auf der Vorkumrede geankert.

Ein deutscher Dampfer torpediert.

Stockholm, 8. Juli. (W. Z. B.) (Meldung des Schwedischen Telegraphen-Bureaus.) Der Stettiner Dampfer „Dorita“ wurde heute nacht außerhalb des Fischerdorfes Tryfunda in den Dornschloßviskären von einem U-Boot versenkt. Der Kapitän Friedrichsen wurde vom Kommandanten des U-Bootes gefangen genommen. Die 23 Mann starke Besatzung der „Dorita“ rettete sich in das Fischerdorf. Sie sagt aus, es seien insgesamt 50 Schiffe gegen die „Dorita“ abgefeuert worden. Das U-Boot trug den Namen „Dulong“. Es führte keine nationale Flagge, sondern

nur Signalflaggen. Man glaubt, daß es sich um ein U-Boot-russischer Nationalität handelt. Fischer behaupteten, die Versenkung habe nur 2 1/2 Seemeilen außerhalb von Tryfunda stattgefunden.

Deutsche Goldfracht angehalten.

Amsterdam, 9. Juli. (W. Z. B.) Ein hiesiges Blatt meldet aus Westerbred in Niederländisch-Indien, daß der niederländische Dampfer „Zi Rembang“, der aus Amerika kam, bei den Ratmata-Inseln von einem englischen Kreuzer angehalten und nach Singapore aufgebracht wurde. Als Grund wird angegeben, daß das Schiff eine große Menge Gold an Bord hatte, das für die Handelsbank bestimmt, aber deutsches Eigentum war.

Neuer schwedisch-englischer Schiffskonflikt.

Kopenhagen, 7. Juli. (W. Z. B.) Der Stockholmer Privatkorrespondent von „Politiken“ meldet noch über die Ueberführung des Dampfers „Stockholm“ der Schweden-Amerikaner nach Liverpool: Der Dampfer hatte große Mengen Kriegsmaterial an Bord, welche die schwedische Regierung in Amerika gekauft hat. Man rechnet mit einer Verzögerung des Dampfers um drei Wochen, was für die Reederei ein sehr großer Verlust ist. Die 800 Reisenden des Dampfers müssen nun versuchen, auf andere Weise Skandinavien zu erreichen. Die Meldung von der Zurückhaltung des Dampfers rief an der Stockholmer Börse einen bedeutenden Ansehsfall hervor. Der Minister des Äußern hat bereits in London Schritte zur Freigabe des Dampfers unternommen, von denen man aber keinen Erfolg erwartet.

Stockholm, 7. Juli. (W. Z. B.) Göteborgs Handels-Tidning“ erzählt, daß die englische Regierung sich nunmehr bereit erklärt hat, die von der schwedischen Handelskommission festgesetzten Formulare für die Einfuhr von Waren aus England anzuerkennen. Bisher hatten sich die Engländer dem widersetzt. „Stockholms Dagbladet“ meint dazu: Das englische Zugeständnis bedeutet in Kürze, daß die Kontrolle über Waren, die auf Grund besonderer Erlaubnis aus England eingeführt werden, in die Hände der schwedischen Staatsbehörden gelegt ist und daß England also mit den Garantien gegen einen Mißbrauch der Einfuhrware zufrieden ist. „Svenska Dagbladet“ betont, daß es sich hierbei nur um Kaufbestimmungen für in England gekaufte englische Waren handelt. Die schwedische Einfuhr über England sei damit keineswegs geregelt.

Zur Aufhebung der Londoner Seerechtsdeklaration.

Amsterdam, 7. Juli. (T. U.) Die holländische Amerika-Linie hat beschlossen, für die nächsten zwei Wochen jeden Verkehr nach Amerika einzustellen. Es wird vorläufig kein Schiff dieser Linie die holländischen Häfen verlassen. In unterrichteten holländischen Kreisen bringt man diese Maßnahme mit der Nichtigkeitsklärung der Londoner Seerechtsdeklaration in Verbindung, deren Folgen für die Neutralen nicht zu übersehen sind, da jedes neutrale Schiff völlig der Willkür des Londoner Preisengerichts preisgegeben ist.

Amsterdam, 7. Juli. (T. U.) „Nieuws van den Dag“ beschäftigt sich heute in einem Leitartikel mit der Ueberschrift „In der Klemme“ u. a. mit der Nichtigkeitsklärung der Londoner Seerechtsdeklaration und mit der jüngsten Erklärung des Blockadeministers Robert Cecil auf die Anfrage eines Abgeordneten. Das Blatt sagt, daß der Zeitpunkt angebrochen ist, wo man einen starken Druck sowohl politisch als auch in ökonomischer Beziehung auf die in Deutschland grenzenden Länder ausüben will. Das Blatt richtet an die Neutralen die Mahnung, vorläufig noch abzuwarten, fügt aber hinzu, daß die Behandlung, welche Griechenland sich von den Ententemächten gefallen lassen müsse, zeige, daß man nicht allzuviel Optimismus zeigen dürfe. Je länger der Krieg dauert, so schreibt das Blatt, desto mehr kommen die kleinen Neutralen in die Klemme zwischen die Kriegführenden. Die internationalen Verträge scheinen jeden Wert verloren zu haben. Das Blatt behauptet dann die Lage der Schweiz, welches Land auf beide Parteien angewiesen sei und es mit keiner verderben dürfe. Zum Schluß ernahmt das Blatt die Niederlande, ihre Unabhängigkeit zu wahren.

Paris, 8. Juli. (W. Z. B.) (Meldung der Agence Havas.) Das Amsterdamer Blatt veröffentlicht einen Erlaß, durch welchen die früheren Erlasse über die Anwendung von Regeln der Londoner Seerechtsklärung vom 25. Februar 1909 außer Kraft gesetzt werden. Hierzu wird in einem Bericht erklärt, daß die Erfahrung zur Feststellung geführt habe, daß diese Regeln nicht imstande seien, den Kriegführenden die Anwendung der Rechte zu sichern, die sich für sie aus den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechtes ergäben. Es erscheine angemessen, die Kraft der in London festgesetzten Regeln in ihrer Gesamtheit aufzuheben, um sich künftig an die Grundsätze des Völkerrechtes zu halten. In einem Memorandum erklären die Alliierten feierlich, daß sie sich vor allem an die Bestimmungen der internationalen Abkommen halten werden, daß sie den Gedanken weit von sich weisen, das Dasein von Nichtkämpfern zu bedrohen, daß sie dem neutralen Eigentum keinen unberechtigten Schaden antun werden und daß sie, wenn durch die Tätigkeit der Flotte Handelsleuten guten Glaubens Schaden verursacht würde, immer bereit sein werden, die Erlosansprüche zu prüfen und berechnete Genugung zu gewähren.

Ein ökonomischer Zusammenschluß der Neutralen.

Lugano, 8. Juli. (T. U.) Das „Journal de Genève“ brachte einen kriegerisch klingenden Leitartikel anlässlich des „Druck“ des Vierverbundes in der schweizerischen Verjüngungsfrage. Der „Secolo“ bemerkt hierzu, ähnliche Schreiberereien sei man gewöhnt von Schweizer Journalen, die von unverantwortlichen Personen redigiert werden. Es sei aber das erste Mal, daß ein anerkannt seriöses Blatt eine derart erregte Sprache führe. Das „Journal de Genève“ rege unter Hinweis auf die Schlagfertigkeit des schweizerischen Seeres einen defensiven, ökonomischen Zusammenschluß der Schweiz mit Holland, Skandinavien, Spanien und Amerika an.

Die Antwort des „Temps“ auf Bülow's Kriegszielforderungen.

Bern, 7. Juli. (W. Z. B.) Nichts konnte im gegenwärtigen Augenblicke, in dem die Alliierten alle Anstrengungen, Deutschland zu schlagen, verdoppeln müssen, günstiger kommen, so schreibt „Temps“, als das Buch des Fürsten Bülow. „Temps“ erblickt darin eine Verkörperung des deutschen Volkes. Bei so entgegengesetzten Auffassungen von der Zukunft, heißt es weiter, kann der

Friede nur von Dauer sein, wenn er auf der völligen und gänzlichen Niederlage Deutschlands gegründet ist. Der deutsche Militarismus und das deutsche Volk sind, so sagt uns Bülow, ein und dasselbe. Das verpflichtet uns, unsere Zukunftssicherheiten nicht nur gegen die militärische Organisation, sondern auch gegen das Volk zu treffen, das sich mit ihm identifiziert. Bülow ist deutlich. Wenn wir das ungeheuerliche Werkzeug, das er Militarismus nennt, nicht zerbrechen, so wird der Friede nur ein Waffenstillstand sein. Wenn wir Deutschland die Bewegungsfreiheit nach dem Kriege lassen, so verstärken wir den Militarismus, der sein Zukunftsprogramm sein wird. Wir können ihn nur brechen, indem wir ihn an seinen Wurzeln abschneiden. Ein Krieg ist teuer. Um in Deutschland die Kriegsmöglichkeit zu ertöten, müssen wir es am Geldbeutel treffen. Indem wir den Feind zwingen, zu bezahlen, was der Krieg der Entente kostete, und ihr die Milliarden auszuliefern, die er sonst jährlich für Rüstungen ausgab, haben wir das einzige Mittel, ihn für ein Jahrhundert an den Frieden zu binden. Der Friede wird ein finanzieller Friede sein, ein Friede der Zurückzahlung der Entschädigung, oder er wird nicht sein. Die entscheidende Bestimmung des Vertrages ist die, welche diesen Frieden gründet.

Ein französisches Zentralernährungsamt.

Bern, 8. Juli. (W. Z. B.) Der französische Minister des Innern hat, dem Drängen der Bürgermeister der Großstädte nachgebend, nunmehr ein Zentralernährungsamt geschaffen mit der Aufgabe, die Mittel und Bedürfnisse der nationalen Wirtschaft zu prüfen und die Versorgung des Landes wie des Meeres, sowie die Verteilung zu regeln. Dem Amte gehören Vertreter der einschlägigen Ministerien an.

Rußland für Polens Autonomie.

Moskau, 7. Juli. (W. Z. B.) „Ruskoje Slowo“ teilt aus zuverlässiger Quelle mit: In der allernächsten Zeit ist die Veröffentlichung eines Regierungsdokuments zu erwarten, der die Grundzüge des bekannten Aufrufs des Höchstkommandierenden Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch an die Polen sowie die seinerzeit von Goremykin in der Reichsduma angekündigte Autonomie Polens neuerdings bekräftigen soll. Die Anregung dazu geht von dem Minister des Äußern Sazanow aus. Durch diesen Akt soll dokumentiert werden, daß die Polenfrage eine Frage der inneren Politik Rußlands sei und allein von Rußland gelöst werden könne. Der Ministerpräsident Stürmer nahm Sazanows Vorschlag bereitwillig auf. Als eine Abordnung der Polen vor kurzem bei Stürmer wegen Wiederaufnahme der Arbeiten der russisch-polnischen Kommission vortrat, antwortete Stürmer: Die Kommission ist überflüssig geworden. Die Regierung sei fest entschlossen, Polens Autonomie auf breiter Grundlage zu verleben.

England zum russisch-japanischen Handelsvertrag.

London, 7. Juli. (W. Z. B.) Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat die englische Regierung ihre Betätigung über den Bündnisvertrag zwischen Rußland und Japan ausgedrückt. Man ist der Ansicht, daß dieser in jeder Hinsicht das englisch-japanische Bündnis stärkt und die allgemeinen Beziehungen zwischen allen Alliierten im fernen Osten festigt.

Roosevelt und die Deutsch-Amerikaner.

New York, 8. Juli. (Zuspruch des Vertreters von W. Z. B.) Nach einer Meldung aus Chicago tritt Roosevelt in seinem Briefe an den Nationalausschuß der fortschrittlichen Partei über seine Gründe für die Ablehnung seiner Auffassung für die Präsidentenwahl dem Ausdruck Hughes bei, daß unter den augenblicklichen Verhältnissen die Auffassung eines dritten Wahlberechtigten lediglich ein Schachzug zugunsten der Wahl Wilsons sein würde, und sagt: Hughes ist unergieblicher als der Präsidenten geeignet als Wilson, und es würde ein schwerer Schaden für das Land sein, wenn letzterer wiedergewählt würde. Ueber die Bindung der Amerikaner sagt Roosevelt: Man hat gegen Hughes geltend gemacht, daß er durch verschiedene sogenannte deutsch-amerikanische Vereinigungen unterstützt worden sei; ich glaube aber, daß die Haltung dieser gewerksmäßigen Deutsch-Amerikaner am allerwenigsten ihrer Liebe zu Hughes entsprungen ist, vielmehr allein ihrem Gegenhate gegen mich; sie waren verpflichtet, mich bei der Ernennung der Wahlbewerber zu Fall zu bringen. Diese Leute haben nichts mit dem großen Volkskörper der Amerikaner gemeinsam — gibt es darin doch Leute von unvermischem oder gemischtem deutschen Blute, welche genau so gute Amerikaner sind, wie die von irgendeiner anderen Herkunft. Wie und nimmer hat es in unserem ganzen Lande bessere Bürger gegeben, als die große Masse von Männern und Frauen deutscher Geburt oder Herkunft, welche ganz in unserer gemeinsamen amerikanischen Nationalität untergetaucht sind oder noch untertauchen. Kein guter Amerikaner, welches auch seine Herkunft oder Konfession sei, kann etwas anderes für diese gewerksmäßigen Deutsch-Amerikaner empfinden, welche ihren amerikanischen Präsidenten zum Zwecke des Sieges des Deutschen Kaisers auszuwählen suchen, als Verachtung und Mißgunst. Die gewerksmäßigen Deutsch-Amerikaner dieser Art handeln lediglich im wohlverstandenen Interesse Deutschlands; sie haben eine eifrige Vereinstätigkeit gezeigt, das Interesse der Vereinigten Staaten zu opfern, so oft es mit Deutschlands Interesse zusammenstößt. Hughes Charakter und die ganze Art seines Benehmens in öffentlichen Angelegenheiten rechtfertigen die sichere Ueberzeugung, daß jene Leute, die ihn ihrer eigenen Interessen wegen unterstützen, in keiner Form oder Art seine öffentlichen Handlungen vor oder nach der Wahl beeinflussen werden; dafür bürgt sein ganzes öffentliches Leben.

Letzte Nachrichten.

Die Humanität über die Kriegslage.

Bern, 8. Juli. (W. Z. B.) Die Pariser „Humanité“ gibt in einer Besprechung der Kriegslage zu, daß das Ziel der englisch-französischen Offensive nur ganz allmählich erreicht und der sehr starke Gegner nur bei ausdauernder Zähigkeit der Alliierten besiegt werden könne. Diesmal heißt es, müssen wir bis ans Ende gehen. Jetzt ist auch die Ehre Englands im Spiele. Unsere Alliierten haben uns zwei Jahre lang den Beweis ihres starken Willens und ihrer bewundernswürdigen Bemühungen um eine Organisation gegeben; jetzt ist die Stunde gekommen, daraus Nutzen zu ziehen. Da man den jetzigen Augenblick als zur gemeinsamen Anstrengung günstig ausersieht und der John Bull zu heigen begonnen hat, wollen wir Vertrieben zu seiner Häufigkeit haben. Die Wochen werden uns kurz vorzukommen, wenn die Anstrengung nur nicht nachläßt und der Schraubstock sich fester zusammenzieht.

Im „Temps“ hat die Feind eine Stelle geschrieben, die ansehend ein schnelles Vorwärtkommen des englischen Flügels als für weitere französische Erfolge in der Normandie notwendig gefordert hatte.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Teuerungszulagen an städtische Arbeiter, Angestellte und Beamte.

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird uns geschrieben:

Dieses Thema ist jetzt schon recht oft in der Presse behandelt worden. Auch haben jetzt kurz hintereinander die Stadtverordneten sich mit der Angelegenheit befaßt, so daß im Publikum vielfach die Meinung verbreitet ist, die städtischen Arbeiter eilen gewissermaßen im Sitzungsstempo von einer Teuerungszulage zur anderen. Wir sehen uns daher zu einer kurzen Darstellung des Sachverhalts genötigt. Am 1. April v. J. wurde eine allgemeine, alle städtischen Arbeiter und Handwerker erfassende Teuerungszulage in Höhe von 10 M. pro Monat bewilligt und zwar bis zu einer Einkommengrenze von 2000 M. pro Jahr. Am 1. Dezember v. J. wurde diese Teuerungszulage in der Weise erhöht, daß Ledige im Alter von mehr als 18 Jahren 12 M., Verheiratete ohne Kinder 15 M., mit 1-2 Kindern 20 M. und mit mehr als 2 Kindern 25 M. erhielten. Die Gasarbeiter erhielten diese monatliche Zulage überhaupt nicht, sondern sie erhielten am 1. März und am 1. Juli 1915 je 5 Pf., insgesamt 10 Pf. Lohnzulage pro Stunde. Ende März richteten wir ein ausführlich begründetes Gesuch an den Magistrat, in dem eine alle Arbeiter und Arbeiterinnen umfassende Lohnzulage von 5 bezw. 7 1/2 Pf. pro Stunde sowie eine bessere Regelung der Teuerungszulage gefordert wurde. Wie aus amtlichen Mitteilungen des Magistrats ersichtlich, befaßte sich der Magistrat zunächst mit der Abfertigung unserer Forderungen Rechnung zu tragen. Plötzlich trat aus uns unbekanntem Grund ein völliger Umschwung ein. Am 17. Juni ließ der Stadtrat Franz eine Verfügung los, aus der zunächst überhaupt kein Mensch klug werden konnte. Die Beratungen im Ausschuß der Stadtverordneten und das Ergebnis der letzten Stadtverordnetenversammlung haben nur Klarheit geschaffen. Am Donnerstag erklärte der Stadtrat Mast: Ich habe die Verfügung des Magistrats so aufgefaßt, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen eine Lohnzulage von 7 1/2 bezw. 5 Pf. bekommen sollen, und habe demgemäß auch angeordnet, daß in den Gaswerken wie im Elektrizitätswerk diese Lohnzulagen ausbezahlt werden.

Wir können bestätigen, daß dieses bereits geschehen ist! Wir haben die Verfügung des Magistrats auch so aufgefaßt, nicht aber die Dezenten und Betriebsdirigenten der anderen städtischen Betriebe! Wie sollte es auch anders möglich sein?! Die Teuerung betrifft doch nicht nur eine bestimmte Gruppe, sondern alle städtischen Arbeiter gleichmäßig!

In allen anderen städtischen Betrieben wurde und wird den Arbeitern zugemutet, für die ihnen zugedachten 5 bezw. 7 1/2 Pf. Zulage pro Stunde auf die bisher gewährte Teuerungszulage zu verzichten oder aber es bleibt bei den monatlichen Teuerungszulagen und sie verzichten auf die Lohnzulage!

Mancher käme da vom Regen in die Traufe, die große Mehrzahl erhält nichts, da eben alles beim Alten bleibt, und nur einige wenige mit drei oder mehr Kindern gesegneten Familien würden eine geringe Aufbesserung erfahren.

Daß sich die städtischen Arbeiter eine derartige Behandlung nicht gefallen lassen werden,

ja sogar nicht gefallen lassen können, liegt auf der Hand. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Arbeiterauschüsse aller so hiesmütterlich bedachten Betriebe schon in den nächsten Tagen bei ihren Betriebsverwaltungen vorstellig werden, um die gleiche Regelung, wie sie in den Gaswerken und Elektrischem Werk erfolgte, auch auf die anderen Betriebe auszudehnen. Wir erwarten auch, daß die berechtigten Wünsche der Arbeiter Berücksichtigung finden werden.

Daß sich Herr Stadtrat Mast noch den „Spaß“ erlaubte, zu behaupten, die Forderungen der Arbeiter seien bewilligt, denn sie hätten nicht mehr verlangt, sei ihm nicht weiter verübelt, obwohl der Herr weiß, daß diese seine Behauptung objektiv unwahr ist. Es ist Herr Stadtrat Mast genau bekannt, daß neben der Forderung auf Erhöhung der Löhne eine Regelung der Teuerungszulage in der Weise gefordert wurde, daß für Ledige 15 M., für Verheiratete 20 M. und für jedes Kind unter 16 Jahren 6 M. pro Monat festgesetzt werden sollte. Das ist nicht geschehen! Mit welcher Arbeitsfreudigkeit nun in den nicht berücksichtigten städtischen Betrieben gearbeitet wird, kann man sich denken.

Achtung, Bauarbeiter!

In der Nr. 27 des „Grundstein“ wird darauf hingewiesen, daß vom 1. Juli an die zweite Teuerungszulage im deutschen Baugewerbe gezahlt werden muß, die nach den getroffenen Vereinbarungen in Orten mit über 5000 Einwohnern und neunständiger Arbeitszeit 8 Pf. für die Stunde beträgt. Diese Notiz ist auch von der Tagespresse übernommen worden.

Wir weisen hierdurch ausdrücklich darauf hin, daß diese Vereinbarungen aber für das Groß-Berliner Vertragsgebiet nicht in Frage kommen, da die Berliner Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen selbständig verhandelt und den Vertrag abgeschlossen haben. Zum Unterschiede von dem übrigen deutschen Baugewerbe, wo Orte von der Größenklasse Berlins 6 Pf. zugebilligt belamen, betrug die Teuerungszulage in Berlin 11 Pf. und erhöht sich nicht am 1. Juli, sondern am 5. August um weitere 3 Pf. auf insgesamt 14 Pf. für die Stunde.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes Zweigverein Berlin.

Achtung, Rohrleger und Helfer!

Auf vielfache Anfragen teilen wir mit, daß der Beschluß der Rohrleger- und Helferversammlung vom 4. d. M. unter allen Umständen in Geltung bleibt, solange mit dem Arbeitgeberverband eine Verständigung in der strittigen Angelegenheit nicht erfolgt ist.

Bisher haben die stattgehabten Verhandlungen einen Erfolg nicht gezeigt.

Vorausichtlich wird noch im Laufe der nächsten Woche eine Versammlung stattfinden, in der über den Stand der strittigen Angelegenheit berichtet wird. Aufgabe dieser Versammlung wird es sein, weitere Beschlüsse zu fassen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Die Ortsverwaltung.

In den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken ist nach vorausgegangener Verständigung mit den Vertretern der Arbeiterschaft für die in den Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen, es kommen über 4000 in Frage, die achtstündige Arbeitszeit eingeführt worden.

Bei Beginn des Krieges ist bei dieser Firma wie bei vielen anderen die Arbeitszeit für Arbeiterinnen von 9 auf 11 beziehungsweise 12 Stunden verlängert worden, trotzdem dazu nicht die geringste Ursache vorlag. In der ganzen Zeit des Krieges ist ein Mangel an weiblichen Arbeitskräften nicht zu verzeichnen gewesen.

Es wäre dringend zu wünschen, daß auch in den übrigen Betrieben der Berliner Metallindustrie die Arbeitszeit für Arbeiterinnen auf acht Stunden festgesetzt wird.

Gerade im Hinblick auf die gegenwärtige Ernährungsmöglichkeit, unter der die Arbeiterinnen besonders schwer zu leiden haben, wäre es dringend erwünscht, daß die hier getroffene Regelung der Arbeitszeit überall durchgeführt wird, denn die weitere Aufrechterhaltung einer elf- resp. zwölfstündigen Arbeitszeit für Arbeiterinnen ist allein schon im Hinblick auf das große Angebot weiblicher Arbeitskräfte geradezu unverantwortlich.

Deutsches Reich.

Eine Lohnbewegung der Kölner Metallarbeiter.

In Köln haben die drei Organisationen in der Metallindustrie, der Deutsche und der Christliche Metallarbeiterverband und der Christlich-Deutscher Gewerksverein, in einer sehr stark besuchten Versammlung beschlossen, Forderungen an die Unternehmer zu stellen. In einer einmütig angenommenen Entscheidung wird gefordert: 1. Beseitigung oder möglichsche Einschränkung des Ueberstundenwehens, der Nacht- und Sonntagsarbeit. 2. Die gänzliche Beseitigung von Ueberstunden Nacht- und Sonntagsarbeiten für weibliche Arbeitskräfte und jugendliche Personen. 3. Ausgleich und Aufrechterhaltung des jetzigen Lohnniveaus, weil die Abschaffung oder Einschränkung der Ueberzeitarbeit einen Verdienstausfall und damit eine weitere Ver schlechterung der Ernährungs- und Lebensmittellbedingungen bewirken würden. — Diese Forderungen seien um so nachdrücklicher anzustreben, als die Gewinnergebnisse in der Metallindustrie durchweg sehr gute seien. Die Organisationen wurden mit der Durchführung dieser Beschlüsse beauftragt.

Eingegangene Druckschriften.

- Sozialistische Monatshefte. 13. Heft. Herausgeber Dr. J. Bloch. Alle 14 Tage ein Heft. 60 Pf. — Selbstverlag, Berlin W. 35.
- Die Verklacht vor dem Stagerat. Von H. E. Schläfer. (Heft des Volksbüchler Nr. 1114.) 20 Pf. — Diffe u. Veder, Leipzig.
- Kriegswundertrauer. Von Rechtsanwalt Dr. R. Alberg. Kart. 4 M. B. Köder, Berlin S. 14.
- Sternwörter für Meer und Flotte und für alle Naturfreunde. Von H. Henkelings. (Zweitig. Kriegsblätter Nr. 10.) 25 Pf. — Brandt, Stuttgart.
- Wie bekämpfen wir die Lebensmittelteuerung? Von Bauer u. Kaufmann. 65 Pf. Konordia u. G. Bahl (Baden).
- Karte von Belgien und dem angrenzenden Nordfrankreich. 50 Pf. Brandt, Stuttgart.
- Palma Kufel. Von Ch. Morgenstern. 2,30 M., geb. 2,80 M. B. Cassirer, Berlin, Dersingerstr. 15.
- Neutrale Zimmern. Amerika — Holland — Norwegen — Schweden — Schweiz. Eingeleitet von H. Eucken. 2,80 M., gebunden 4 M. S. Hirzel, Leipzig.
- Gott, Mensch und Menschheit. Aphorismen von K. Effmann. (Trübblätter Bd. 25.) 1 M. — Thomas Mann. Von J. Leppmann. 149 S. H. Gunder, Kurfürstendamm 210.
- Deutschlands wirtschaftliche Widerstandskraft. Von Prof. G. Cassel. 1 M. H. Stein u. Co., Berlin SW 68.
- Wie baut man fürs halbe Geld in Ost und West neu auf? Von Dipl.-Ing. E. Köder. Geh. 1 M. Heimkultur-Verlags-Gesellschaft Wiesbaden.
- Die Befreiung von der Geld- und Zins-Herrschaft. Von G. Blumenthal. 1 M. Physikalischer Verlag, Berlin-Lichterfelde, Ringstraße 49.
- Der Weltkrieg in 30 Lieferungen a 1 M. H. Langen, München.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag. Im östlichen Binnenlande, etwa bis zur Ober, größtenteils trocken, heiter und warm. Im Westen und längs der Küste ein wenig trübler, überwiegend bewölkt; an den meisten Orten öfter Regen, an vielen Gewitter.

A-WERTHEIM

G.m.
b. H.

Damen-Handschuhe

- Zwirn farbig. 0.48
- Zwirn Netzgew. farbig u. weiß, m. 2 Druckk. 0.75
- Leinen-Ersatz farbig und schwarz, mit 2 Druckknöpfen 0.75
- Schweden-Ersatz farbig und schwarz mit 2 Druckknöpfen 0.95
- Leinen-Ersatz farbig, weiß u. schwarz mit 2 Druckknöpfen 0.95
- Schweden-Ersatz farb. m. schwarz, Ausstatt. u. 2 Dr. 1.15
- Seide Perflüel farbig und weiß, mit 2 Dr. 1.15
- Seide glatt, ohne Aufsicht, weiß, mit 2 Dr. 1.10
- Leinen-Ersatz weiss m. schwarz Aufsicht mit 2 Druckknöpfen 1.45
- Seide glatt, mit verstärkten Fingerspitzen, in Weiss und Schwarz, mit 2 Druckknöpfen 1.95

Lange Halbhandschuhe

- Zwirn durchbrochen, Lg. ca. 40 cm 0.38 0.48
- Zwirn Blumenmuster, Länge ca. 40 cm, weiss 0.65
- Seide Perflüel, Länge ca. 40 cm, schwarz 1.10
- Seide durchbrochen, weiss, Länge ca. 40 cm 1.35

Strümpfe

- Damenstrümpfe lang, Baumwolle, weiss 0.60 0.85
- Damenstrümpfe lang, prima Flor, mit durchbroch. Zwifkel, grau, marine, mod., lederfarb. 1.40 1.50
- Damenstrümpfe Seiden-Ersatz, marine, grau 1.80
- Damenstrümpfe Flor, durchbrochen, schwarz u. lederfarb. 1.10
- Damenstrümpfe Seide mit farbig Florsohle 1.90 2.10
- Damenstrümpfe Trauma-Seide mit Flor-Oberteil und Sohle, weiss 3.00
- Damenstrümpfe lang, prima, Flor, schwarz 0.95

Morgenröcke

- Morgenröcke aus Baumwoll-Muselin 6.90 8.90 11.00
- Morgenröcke aus g. blumenf. Stoffen 12.00 15.50
- Morgenjacken aus verschiedenen Stoffarten 2.95 3.90 4.50

Damen-Taffet-Paletots

- | | | | | | |
|--------|----------------------------|----------|----------------------------|-----------------|---------------------|
| Jacken | verschied. Formen, schwarz | Paletots | verschied. Formen, schwarz | Paletots | Tafel oder Eolienne |
| 12.75 | 19.75 | 19.75 | 26.75 | dreiviertellang | 34.75 |

Verkauf zu billigen Preisen

Damen-Hüte

Verkauf zu billigen Preisen

- | | | | | | |
|-----------------------|------------------------------|------|-------------|-------|-------|
| Panama-Damenhüte | in modernen Formen, gebiecht | 9.75 | 12.50 | 14.25 | 21.00 |
| Makrosen-Hüte | mit Bandgarnituren | 1.90 | 2.50 | 3.50 | 4.25 |
| Ungarnierte Hüte | in verschied. Geflechden | 1.90 | 2.50 | 3.50 | 4.90 |
| Kinderhüte | verschieden garniert | 0.95 | 1.35 | 2.65 | 4.25 |
| Lack-Hüte für Damen | Kappenform | 4.25 | Motelolform | 5.75 | |
| Modern garnierte Hüte | in neuen Formen und Farben | 6.75 | 9.50 | 14.75 | 16.50 |

Damen-Kleider

- | | | | | |
|--------------------|-------|-------|-------|-------|
| Waschkleider | 9.50 | 19.50 | 39.00 | 49.00 |
| Wollkleider | 29.00 | 39.00 | | |
| Seidenkleider | 35.00 | 49.00 | | |
| Waschjackenkleider | 29.00 | 39.00 | 49.00 | |

Reise-Artikel

- | | | | | | | | | | | |
|--|-----------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Handkoffer mit Kunstleder-Bezug u. 2 Schlössern | Lg. 55 cm | 60 cm | 65 cm | 70 cm | 5.75 | 6.50 | 6.90 | 7.25 | | |
| Handkoffer mit Kunstleder-Bezug, 8 Schutzecken und 2 Schlössern, extra leichte Form | Lg. 55 cm | 60 cm | 65 cm | 70 cm | 7.50 | 8.00 | 8.75 | 9.25 | | |
| Handkoffer mit Kunstleder-Bezug, ringherumgehendem Schutzbügel, 8 Lederschutzecken u. 2 Schlössern | Lg. 55 cm | 60 cm | 65 cm | 70 cm | 12.75 | 13.50 | 15.00 | 16.50 | | |
| Handkoffer aus genarb. Vulkanleder, sehr leicht u. dauerhaft, m. 8 Schutzecken u. 2 Schlössern | Lg. 55 cm | 60 cm | 65 cm | 70 cm | 14.00 | 15.00 | 15.75 | 17.00 | | |
| Handkoffer aus solid. Vulkanleder, m. 8 Schutzecken, 2 Zugschlössern u. bewegl. Metallgriff | Lg. 50 cm | 55 cm | 60 cm | 65 cm | 70 cm | 75 cm | 15.50 | 16.50 | 17.50 | 18.50 |

Grosse Auswahl in Bahnkoffern, Reiselaschen, Rucksäcken Isolierflaschen, Bestecken usw.

Damen-Handtaschen

- in verschiedenen Formen und Ledersorten . . . M. 2.85 3.75 5.00 6.00 7.50 11.50

Blusen

- Bluse aus gesticktem Mull, mit Einsätzen garniert 6.90
- Bluse aus weiss. bunt gestreiften Volle-Krepp, mit weisser Voil-Weste 7.75
- Bluse aus weissem Waschtulle mit bunter Stickerei 11.50
- Bluse aus reich gesticktem Waschtulle mit Glasbetist und Hakenknöpfen 13.75
- Bluse aus weiss. bunt gekup'l. Waschtulle m. Glasmüllerg. u. Seidenbandschleife 15.75
- Bluse aus weiss. Waschtulle m. bunt. Handstickerei u. imitierten Fileinsätzen 16.75

Tischzeuge

- Jacquard-Tischtücher Größe etwa 130/130 cm 3.20 180/160 cm 3.90 130/200 cm 4.90
- Mundtücher dazu passend, Größe etwa 60/60 cm 7.50
- Jacquard-Tischtücher Reinleinen, Größe etwa 130/130 cm 3.40 130/160 cm 4.40 130/225 cm 6.00
- Mundtücher dazu passend, Größe etwa 60/60 cm 8.20
- Jacquard-Tischtücher Reinleinen, gebiecht, Größe etwa 125/125 cm 4.60 125/160 cm 6.00 150/170 cm 7.50
- Mundtücher dazu passend, Größe etwa 150/225 cm 9.85 150/280 cm 12.30 150/320 cm 14.00
- Mundtücher dazu passend, Größe etwa 60/60 cm 12.00
- Hohlsaum-Tischtücher Reinleinen, gebiecht, ohne Mundtücher, 150/225 cm 11.00 150/300 cm 15.25
- Jacq.-Mundtücher gebiecht, 60/60, Ditz. 5.80 6.40
- Jacq.-Mundtücher gebiecht, Reinleinen, Cr. 60/60, Ditz. 10.50
- Kaffee- u. Abenddecken hell gemustert in verschied. Farben mit Hohlsaum Grö. ca. etwa 130/130 cm 6.80 Gr. 130/160 cm 8.40 160/160 cm 10.00 160/200 cm 12.50 120/225 cm 14.00
- Kaffeedecken mit Hohlsaum, hell gemustert in verschied. Farben, Größe etwa 140 cm 10.50 140 cm 13.00 160 cm 16.25
- Balkon- und Veranden-Decken in versch. Größen, Farben u. Preislagen, in grosser Auswahl.
- Kaffeegedeck weiss mit farbiger Kante, Größe etwa 125/130 mit 6 Mundtüchern 4.50

Eine deutsche Denkschrift.

Berlin, 8. Juli 1916. (W. L. B.)

Die Kaiserlich Deutsche Regierung hat, wie die „Nordd. Allg. Zig.“ mitteilt, in Berlin beglaubigten Vertretern der neutralen Staaten unter dem 17. Juni d. J. nachstehende Denkschrift über völkerrightswidrige Maßnahmen Englands gegen neutrale Firmen, die Handelsbeziehungen zu Deutschland unterhalten, überreicht.

Denkschrift.

Durch ein Gesetz vom 23. Dezember 1915 ist die Großbritannische Regierung ermächtigt worden, Firmen im neutralen Ausland wegen ihrer Beziehungen zu Feinden den feindlichen Ausländern im Sinne der Vorschriften über das Handelsverbot gleichzustellen. Diese Gleichstellung bedeutet, wie durch eine Ausführungsverordnung vom 29. Februar 1916 neuer festgestellt wurde, nicht nur ein Verbot des Abschlusses neuer Handelsgeschäfte mit britischen Firmen, sondern auch einen weitgehenden Eingriff in die wohlerworbenen Privatrechte der betroffenen Unternehmungen; insbesondere sind diese den nachstehenden Bestimmungen unterworfen:

Das in England befindliche Vermögen der Unternehmungen ist gesperrt, d. h. sie können ohne Genehmigung der Regierung nicht darüber verfügen, beispielsweise Guthaben bei englischen Banken und Forderungen an englische Firmen weder einziehen noch abtreten (Sektion 6 der Trading with the Enemy Amendment Act, 1914), auch Wertpapiere, die in England ausgestellt sind, nicht übertragen (Sektion 8 ebenda).

Der Gegenwert fälliger Bauscheine oder sonstiger Wertpapiere kann nach Belieben des Schuldners bei Gericht hinterlegt werden (Sektion 7 des bezeichneten Gesetzes).

Nach Gutdünken des Handelsamtes kann jeder ihnen gehörige Vermögensgegenstand im Vereinigten Königreich, insbesondere jeder Anteil an britischen Aktiengesellschaften und sonstigen Handelsgesellschaften, selbst wenn die Aktie sich nicht im britischen Nachbereich befindet, zwangsweise verkauft und der Erlös hinterlegt werden (Sekt. 4 der Trading with the Enemy Amendment Act, 1916).

Nach der britischen Rechtsprechung, wie sie sich in diesem Kriege im Gegenjah zu der weniger schroffen Auffassung früherer britischer Urteilsprüche ausgebildet, hat das Handelsverbot zur Folge, daß Kauf- und Lieferungsverträge der Betroffenen mit britischen Firmen in der Regel als aufgelöst gelten; auch können die Betroffenen vor britischen Gerichten nicht als Kläger auftreten.

Die Britische Regierung hat mittels einer offenbar amtlich veranlaßten Presseveröffentlichung sowie in einem dem Parlament mitgeteilten Notenwechsel mit der Amerikanischen Botschaft in London (Miscellaneous no. 11, 1916) diese in der Geschichte der neueren Zeit unerhörten Eingriffe in die Privatrechte von Neutralen damit zu rechtfertigen gesucht, daß es sich nur um eine gemilderte Uebernahme des von der französischen Regierung auf dem Gebiete der Handelsverbote durchgeführten Nationalitätsprinzips handle, das angeblich von vielen neutralen Staaten als Grundlage ihres Verhaltens bei dem von ihnen geführten Kriege bezeichnet worden sei; ja sie hat es unternommen, ihr Vorgehen als vom Geiste der Rücksicht auf die Neutralen eingeleitet hinzustellen. Die Haltlosigkeit dieses Rechtfertigungsversuchs liegt auf der Hand.

Wozu hat die französische Regierung bald nach Kriegsausbruch unter Verleugnung der von ihr selbst noch kurz vor dem Kriege anerkannten Grundsätze in der Form eines Handelsverbots das in ihrem Machtbereich befindliche Privatvermögen von Angehörigen des Deutschen Reichs ohne Rücksicht auf deren Wohnsitz beschlagnahmt. Abgesehen von Ausnahmefällen, die, soviel bekannt, alsbald zu diplomatischen Reklamationen geführt haben, ist sie aber nicht so weit gegangen, neutrales Eigentum anzutasten. Noch weniger hat irgendein neutraler Staat zu erkennen gegeben, daß er im Falle eines von ihm geführten Krieges ein solches Verfahren anzuwenden beabsichtige.

Die britischen Bestimmungen dagegen treffen nicht nur die im neutralen Ausland ansässigen Deutschen, sondern auch neutrale Firmen, wenn daran nur irgendwie deutsches Kapital beteiligt ist, ja wenn sie nur in irgendwelchen Verbindungen mit deutschen Handelshäusern stehen. Die Britische Regierung hat auch nicht gezögert, die Bestimmungen in diesem Sinne anzuwenden, so daß schon jetzt die Liste der von ihr verurteilten Firmen mit ausschließlicher oder überwiegend deutscher Beteiligung neutralen Kapitals einen erheblichen Umfang angenommen hat und zahlreiche neutrale Länder umfaßt. Insbesondere enthält die Liste nicht wenige neutrale Aktiengesellschaften, obwohl nach einem allgemein anerkannten Satze des Völkerrechts Gesellschaften mit selbständiger Rechtspersönlichkeit als Angehörige des Staates, in dem sie rechtmäßig errichtet wurden, anzusehen sind und vollen Anspruch auf den Schutz dieses Staates gegenüber anderen Mächten haben.

Die Nationen und ihre Philosophie.

Das Problem der Abhängigkeit der jeweiligen Philosophie von den Verhältnissen der Zeit und des Volkes, denen sie entstammt, gehört zu den interessantesten, aber auch zu den schwierigsten und bis jetzt am wenigsten geklärten. Was die philosophische Literatur an Beiträgen zur Aufhellung dieser Frage besitzt, geht nicht über Ansätze und Andeutungen hinaus. Dazu leiden diese Ansätze darunter, daß sie über die rein psychologisch-idealistische Erklärung nicht ganz hinaus kommen können. Die Historiker der Philosophie beachten zwar immer mehr die von Marx und Engels aufgedeckte Abhängigkeit aller geistigen Kultur, somit auch des philosophischen Denkens, von den gesellschaftlichen Zusammenhängen, in letzter Linie von den ökonomischen Verhältnissen. Sie beharren aber nicht konsequent bei dieser Methode, verlassen vielmehr immer von neuem in die rein psychologische Deutung zurück. Und so harrt die Geschichte des philosophischen Denkens immer noch auf eine vom gekennzeichneten Gesichtspunkte folgerichtiger und in befriedigender Weise durchgeführte Unternehmung ihres ganzen Gebietes. Bis jedoch dieser grandiose Bau einmal ausgerichtet sein wird, ist unterdessen von Wichtigkeit auch jeder einzelne Stein, der zu seiner Aufrichtung herbeigeführt wird, selbst wenn bei der späteren Benutzung und Anordnung der einzelnen Steine manches geändert werden dürfte.

In diesem Sinne ist die vor kurzer Zeit erschienene Schrift von Wilhelm Wundt: Die Nationen und ihre Philosophie. (Verlag Kröner, Leipzig, 1915: 146 S.) hinzunehmen. Sie stellt einen Versuch dar, unter Berücksichtigung der Abhängigkeit von den Verhältnissen der Zeit und den Charaktereigenschaften der Völker in kurzen Umrissen die Geschichte der europäischen Philosophie nach ihrem allgemeinen Gedankengehalt von der Zeit der Renaissance an bis zur Gegenwart zu schildern. Und zwar in der Reihenfolge, in der die Entwicklung der Philosophie der einzelnen Nationen Hand in Hand mit dem tatsächlichen Gang der europäischen Kultur stattgefunden hat. Also zuerst die Philosophie in Italien, darauf die in Frankreich und England, und zuletzt die in Deutschland. Eine derartige Untersuchung macht die Objektivität zur unumgänglichen wissenschaftlichen Forderung. Leider aber ist dies in der vorliegenden Schrift — trotz den diesbezüglichen Versicherungen Wundts im Vorwort — doch nicht immer der Fall.

Was nun vor allem die Verhältnisse der Zeit anbelangt, von denen die Philosophie abhängig ist, so führt sie Wundt in ausgiebigem Maße, wenn auch nicht durchgehend, auf wirtschaftliche Momente zurück. So in seiner Erklärung der Eigenart der englischen

So ungewöhnlich und hat jeden Scheines von Berechtigung die geschilderten Eingriffe Englands in die Privatrechte der auf die „Schwarze Liste“ gesetzten Neutralen sind, so werden sie an Bedeutung doch noch übertraffen durch die Wirkungen, welche die britischen Behörden dem Gesetz über seinen eigentlichen Geltungsbereich hinaus tatsächlich zu geben wissen. Durch die Drohung der Aufnahme in die Liste über Großbritanniens Vertreter in vielen neutralen Ländern einen Druck ohne gleichen auf einen großen Teil der dortigen Handelswelt aus. Wer diesen Vertretern nicht Bücher und Geschäftsgegenstände preisgibt, wer sich weigert, auf ihr Verlangen deutsche Angestellte zu entsenden, oder wer sich nicht in allen Einzelheiten ihren Weisungen über die Führung seiner Geschäfte fügt, wird mit der Aufnahme in die schwarze Liste bedroht. Nicht selten dient der Kampf gegen angebliche deutsche Einklässe nur als durchsichtige Maske einer rücksichtslosen britischen Interessenpolitik.

Die Deutsche Regierung muß es den einzelnen neutralen Regierungen überlassen, wie weit sie sich den britischen Uebergriffen aus tatsächlichen Gründen fügen wollen, obwohl eine solche Nachgiebigkeit mit dem Geiste wahrer Neutralität schwer vereinbar erscheint. Vom Standpunkt des internationalen Rechtes unterliegt es jedenfalls keinem Zweifel, daß das Recht der Neutralen, mit den Angehörigen einer kriegsführenden Macht friedliche Handels- und Finanzbeziehungen zu unterhalten, lediglich an den Grundsätzen über Seerisiken seine Grenzen findet, nicht aber durch Vermögenssperrre und amtlichen Vorkauf beeinträchtigt werden darf.

Berlin, den 17. Juni 1916.

Eine englische Denkschrift.

London, 7. Juli. (W. L. B.)

Das auswärtige Amt veröffentlicht eine Denkschrift, die die Aufmerksamkeit auf die weiteren Verluste der deutschen Behörden in Belgien lenkt, die Belgier im Gegenjah zu den Bestimmungen der Haager Konvention zu Arbeiten zu zwingen, die unmittelbar oder mittelbar die feindliche Belgiens unterstützen. Die Denkschrift führt einen Brief des Staatssekretärs Grey an, den er an die Patrone der belgischen Untersuchungskommission über die Verordnungen gerichtet hat, die der Generalgouverneur von Belgien am 14. August 1915 erlassen hat. Diese Verordnungen bedrohen die Arbeiter mit schwerer Bestrafung, die sich weigern, ihre Arbeitskraft Arbeiten im öffentlichen Interesse zu widmen, oder die sich, obwohl sie öffentliche oder private Unterstützung genießen, weigern, eine ihnen angebotene Arbeit anzunehmen. Grey sagt in diesem Briefe: Diese beiden Verordnungen enthalten eine Ausnahmeklausel für ihre Anwendung in den Fällen, wo die Verweigerung der Arbeit sich auf Erwägungen stützt, die durch das Völkerrecht zugelassen sind. Und ich bin mir wohl bewußt, daß die deutschen Behörden beantragen werden, daß diese Ausnahme eine genügende Erfüllung ihres Versprechens ist, die belgische Bevölkerung nicht entgegen den Bestimmungen der Haager Konvention, zu zwingen, für das deutsche Heer zu arbeiten. Sie werden auch zweifellos geltend machen, daß das Wort „gunstigen“ einen wohlüberlegten Gebrauch der Unterstützung für gewisse Zwecke in sich schließt und keine Anwendung findet auf die Hilfe, die von den Untersuchungskomitees geleistet wird. Unglücklicherweise können die deutschen Behörden angesichts ihrer bekannten Handlungsweise in solchen Dingen nicht erwarten, daß man irgendwelches Vertrauen in die Auslegung setzt, die solchen unbestimmten Sätzen durch die militärischen Gerichtshöfe zu geben ist. Der jüngst von der belgischen Untersuchungskommission veröffentlichte Bericht, nämlich der 13. Bericht vom 8. August über die von den deutschen Behörden gegen die Eisenbahnarbeiter in Luttre angewendeten Zwangsmassregeln, hat das deutsche Verfahren in solchen Dingen an den Tag gebracht, und es wird mit gutem Grunde angenommen, daß, um einem solchen Verfahren der Unterstützungskomitees Nachdruck zu geben, den Suppenkassen der Gemeinde in vielen Fällen verboten worden ist, den Klassen von Arbeitern Unterstützung zu gewähren, deren Arbeitskraft die deutschen Behörden für sich zu verwenden wünschen. Es ist indessen unnötig, auf solche Vermutungen zurückzugreifen, da durch die Verordnung vom 15. August selbst die bloße Gewährung einer Unterstützung an einen Arbeiter diesen Arbeiter der Einlieferung aussetzt unter der Begründung, daß er in der Vergangenheit eine Beschäftigung verweigert hat.

In dem Brief Greys heißt es weiter: Es ist unnötig, die Aufzählung in dem oben erwähnten Bericht zu wiederholen oder die Maßnahmen von wohlüberlegter Hungerandrohung, Einlieferung, Verschickung und Qualen zu erwähnen, welchen diese Arbeiter ausgesetzt sind. Dies ist, wie man annehmen muß, „das Völkerrecht“, auf welches in diesen deutschen Verordnungen Bezug genommen wird und denen sich die Untersuchungskommissionen fügen müssen, und dies ist die Auslegung, die der Haager Konvention und dem Ausdruck „der Dienst der

deutschen Armee“ in dem Briefe des Barons von der Landen an Whitlock vom 20. Juli gegeben werden soll. Wenn irgend ein belgischer Arbeiter, der den Umfang der Bedürfnisse der deutschen Armee und die Art und Weise kennt, in der jede deutsche Industrie bereits verwendet wird, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen, es verteidigen würde, in den Industrien zu arbeiten, die unmittelbar wesentlich sind zur Erhaltung dieser Armee, so soll ihm Unterstützung verweigert werden, und Hunger und Einlieferung erwartet ihn. Hiermit schließt Greys Brief.

Die Denkschrift fährt fort: Seit diesem Briefe vom 22. September sind Berichte von weiteren Versuchen der Deutschen eingegangen, um Arbeiter für militärische Bedürfnisse zu erlangen. Jetzt werden alle diese Erzählungen bestätigt durch das eingestandene Verfahren des Generals von Piffing, wie es dargestellt ist in der neuen Verordnung vom 15. Mai. Diese Verordnung hebt die Verordnung vom 15. August auf und setzt härtere Strafen fest. Die Arbeiter, die die Arbeit verteidigen, werden mit Gefängnisstrafen von 14 Tagen bis zu einem Jahre bedroht. Die Personen der Kommunalverwaltung, die solchen Arbeitsverweigerern Unterstützung gewähren, sind Geldstrafen bis zu 10 000 M. und Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren ausgesetzt. Tatsächlich ist die ganze Ausführung der Verordnung in die Hände der deutschen Militärgerichte gelegt, aber vor allem muß die Aufmerksamkeit auf die folgende Bestimmung in dieser neuen Verordnung gelenkt werden: Anstelle der Strafverfolgung können die Gouverneure und die militärischen Befehlshaber, die dieselben Amtsbefugnisse haben, sowie die Vorsteher der Distrikte befehlen, daß widerpenstige Arbeiter gewaltsam zu den Arbeitsstätten geführt werden.

Eine Bemerkung zu dieser Bestimmung erscheint unnötig. Wenn eine Bemerkung nötig ist, so können wir nur die folgenden Stellen in dem 10. Bericht der belgischen Untersuchungskommission, auf den schon in dem Briefe Greys hingewiesen wurde, angeführt werden. Der Bericht sagt folgendes über die Weigerung der Arbeiter gegenüber der Forderung der deutschen Behörden: Die letzteren versuchten, sie auszuhungern. Sie verboten den Gemeindebehörden, ihnen irgend eine Unterstützung oder Geld zu geben. Inzwischen gingen sie später in der Absicht, sie aller Hilfsmittel zu berauben, dazu über, sie zu verhaften und ins Gefängnis zu stecken. Alle staatlichen Beamten und Agenten, wie auch Privatpersonen, die diesen bei der Verteilung von Unterstützungen an die Arbeiter Hilfe leisteten, wurden bedroht. Die Arbeiter wurden durch Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett aus ihren Häusern geholt. In Abwesenheit der Arbeiter wurden häufig Mitglieder ihrer Familien, Frauen und Kinder, als Geiseln festgenommen oder andere Mittel der Einschüchterung in Anwendung gebracht. Da man nicht instande war, den Widerstand der Arbeiter zu brechen, entschlossen sich die Deutschen, sie schließlich nach Deutschland abzuführen. Während ihrer Ueberführung von Luttre zu dem Internierungslager in Senne (Belgien) erhielten sie nur ungenügend zu essen und zu trinken. Die Deutschen verlusten offenbar, die ihnen aufgetragene Arbeit (Ausrodung von Wald, Anlegung von Gräben im Fluglande) so gefährlich und ungesund wie möglich zu machen. Die Wachtposten verboten ihnen jede Ruhe. Wenn die Arbeiter auch nur einen Augenblick aufstanden, um sich anzureden, wurden sie mit Stöcken oder mit dem Gewehrkolben gestochen oder sogar mit dem Bajonett gestochen. Im allgemeinen war die Nahrung, die ihnen gereicht wurde, ungenügend, schlecht und ungesund. Der kleinste Fehler, die geringste Uebertretung der Vorschriften wurde streng geahndet. Die Strafen waren verschiedener Art, aber immer grausam. Dies ist nur eine leichte Andeutung des Schicksals, das die Arbeiter erwartete, die gewaltsam zu ihren Arbeitsplätzen geführt werden.“ Es ist wahrheitsgemäß nutzlos, den deutschen Behörden die Unmenschlichkeit ihrer Handlungsweise vorzuhalten und die Regierung seiner Majestät beschränkte sich daher darauf, ihren Einspruch allein auf die Tatsache dieser Verordnung vom 15. Mai zu begründen. Es gibt noch einen anderen unmittelbaren Bruch, der von der deutschen Regierung der Untersuchungskommission für Belgien gegenüber eingegangenen Verpflichtungen. Die Deutschen haben feierlich versprochen, sich aller Einmischung in das Unterstützungsverweigerer zu enthalten und den Mitgliedern der Kommission die Verteilung zu überlassen. Sie ist frei und ungehindert jedoch offenbar nach Maßgabe der Verordnungen, die die Deutschen erlassen haben und nach Maßgabe der Unterdrückungsmaßnahmen, die sie im Zusammenhange mit diesen Verordnungen in allen Teilen Belgiens getroffen haben. Sie lassen nicht die Bevölkerung Belgiens ernähren und von dem Hungertode retten lediglich durch die Bemühungen der Aktierten und die Wohlwolligkeit der Vereinigten Staaten, sondern schaffen sich auch die Sicherheit, daß die Belgier durch den ihnen so gewährten Unterhalt in die Lage versetzt werden, für ihre Feinde zu arbeiten und damit durch ihre eigene Arbeit die Wiederherstellung ihrer Freiheit und der Unabhängigkeit ihres Landes zu verzögern.

und deutschen Philosophie, viel weniger schon in bezug auf die italienische und leider fast gar nicht bei der französischen Philosophie. Dafür zieht er die angeblichen Charaktereigenschaften der Nationen als erklärende Faktoren auch noch herbei. Sie erscheinen jedoch in den meisten Fällen — angesichts der offen zutage liegenden und von Wundt mitunter selbst herausgezogenen wirtschaftlichen Momente — als ganz überflüssig und dabei unbeweisbar. So wenn er die vorwiegend empirische, auf das Tatsächliche gerichtete und den Bedürfnissen des praktischen Lebens hauptsächlich zugewandte englische Philosophie teils zwar durch die geographische Lage und die dadurch bedingte wirtschaftlich-politische Entwicklung Englands erklärt, teils aber, in der ursprünglichen Anlage“ des englischen Volksgenies begründet wissen will. Wenn Wundt gar von Guynans individualistischer Ethik wie von der mit ihr angeblich zusammenhängenden älteren Egoismustheorie behauptet, sie bringe zum Ausdruck die Moral der französischen Volkseele, die „ein veredelter Egoismus ist“, hinter dem als „verborgenes Motiv“ „der Trieb nach Ehre und Ruhm“ steht, so ist dies bloß eine willkürliche und alles mehr, als eine beweisbare, eine tatsächliche Erklärung bietende Annahme. Da konnte doch Wundt eine zureichendere Erklärung in der wirtschaftlich-politischen Geschichte Frankreichs finden.

Die Charaktereigenschaften der Nationen selbst erfahren bei Wundt übrigens keine ganz klare Bestimmung. So meint er einerseits, die Geschichte lehre, daß der Charakter der Nationen keine unveränderliche Größe ist, sondern, außer von anderen Bedingungen, von ihren geschichtlichen Erlebnissen abhängt“. Andererseits spricht er im oben erwähnten Zusammenhange von einer „ursprünglichen Anlage“ des englischen Volksgenies, worin, wie gesagt, die Richtung des letzteren auf die Bedürfnisse des praktischen Lebens ihre Quelle haben soll. Ebenso wie in einem anderen Zusammenhange von der „im deutschen Geiste seit alter Zeit lebendigen Autonomie der Pflicht“. Hier werden jedoch die Eigenschaften der Nationen eher als ursprüngliche, feste, vom Wandel der Zeiten fast unberührbare Größen betrachtet.

Als ein Vorzug des Buches muß es angesehen werden, daß Wundt keine bloße Darstellung der philosophischen Lehren gibt, sondern darüber hinaus Kritik an ihnen übt. Dadurch wirkt er oft antugend selbst da, wo man ihm nicht zustimmen kann. Des weiteren ist als sehr gelungen die mit einigen Strichen hingeworfene Charakteristik der Denker, besonders einiger unter ihnen, so die Descartes', Spinozas und Lodes zu betrachten. Die im allgemeinen mit Scharrsin und großem Geschick geübte Kritik der philosophischen Lehren fällt besonders glücklich aus in bezug auf Kant und Descartes. Zutreffend aber ist auch die Aufzählung der inneren Widersprüche und Schwierigkeiten in der Philosophie Schopenhauers und Kierkegors, ferner die Kritik der individualistischen Ethik Guynans u. a. m. Das Buch erweckt erhöhtes Interesse dadurch, daß es im Zusammenhang mit der Darstellung und Kritik der Systeme Probleme und

Fragen behandelt, die, wie zum Beispiel das Verhältnis der Philosophie der verschiedenen Nationen zur Religion, die Ursachen der Scheidung von Wissen und Glauben, immer noch im Mittelpunkt des philosophischen Denkens stehen, aber besonders stark die Gegenwart bewegen, wie der ewige Friede, der Militarismus. Ja Wundt streift — über den philosophischen Rahmen hinausgehend — selbst die brennendsten Fragen der Tagespolitik.

Wenn einerseits eine Fülle geistreicher Gedanken in der Schrift zerstreut ist, so muß andererseits gar zu vieles an lebhaftesten Widerspruch stoßen — besonders von sozialdemokratischer Seite. Vom idealistischen Gesichtspunkt geleitet, läßt es Wundt abweichenden Ansichten gegenüber an der nötigen objektiven Beleuchtung und Bewertung fehlen. So in bezug auf den philosophischen Materialismus, oder z. B. Comte gegenüber, dessen Bedeutung als selbständiger Denker er doch unterschätzt. In derselben Linie liegt die Behauptung Wundts, daß nach Ablauf der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts „der maßgebende Einfluß Frankreichs auf die abendländische Philosophie im wesentlichen beendete ist“.

Demgegenüber wird alles, was der idealistischen Welt- und Lebendanschauung verwandt ist, zu sehr in den Vordergrund gerückt oder himmelhoch in seinem Werte eingeschätzt. Daher kommt es, daß Wundt neben der Idee des Unendlichen und dem Prinzip der Relativität der Erscheinungen den Gedanken der Monade (Monaden gleich beiseite gedachte letzte Einheiten der Wirklichkeit) und des an diesen Begriff gebundenen geistigen Beweises der Dinge als folgenreichsten Gedanken der neuen Zeit betrachtet. Oder daß er die Weltanschauung des deutschen Idealismus als die Philosophie hinstellt, „die sich allem Wandel der Schicksale des einzelnen wie der Völker, und die sich auch diesem Krieg gegenüber als probetätig erwiesen hat“. Dabei läuft ihm eine Vertuschung der Begriffe unter, nämlich des Begriffs des philosophischen Idealismus, der das Wesen des Daseins wie das sittliche Leben ausschließlich oder vorwiegend durch geistige Faktoren erklärt, mit dem des Lebensidealismus im Sinne der Opferbereitschaft und der Hingabe an imperionliche Zwecke. Eine Vertuschung, die bei einem so klaren und präzisen Denker wie Wundt recht merkwürdig erscheint. Nur so kann verstanden werden Wundts Gedankenwendung: „Der deutsche Idealismus ist wiedererstand, auch bei solchen, denen er in einer langen Friedenszeit verloren gegangen war. Er regt sich als der Idealismus der Tat.“ Hier tritt uns überdies die Stimmung des idealistischen Kriegsnationalismus entgegen, der so manches philosophische Buch der Jetztzeit beherrscht, und dessen Einfluß auch bei Wundt gar zu deutlich zu verspüren ist.

Von hier aus läßt sich am besten Wundts Stellungnahme gegenüber dem Militarismus und dem ewigen Frieden verstehen, die am wenigsten Zustimmung von sozialdemokratischer Seite rechnen dürfte. Infolge der Raumknappheit kann ich darauf nicht eingehen. Nicht unerwähnt möchte ich es jedoch lassen, daß Wundts Behauptung, der

Die ministeriellen Friedensfreunde in der französischen Kammer.

Die „Magdeburger Zeitung“ bringt unter dem obigen Titel folgendes Telegramm eines Mitarbeiters: Basel, 7. Juli. Der Pariser Berichterstatter der „Basl. Nachr.“ meldet seinem Blatte: In dem sozialistischen Sitzungsprotokoll über die nachher in der Geheimfession der Kammer abgegebene sozialistische Friedensfundgebung stehen die Namen der sozialistischen Minister Sembat, Guesde sowie des Unterstaatssekretärs Albert Thomas. Diese ministeriellen Genossen haben als Mitglieder des Kabinetts die den Frieden fordernde Parteierklärung nicht unterzeichnen können, aber, wie das Sitzungsprotokoll ergibt, auch nichts gegen das Manifest eingewendet. Man gebe nicht fehl in der Annahme, daß mindestens drei Mitglieder des Kabinetts Briand nicht mehr die offiziellen Kriegsziele haben.

Sozialistische Friedensreden in der italienischen Kammer.

In der Sitzung vom 20. Juni behandelte der Abgeordnete Treves nach dem „Avanti“ vom 30. Juni das Friedensproblem: Die französischen Genossen haben von ihrer Regierung die Erörterung eventueller Waffenstillstandsbedingungen gefordert, und eine gleiche Bewegung für den Frieden tritt in Deutschland nicht nur unter den Sozialisten hervor, sondern auch unter den Intellektuellen. Ein Umschwung von Grund aus bereitet sich in der Welt vor. Die geographische Lage weist Italien die Aufgabe eines Friedensstifters zu. Hiermit im Widerspruch aber stehen die Vorschläge der Pariser Wirtschaftskonferenz, die auf einen Wirtschaftsbund nach dem Kriege abzielen, wobei um die Stellung einer europäischen Kolonie Englands zu feilen. Sinn des Krieges wäre es nicht mehr die Freiheit, sondern der Jingoismus. Die heilige Freiheit, unser Brot auf dem billigsten Markte zu kaufen, darf nicht dem wirtschaftlichen Imperialismus Englands geopfert werden.

In der Sitzung vom 30. Juni führte, wie „Avanti“ vom 1. Juli berichtet, Iodanni Turati aus:

Ihr wollt erst nach dem Sieg vom Frieden sprechen. Aber was für einen Sieg meint ihr? Einen Sieg, der die Sieger erschöpft liebt und dauernden Haß erzeuge würde? Wollt ihr eine Propaganda für einen ewigen Krieg bis zur Erschöpfung?

Am 1. Juli sprach, laut „Avanti“ vom 2. Juli, Morgari über die von ihm eingebrachte Tagesordnung, in der er Herbeiführung des Waffenstillstandes und Einberufung einer Konferenz der kriegführenden Länder fordert. Ein Hauptziel des Friedens müßte die Autonomie der Nationen sein. Aber Italien kämpft nicht nur für Trient und Triest, sondern wolle 15 000 Deutsche im Stiztal und 800 000 Slaven an der Adria in seine Grenzen einschließen. Ihr sagt, ein Waffenstillstand würde in diesem Augenblick für die Mittelmächte, die den Krieg entfesselt haben, vorteilhaft sein. Aber trifft die Schuld für den Krieg nur Österreich und Deutschland, die zuerst das Messer zogen, und nicht vielmehr alle, die das Messer in der Tasche trugen? Hat nicht Italien angegriffen? Deutschland, das eine kompakte Masse bildet, läßt sich nicht, wie Österreich vielleicht, zerschmettern. Ihr hofft, die Mittelmächte auf die Knie zu zwingen, den Sieg zu erfechten. Aber seit zwei Jahren schwankt das Kriegsglück. Ihr wollt die Hinmordung von weiteren Millionen Menschen für eure schreckliche Mission. Dieser Krieg legt den Keim zu neuen Konflikten, ohne die Streitfragen, für die so viele geopfert wurden, zu lösen. Ich verlange genaue Bekanntschaft der Kriegsziele. Als Kriegsziel darf aber nicht die Bestrafung des Schuldigen gelten. Denn schuldig sind alle. Wie der französische und deutsche, so trägt auch der italienische Militarismus seit der libyschen Unternehmung, aus der die Balkankriege und der europäische Krieg hervorging, seinen Teil der Verantwortung. Wird die Freiheit der Nationen vom Verband vertreten? Denkt an Irland, an die besarabischen Rumänen, an Finnland und Polen, an die mazedonischen Bulgaren, die Serbien sich angliedern wollte. Und erstreckt nicht Italien die Herrschaft über den griechischen Dodekanes und den Ausschluß aller anderen Völker von der Adria? Verlechte es nicht die Autonomie Albanien? Ihr beruft euch auf strategische Notwendigkeiten. Das ist dasselbe Argument mit dem sich Deutschland rechtfertigt.

Gegen diese Kammerreden der sozialistischen Abgeordneten polemisiert fast die gesamte bürgerliche und reformsozialistische Presse unter Führung des „Giornale d'Italia“, das namentlich in der Nummer vom 2. und 3. Juli in längeren Ausführungen betont, die Sozialisten dienen nicht dem Interesse des Vaterlandes, sondern führten die Sache des Feindes, seien Advokaten der Oesterreicher, während Italien Krieg gegen die führe, die die Gistgase erfinden und die Morgensterne wieder aufbrachten.

ewige Friede widerstrebe den unabänderlichen Eigenschaften des Menschen“, eine unabweisbare, ja unabweisbare Behauptung darstellt.

Was Wundis Auffassung der Ethik angeht, die in seiner Verwertung der ethischen Lehren zum Ausdruck kommt, so ist daran soviel richtig, daß eine auf den Menschen selbst gegründete, also im eigentlichen Sinne philosophische Ethik nur dann möglich ist, wenn das Verhältnis des einzelnen zur Gemeinschaft zugrunde gelegt wird — bezug, zu der in Klassen differenzierten Gemeinschaft, müßte hinzugefügt werden —, daß sie aber unmöglich ist, wo sie nur die subjektive Seite des Menschen zum Gegenstand hat. Nun sind aber nach Wundis infolge seiner idealistischen Auslegung dieses an sich richtigen Moments, die in der Gemeinschaft wirksamen Willenskräfte als die schöpferischen Mächte des sittlichen Lebens anzugerkennen. Tatsächlich stellen diese Willenskräfte ebenso wie die übrigen in der Gemeinschaft tätigen physischen Faktoren nur die Träger (sozusagen) und die nächsten Triebfedern der sittlichen Handlungen dar. Sie bilden aber weder die letzten ausschlaggebenden Beweggründe der sittlichen Handlungen der jeweiligen Zeit, noch die treibenden Kräfte der sittlichen Entwicklung überhaupt. Diese sind vielmehr in letzter Linie in den ökonomischen Verhältnissen der Gesellschaft zu suchen.

Der idealistisch-bürgerliche Standpunkt Wundis führt ihn auch — im Anschluß an Fichte und Hegel — zur Idealisierung und Verherrlichung des Staates, der im Grunde genommen doch nur eine Machtorganisation der herrschenden Klassen ist, was auch vorwiegend seinen Charakter und seine Betätigungsart bestimmt. Nur England gegenüber als einem Staat befindet Wundis ein schärferes Auge. Hier schließt er sich der Meinung an, England als Staat gelte „in aller neuer Zeit als gewalttätig, treulos und hinterlistig“. Drängt sich dann aber Wundis nicht die Frage auf, ob denn England bezüglich seiner Eigenschaften als Staat vereinzelt dastehen könne und nicht vielmehr das Wesentliche davon mit anderen Staaten teilen müßte?

Es ist bezeichnend für die bürgerliche Philosophie, daß selbst einem ihrer tiefsten und vielseitigsten Vertreter wie Wundis jedes Verständnis für den marxistischen Sozialismus wie für seine Parteilichung abgeht. Dies tritt klar zutage, wenn Wundis davon spricht, daß der „internationale Kommunismus den Staat vernichten wollte, um das Phantom einer auf den Egoismus gegründeten Gesellschaft an seine Stelle zu setzen“. Oder wenn er prophezeit, daß „wenn nicht alle Anzeichen trügen, die bisher ablesbar stehende sozialistische Partei im Begriff ist, sich unter der einigenden Macht der Ereignisse in eine soziale Reformpartei umzuwandeln“.

Trotz vieler ergebener Einwände, die sich übrigens noch vermehren ließen, ist jedoch das Wundische Buch als interessant und lehrreich zu bezeichnen. Wenn auch klar und gefällig geschrieben, gehört es zwar nicht zu den populärsten Schriften. Es kann aber immerhin mit Nutzen von jedem in die Hand genommen werden, der in die grundlegenden Begriffe der Philosophie durch vorangegangene Lektüre bereits einigermaßen eingeführt ist.

Dr. R. E.

Eine Organisation der belgischen Sozialisten in Frankreich.

Wie „Het Volk“ aus Paris geschrieben wird, haben die belgischen Sozialisten, die nach Frankreich geflüchtet sind, eine Organisation gegründet. In ihrer ersten Vollversammlung wurde eine Resolution beschlossen, die folgende Hauptpunkte enthält: Der Verband fordert, mit Berufung auf die internationalen Kongresse die Fortsetzung des Kampfes bis zur Befreiung des belgischen Gebiets. Er widersteht sich jedem Friedensvertrag, der nicht die vollständige politische, wirtschaftliche und militärische Unabhängigkeit Belgiens anerkennt, protestiert aber gleichzeitig gegen die von Personen ohne Mandat betriebene annexionsistische Propaganda.

Werkwürdig, weil sie die Antwort auf dunkelgebliebene Vorgänge sein müssen, sind die Forderungen der Resolution, die den Schutz der politischen und philosophischen (d. h. religiösen) Meinungsfreiheit der Soldaten zum Gegenstand haben. Die Resolution fordert die Gewissensfreiheit in der Armee und die Verteidigung der Soldaten vor den Kriegsgerichten (offenbar durch freigewählte Advokaten).

Weiter wird die sofortige Errichtung einer nationalen Kasse für die zureichende Versorgung der Witwen, Waisen, Kriegsinvaliden und für die Familien der aktiven Soldaten gefordert. Der Verband hat die Gründung eines doppel-sprachigen Blattes „Le Peuple Belge“ und „Het Belgisch Volk“ beschlossen, das einstweilen alle vierzehn Tage erscheinen soll. Die französische Redaktion führt Genosse Volkart, die belgische die Genossen Mahlmann und De Jong.

Politische Uebersicht.

Der privilegierte „Friedensbund“.

Der neue „Friedensbund“ verbreitet folgende Mitteilung:

„Der eben gegründete „Deutsche National-Ausschuß“ hat am letzten Mittwoch seine erste Sitzung unter lebhafter Beteiligung abgehalten. In den eingehenden Besprechungen, die sich natürlich auch mit dem Endziel des Weltkampfes beschäftigten, trat die Ueberzeugung allseitig am stärksten hervor, daß der „Deutsche National-Ausschuß“ zu seinem Teil Träger der inneren Einigkeit im kampfenden Deutschland werden müßte, wozu ihn schon seine Zusammensetzung bestimmt. Schließlich wurden alle Vorbereitungen getroffen, damit der „Deutsche National-Ausschuß“ in bald mit größeren Veranstaltungen vor die Öffentlichkeit treten könne.“

Was bisher allen anderen mehr oder weniger verjagt war und einigen Personen und Organisationen und der Presse schwere Unannehmlichkeiten eingebracht hat, soll demnach einer offenbar offiziös unterfertigten Gruppe von Personen gestattet sein: nämlich die öffentliche Erörterung der Kriegsziele.

Ein Dankschreiben des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler hat auf die Kundgebung Leipziger Bürger folgendes Dankschreiben abgefaßt:

„Euer Hochwohlgeboren haben im Verein mit ausgezeichneten Bürgern der Stadt Leipzig mit einer Kundgebung zugehen lassen, die mich herzlich erfreut und bewegt hat. Indem die Herren mir ihre freundliche Bestimmung gemeinsam belunden wollten, haben sie, wenn ich sie recht verstehe, zugleich den Wunsch geäußert, Zeugnis zu geben von dem und überbrücklichen Zusammenhalten von Mitgliedern des höchsten Gerichtshofes, Vertretern der Wissenschaft und der Kunst, des Handels und der Industrie, mit der Führung des Reiches. Aus dem Bewußtsein solcher Uebereinstimmung zieht die Leitung des Reiches in dieser entscheidungsvollen Zeit ihre beste Kraft. In diesem Sinne bitte ich Euer Hochwohlgeboren, den Herren Unterzeichneten der Adresse meinen warmen Dank übermitteln zu wollen.“

Neuorientierung.

Im „Grundstein“, dem Organ des Bauarbeiterverbandes, wird aus der ostpreussischen Stadt Soldau ein Vorgang besprochen, der sehr deutlich an die Behandlung der Arbeiterschaft vor dem Kriege erinnert und einen famosen Beitrag zu dem Kapitel „Neuorientierung“ liefert. In Soldau entsprechen die den dortigen Bauarbeitern gezahlten Löhne in den allermeisten Fällen nicht dem Tarif, sondern sind oft bis über die Hälfte niedriger. Dieser Umstand erklärt sich daraus, daß nur ein geringer Bruchteil der Bauarbeiter in Soldau organisiert ist. Um nun zur Durchführung des Tarifvertrages Stellung zu nehmen, wollte der Bauarbeiterverband gemeinsam mit dem Zimmererverband am 18. Juni eine Versammlung abhalten. Wahrscheinlich hatten die Unternehmer diesen Plan erfahren und befruchteten nun das Eingreifen der Organisation in die Lohnverhältnisse. Wohl auf ihr Betreiben wurde die Versammlung verhindert, indem der Wirt des Lokals, wo die Versammlung stattfinden sollte, von dem Bürgermeister Weiß folgendes Schreiben erhielt:

Soldau, den 17. Juni 1916.

Es ist bekannt geworden, daß die Absicht besteht, morgen in Ihrem Lokale eine Bauarbeiterversammlung abzuhalten. Auf Veranlassung des Herrn Landrates zu Reidenburg, welcher im Einverständnis mit dem stellvertretenden Generalkommando in Allenstein handelt, verbiete ich hiermit die Abhaltung der Versammlung in Ihrem Lokal und unterlage Ihnen die Dergabe der Räume zu diesem Zweck. Jedem Versuch, dieses Verbot zu übertreten oder zu umgehen, wird mit den geeigneten Mitteln entgegengetreten werden.

Die in dem letzten Satz ausgesprochene Drohung erhielt auch ihren Nachdruck, denn am Tage, wo die Versammlung stattfinden sollte, wurde das Lokal von acht Polizeibeamten bewacht. Am anderen Tage mußte ein Polizeibeamter bei den Bauarbeitern im Orte nachforschen, wer bereits Mitglied des Bauarbeiter- oder Zimmererverbandes sei. Einem Arbeiter aus Ruffisch-Polen wurde bei dieser Gelegenheit das Verbandsbuch abgenommen.

Wenigstens ist auch, daß für das Verbot der Versammlung kein Grund angegeben wurde. Die Veranstalter der Versammlung nahmen daher wohl nicht mit Unrecht an, daß hinter diesen Maßnahmen die Unternehmer als treibende Kraft stehen. So hat man sich die „Neuorientierung“ in den Kreisen der Hoffnungsreichen wohl doch nicht gedacht.

Das Zentrum gegen jede Schulreform.

Der Reichsausschuß der Schulorganisation der Katholiken Deutschlands hielt vor einigen Tagen in Frankfurt eine Sitzung ab. Bezüglich der Einheitschule wurden folgende Beschlüsse einstimmig angenommen:

Die Volksschule ist als die Grundlage für die Bildung und Erziehung des gesamten Volkes anzusehen. Sie muß deshalb:

1. in ihrer konfessionellen Gestaltung aufrechterhalten bleiben;

2. noch mehr als bisher zur Herzenssache des katholischen Volkes gemacht und auf jede Weise unterstützt und gefördert werden.

Bei der Aufnahme in die höheren Lehranstalten ist jede Bevorzugung der die Volksschulen besuchenden Schüler auszuschließen.

Für die Kinder der minderbemittelten Bevölkerung muß die Möglichkeit, sich höhere Bildung zu verschaffen, erweitert werden; als Mittel können dienen: Vereinfachung möglichst reichlicher finanzieller öffentlicher Mittel, Wegfall oder Ermäßigung des Schulgeldes u. dergl.

Der Begriff der Einheitschule im Sinne der Sozialdemokratie und des Deutschen Lehrervereins wird abgelehnt; schon weil er zu unklar und vielgestaltig ist.

Ebenso werden abgewiesen die damit in Verbindung stehenden Forderungen auf Simultanisierung, Vertaatslichung und Verweltlichung der Volksschule, auf Gemeinschaftserziehung der Geschlechter, auf reichsgesetzliche Regelung des Schulwesens.

Die Unterrichtsfreiheit muß gewahrt bleiben, insbesondere das Recht auf Errichtung von Privatschulen. Das Recht, über die Erziehung der Kinder und die Art des Unterrichts zu entscheiden, steht in erster Linie den Eltern zu. Dem entspricht die Pflicht christlicher Eltern, ihren Kindern eine christliche Erziehung angeheißt zu lassen.

Auch die übrigen Schulen, insbesondere die Fortbildungsschulen, müssen mehr als bisher zu Erziehungsschulen gestaltet werden. Namentlich muß die religiöse Unterweisung und die Pflege des religiösen Lebens zu ihrem vollen Rechte gelangen.

Die Ausfuhrverbote und das Kriegsernährungsamt.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes, v. Batocki, schreibt über die Ausfuhrverbote und die Maßnahmen, die das Kriegsernährungsamt zu deren Vereinfachung getroffen, in den „Mitteilungen aus dem Kriegsernährungsamt“ folgendes:

„Das Kriegsernährungsamt denkt keineswegs daran, diese Schranken für die Kriegsdauer weiter bestehen zu lassen. Es kann aber ebensowenig Maßnahmen, die sich während zweier Kriegsjahre entwickelt hatten, ohne Prüfung der Verhältnisse und Gründe plötzlich wegdekretieren. Die Folge wäre eine Verwirrung und Unordnung, die niemand verantworten könnte. Es galt zunächst eine genaue Uebersicht über den Stand der Dinge, über alle bestehenden, von den verschiedenen Militär-, Staats-, Kreis- und Ortsbehörden erlassenen Ausfuhrbeschränkungen zu gewinnen. Bei der hierzu erforderlichen Umfrage wurden die Behörden zugleich ersucht, sorgfältig zu prüfen, ob sie nicht ihrerseits angeordnete Ausfuhrbeschränkungen als allenfalls entbehrlich anerkennen und aufheben könnten. Dieses ist in erheblichem Umfang geschehen. Die ganze Uebersicht der hierauf noch in Kraft stehenden Beschränkungen liegt nunmehr vor uns und es können in nächster Zeit durchgreifende Anordnungen zunächst auf den Gebieten, wo sie am dringlichsten sind, erlassen werden.“

Einstweilen ist es nützlich, sich die Entstehung und die Geschichte der Ausfuhrbeschränkungen kurz zu machen.

Das anfängliche Herumtasten unter Einführung örtlich ganz verschiedener Höchstpreise für einzelne Waren führte dazu, daß der Handel mit diesen augenblicklich den Markt mit den günstigsten Höchstpreisen aufsuchte und andere Bezirke von solchen Waren entblöhte. Man versuchte, in den einzelnen Bezirken sich durch Ausfuhrverbote genügende Waren zu erträglichen Preisen zu sichern. Das ging natürlich nur in Bezirken mit verhältnismäßig reichlicher Erzeugung und geringer Bevölkerung, also im allgemeinen zum Nachteil der Großstädte und Industriebezirke. Die Zustände blieben im ersten Kriegsjahr mit seiner reichlichen Ernte und den erheblichen vom Handel angesammelten Vorräten noch halbwegs erträglich. Im zweiten Kriegsjahr, wo die Mithene des Herbstes 1915 die Knappheit immer größer werden ließ, wurden die Sperrmaßnahmen allmählich als untragbar empfunden. Die zu erhebende viel bessere diesjährige Ernte wird diesen Mithänden etwas, aber nicht annähernd in genügendem Maße abhelfen. Die Lage bezieht sich nicht im mindesten auf diejenigen Waren, die am allerwenigsten sind und die den allerschärfsten Beschränkungen der freien Ausfuhr unterliegen, das Brotgetreide und Mehl. Hier ist jede Ortsschaft, ja jedes Gehöft mit Ausfuhrbeschränkungen umgeben. Es darf nur dahin ausgehen, wozu die Zentralstelle es bezieht.

Die Frage, ob es nicht, wie manche behaupten, richtiger gewesen wäre, auch während der Kriegszeit den freien Handel und Verkehr allgemein walten zu lassen, die Preisbildung ihm zu überlassen und durch hohe Besteuerung der Kriegsergebnisse und reichliche Unterstützung aller Minderbemittelten den nötigen Ausgleich zu schaffen — diese Frage muß, so bedeutsam sie für die Zukunft ist, bei der gegenwärtigen Arbeit des Kriegsernährungsamtes völlig ausbleiben. Hat man sich einmal zum System der Höchstpreise und als dessen Folge der Zwangslieferung und Zwangsverteilung für die wichtigsten Lebensmittel entschlossen, so kann man dieses System während des Krieges unmöglich wieder über den Haufen werfen, sondern muß es im Gegenteil, da Halbheiten in schwierigen Zeiten am allerschlimmsten und verhängnisvollsten sind, mit Energie und ohne Rücksicht auf entstehende Widerstände und Schwierigkeiten so weit ausbauen, daß die gesamte Volksernährung auf diesem Wege, soweit es die Verhältnisse erlauben, gesichert wird.

Für die meisten anderen Waren als Brotfrucht und Mehl hat man sich zu einer solchen durchgreifenden Ordnung von Reichs wegen bisher nicht entschlossen, sondern die Ordnung der Bundesstaaten oder einzelner Bezirke überlassen. Manche von diesen haben für ihr Gebiet bei vielen Warengattungen ein auf sorgfältiger Verteilung und Preisbemessung beruhendes System durchgeführt, das jedem den Bezug der Ware in einem dem Gesamtbedarf entsprechenden Menge zu einem angemessenen Preise ermöglicht. Dieses System, das u. a. mit infolge der Günstigen Lage und der letzten Ernte im Königreich Bayern besonders gründlich und erfolgreich durchgeführt ist, erfordert unbedingt einen Abschluß des Gebietes durch Ausfuhrbeschränkungen, wenn nicht durch Einbringen des freien Handels und Fortführung der Ware nach anderen Bezirken mit größerer Kaufkraft und höheren Preisen das ganze mühsam aufgedachte System über den Haufen geworfen werden soll. Daß die Nachbarn eines so geregelten Gebietes diese Sperrung als Härte und Rücksichtslosigkeit empfinden, zumal wenn sie sehen, wie gut es verhältnismäßig mit Versorgung und Preis jenseits der Grenze ausfällt, ist selbstverständlich.

Trotzdem muß es das Ziel sein, auch diese Ausfuhrschranken zu beseitigen. Das Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn vorher durch Ordnung der Lieferung, des Verbrauches und des Preises, etwa nach dem Vorbilde unserer Getreideversorgung, für das ganze Reichsgebiet die nötigen Vorkehrungen getroffen sind. Für die Kartoffel-, Fleisch-, Milch- und Fettversorgung sind die Vorarbeiten hierzu vom Kriegsernährungsamt nahezu beendet.

Für Zucker und gewisse andere Gegenstände ist eine ähnliche Regelung am Werke. Bei einer Reihe von anderen Waren ist sie wegen der Natur der Waren nicht möglich. Hier können örtliche Ausfuhrbeschränkungen nur durch ein richtig abgestuftes System der Höchstpreise entbehrlich gemacht werden, wenn man nicht die bisher durch Ausfuhrverbote geschützten Bezirke der Gefahr völliger Entblöhung von Waren aussetzen will. Auch in dieser Hinsicht sind die Vorarbeiten im Kriegsernährungsamt schon weit gediehen und in mehreren Punkten sind durchgreifende Verbesserungen als bald zu erwarten. Ein allzu lebhaftes Drängen aber,

hat in manchen mit zugehenden Zuschriften die seltsamsten Formen angenommen hat, kann die Sache nicht fördern. Es ist keine Rede davon, daß unbedeutende Sonderinteressen irgendwelcher Art das Kriegsernährungsamt verändern könnten, bei der Befestigung dieser Wirtschaft mit der Schnelligkeit und in der Art vorzugehen, die nach seiner pflichtgemäßen Ueberzeugung am besten zum Ziele führt. Unberechtigter Widerstand ist bisher tatsächlich nicht hervorgerufen, und wo er hervorgerufen sollte, würden sich Mittel und Wege finden, um ihn zu brechen. Sachliche Bedenken gegen plötzliche, ungenügend überlegte Eingriffe, und die Notwendigkeit, bestehende, von einzelnen Bezirken geschaffene nützliche Einrichtungen so lange zu erhalten, bis allgemein Brauchbares an ihre Stelle gesetzt werden kann, sind der einzige Grund, der uns, auf die Gefahr hin, damit das Mißfallen der Öffentlichkeit zu erregen, zu vorsichtiger Vorgehen veranlaßt.

Aus der Partei.

Zum Frankfurter Konflikt.

Der Parteivorstand schreibt uns: Durch die Presse geht eine auf dem letzten Frankfurter Bezirksparteitag beschlossene Resolution, in der behauptet wird, der Parteivorstand habe das Vorgehen der Kreisorganisation Frankfurt a. M., die ihren Bezirksbeitrag dem Bezirkssekretariat nicht abgeliefert habe, gedeutet, indem er den Agitationszuschuß für den Bezirk statt der angeforderten 1200 M. auf 600 M. festgesetzt habe. Demgegenüber sei bemerkt: Da der erweiterte Parteivorstand ein Flugblatt herausgab und im Bezirk verbreitete, in dem zum Wohlwollen des Frankfurter Parteivorstandes aufgeföhrt wurde, beschloß die Kreisorganisation Frankfurt, ihren Bezirksbeitrag zurückzuhalten, damit nicht ihre Mittel noch zur Bekämpfung ihres Rettungsunternehmens verwendet würden. Obwohl der Beschluß der Frankfurter Genossen nach dem in der Partei wohl einzig dastehenden Vorgehen des erweiterten Parteivorstandes erklärlich erscheint, ersuchte der Parteivorstand den Frankfurter Wahlkreisvorstand, die Bezirksbeiträge an den Vorsitzenden der Bezirksorganisation abzugeben, der dafür Sorge zu tragen hätte, daß sie lediglich im Interesse der Partei Verwendung fänden.

Dem Antrage des Parteivorstandes auf Bewilligung eines Zuschusses von 1200 M. konnte, ebenso wie ähnlichen Anträgen aus anderen Teilen des Reiches, aus finanziellen Gründen nicht in der geforderten Höhe entsprochen werden. Die Herabsetzung auf 600 M. war in diesem Falle um so unbedenklicher, als eine Einsicht in die Kassengebühren des Bezirks ergab, daß die Bezirksorganisation mit diesem Betrag auskommen konnte, wenn sie ihre Ausgaben unter Berücksichtigung der Kriegsverhältnisse auf das durch das Parteinteresse gebotene Maß beschränkte.

Der in der Resolution gegen den Parteivorstand erhobene Vorwurf, er zerstöre die jahrelange mühevoll organisierte Agitationsarbeit des Bezirks, bedarf danach wohl nicht der besonderen Zurückweisung. Er nimmt sich besonders wirkungsvoll aus im Munde von solchen Genossen, die in der jetzigen schweren Zeit ein Doktrinfugblatt gegen ihr eigenes Parteiorgan herausgeben und in weitesten Kreisen verbreiten.

Die Kontrollkommission

hat sich am 6. Juni mit einer Beschwerde der Genossen Meißner, Dresden und Gottschalk-Königsberg i. Pr. beschäftigt, die sich gegen das Verhalten des Parteivorstandes in der Sitzung des Parteiausschusses vom 27. März richtete, in der über die Fraktionspaltung verhandelt worden ist. Außerdem richtete sich die Beschwerde gegen den Parteiausschuss, weil er seine ihm durch das Organisationsstatut übertragenen Befugnisse überschritten habe. Die Beschwerdeführer haben beantragt: „Das gerügte Verhalten des Parteivorstandes und Parteiausschusses verletzt unser Organisationsstatut und ist daher zu verurteilen. Die gefassten Beschlüsse sind rechtswidrig und für die Parteigenossen unverbindlich.“

Die Beschwerde ist durch folgenden Beschluß erledigt worden: „Die Kontrollkommission war einstimmig der Auffassung, daß dem Parteivorstand wegen seiner Behandlung des Falles Haase ein Vorwurf nicht zu machen ist. Was den übrigen Teil der Beschwerde betrifft, der sich auf die Beschlußfassung des Parteiausschusses innerhalb der Fraktion bezieht, hat die Kontrollkommission sich für Abweisung der Beschwerde entschieden.“

Soziales.

Unterstützungen an beschäftigungslose Arbeiter der Textil- und Bekleidungsindustrie in Sachsen.

In einer im sächsischen Ministerium des Innern stattgefundenen Sitzung des Landesauschusses für Textilarbeiterfürsorge im Königreich Sachsen wurde eine Nachprüfung der Unterstützungen an beschäftigungslose Arbeiter der Textil- und Bekleidungsindustrie beschlossen. Als Unterlage für die Berechnung der Unterstützungssätze sollen künftig die für die Betroffenen erforderlichen Mengen an Nahrungsmitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen dienen. Die festgestellten Bedarfsmengen sind je nach den örtlichen Preisen in ihren Geldwert umzurechnen und die so gewonnene Summe als Grundlage für den Unterstützungssatz zu nehmen. Für Familienangehörige gelten entsprechende Zuschläge. Die bisherige Bestimmung, daß der Unterstützungssatz keinesfalls höher sein darf als der verdienten Lohn, ist außer Kraft gesetzt worden. Arbeitslose Ehefrauen können als arbeitslose Textilarbeiterinnen für sich die Arbeiter-Familienunterstützung und diejenige aus der Textilarbeiterfürsorge nebeneinander in voller Höhe beziehen. Kleine Verdienste, Renten und dergleichen in Höhe von 2 M. bei lebigen Personen und 4 M. bei männlichen und weiblichen Haushaltsvorständen werden nicht mehr auf die Unterstützung angerechnet. Die Zinsen von Ersparnissen bis zu 3000 M. und die staatliche Wochenhilfe bleiben völlig unberücksichtigt. An in auswärtige Arbeit vermittelte verheiratete Personen wird von Fall zu Fall entsprechender Unterstützungszuschuß geleistet. Neu in die Fürsorge einbezogen worden sind die Arbeiter und selbständigen Gewerbetreibenden der Nebengewerbe der Textilindustrie und diejenigen der Konfektions-, Wäsche-, Stoffblumen- und Filzindustrie.

Die Berufsvormundschaften während des Krieges.

Dem „Zentralblatt für Vormundschaftsweisen, Jugendgerichte und Fürsorgeerziehung“ entnehmen wir folgende Darlegung des Archivs deutscher Berufsvormünder über die Berufsvormundschaften während des Krieges:

Während die Berufsvormundschaften ebenso wie alle anderen Behörden und Vereinigungen durch die Einberufung ihrer Angestellten an Arbeitskräften verloren, während viele freiwillige Mitarbeiter und vor allem Mitarbeiterinnen durch die vielfältigen Arbeiten der Kriegsfürsorge abgezogen wurden, nahmen die Arbeiten der Berufsvormundschaften in starkem Maße zu. Es waren dabei vor allem zwei Aufgaben, die neben allem anderen ins Gewicht fielen:

Beim Beginn des Krieges gelang es uns, den unehelichen Kindern die Kriegsunterstützung, die ihnen in dem verbündeten Oesterreich schon lange gesetzlich zustand, ebenfalls zu erwirken. Damit ermahnte den Berufsvormündern die Pflicht, ihren Schützlingen diese Unterstützung in weitestem Maße zugänglich zu machen. In welchem Umfange das gelungen ist, zeigt eine besondere Zählung auf Grund der folgenden Tabellen. Rechnen wir alle jene Berufsvormundschaften zusammen, welche die Frage nach der Zahl der Kriegsunterstützten Mündel beantwortet haben, so ergibt sich, daß bei ihnen 141 830 Mündeln 46 714 uneheliche gegenüberstanden, die die Kriegsunterstützung bezogen. Auf die

Gesamtzahl von etwa 1 000 000 unehelicher Kinder im schulpflichtigen Alter würden danach etwa 326 540 uneheliche Kinder entfallen, die Kriegsunterstützung beziehen. Rechnen wir, daß im Durchschnitt diese Unterstützung monatlich 10 M. betrage, was nach den Angaben in den Tabellen höher zu niedrig gegriffen ist, so würden uneheliche Kinder monatlich 3 265 000 M. an Kriegsunterstützung beziehen. Daß durch die Summe ihre Lage wesentlich gebessert wird, daß diese Summe in der Form besserer Erziehung und Ausbildung, geringerer Minimalität und geringerer Sterblichkeit der unehelichen Kinder der Gesellschaft in reichem Maße wieder zugute kommt, brauchen wir nicht näher mehr zu beweisen.

Von hier aus ist es möglich, die Zahl der Unehelichen zu schätzen, die ihren Vater bereits im Felde verloren haben und daher Anspruch auf eine Waisenrente hätten, wenn diese bereits gesetzlich den Unehelichen zustände. Nennen 141 830 Mündeln entsprechen 2 113 Verwaiste. Danach würden auf jene Million unehelicher Kinder, die mindestens in der Bevölkerung vorhanden sind, schon Mitte vorigen Jahres (die meisten Zahlen entstammen etwa dem August vorigen Jahres) 14 900 solcher Kinder entfallen sein, die Anspruch auf Kriegswaisenrente gehabt hätten. Ihre Zahl wächst seitdem von Tag zu Tag; kaum etwas dürfte dringlicher für eine gleiche Behandlung der unehelichen und ehelichen Kriegswaisen sprechen als der Hinweis auf diese Zahlen.

Neben dieser Tätigkeit, die besonders im Anfang des Krieges nicht gering war, beehrte sich eine andere Arbeit der Berufsvormundschaften während des Krieges stark aus: die Beratung der Einzelvormünder. Waren die Berufsvormünder schon im Frieden vielfach als Auskunftsstelle von Vormündern benutzt worden, hatten nicht selten auch die Gerichte die Vormünder an sie verwiesen, so nahm das alles im Kriege bedeutend zu, wo die Vormundschaftsgerichte, soweit die Vormünder und Mütter sich an sie wendeten, diesen Aufgaben weniger als je gewachsen waren. Es ist kein geringer Ruhmesdiener der Berufsvormünder, daß sie gegenüber der großen Menge der alten Arbeit mit weniger Kräften zu arbeiten gezwungen, doch diese beiden neuen Aufgaben auf sich genommen und soweit es irgend ging, erfüllt haben. Es ist zweifellos, daß der Krieg auf die unehelichen Kinder in der unheilvollsten Weise gewirkt hätte, wenn nicht die Berufsvormundschaften mit Aufopferung aller Kräfte sowohl ihre eigenen Mündel geschützt wie auch nach ihrer Kraft zum Besten aller anderen bedürftenden Kinder den Vormündern zur Verfügung gestellt hätten.

Gerichtszeitung.

Betrugsprozeß gegen Krawatten-Steinberg.

Der Prozeß gegen Adolf Steinberg und seine Ehefrau ist nach dreitägiger Verhandlung gestern beendet worden.

In der Beweiserhebung wurden noch verschiedene Zeuginnen darüber vernommen, ob sie als Beirathen in Steinbergs Krawatten-Nähstube etwas Rechtes gelernt und nachher so guten Verdienst gehabt haben, wie Steinberg in seinen Annoncen es versprochen hatte. Die Aussagen waren teils zugunsten der beiden Angeklagten, teils sehr zu ihren Ungunsten. Wenn Zeuginnen bezeugten, daß sie nach Beendigung der Lehrzeit wenig geleistet und bald die Arbeit als unlohnend aufgegeben hätten, wiesen die Angeklagten die in ihren Händen befindlichen Schreiben vor, in denen für „gute Ausbildung, Gehalt“ wurde. „Ja, ich dachte ja, sie ist gut!“ entschuldigte sich lachend eine Zeugin, als ihr „Dankschreiben“ ihr vorgehalten und überreicht wurde. Steinberg berief sich darauf, daß er ausgebildeten Beirathen, wenn er nicht selber Arbeit hätte, anderwärts Arbeit nachgewiesen habe. Hierzu bezeugten einige von ihm selber als Zeuginnen beigebrachte Inhaberrinnen von Krawatten-Nähstuben, daß Steinbergsche Arbeiterinnen bei ihnen erst nachlernen mußten. „In den seltensten Fällen waren sie zu brauchen“, sagte die eine dieser Zeuginnen, und eine andere versicherte gar: „Arbeitsfähig war keine.“ Das sind Entlastungszeuginnen! bemerkte dazu der Staatsanwalt. Eine Arbeitsstudeninhaberin gab an, daß eine Vorarbeiterin pro Woche zunächst 3 bis 6 M. und selbst nach jahrelanger Arbeit nur 10 bis 12 M. verdiene. Vernommen wurde auch Fräulein Dr. Oebel, Leiterin der „Auskunftsstelle für Heimarbeitsbesorger“, die einige Arbeiterinnen gegen Steinberg vor dem Gewerbegericht vertreten hat. Durch eigene Beobachtung hat diese Zeugin in der Kriegszeit an einzelnen Tagen festgestellt, daß Steinberg nur wenig Arbeit ausgab. Als Sachverständige wurden Kaufmann Grashelm, Procurist Schröder und Kaufmann Peter vernommen. Grashelm hatte in einem Gewerbegerichtspruch das Steinbergsche Fabrikations- und Verkaufsgeschäft in der Contardstraße besichtigten müssen und dabei nur ein ganz bescheidenes Warenlager vorgefunden, dessen Wert er auf 3000 M. schätzte. Schröder und Peter gaben ihr Gutachten dahin ab, daß Steinberg nicht in der Lage gewesen sei, die Verpfändungen seiner Annoncen zu erfüllen. In so kurzer Zeit eine Krawattenarbeiterin auszubilden, sei unmöglich. Steinberg erwiderte, daß viele Damen weder zu lernen, noch zu arbeiten beabsichtigten. Da seien z. B. die vornehmen Damen, die „beschämten Arbeiterinnen“, die in der Regel rasch die Arbeit wieder hinwerfen. Manchen sei es sogar nur darum zu tun, nach drei Tagen eine Verschönerung zu erhalten, daß sie bei ihm gearbeitet haben. Eben das sei ja sein Vorteil, und davon habe er seit langem eine „mittelmäßige Existenz“. Auf eine Frage des Staatsanwalts, was denn das für Damen seien, erklärte Steinberg sich deutlich: „Run, Damen, die unter Kontrolle stehen.“

Das Ergebnis der Beweisaufnahme wurde vom Staatsanwalt dahin zusammengefaßt, daß Steinberg und Frau des Betruges überführt seien. Man müsse den Angeklagten dafür danken, daß sie selber noch „Entlastungszeugen“ beibrachten, die dann zu ihrer Entlastung dienten. Der Betrag sei zu erlösen in den Annoncen, in dem Prospekt und in der Zusicherung der Leihgeldrückzahlung. Die letzten Groschen habe Steinberg unbemittelten Frauen und Mädchen aus der Tasche gezogen. Der Staatsanwalt beantragte, die Verurteilung der Angeklagten zu verwerfen. Für Steinberg seien die in erster Instanz erkannten zwei Jahre Gefängnis nicht zuviel. Ihm müsse aber auch der auf unlautere und verbrecherische Weise erzielte Vorteil wieder entzogen werden, und außerdem sei das Ehrlose seines gemeingefährlichen Treibens zu kennzeichnen. Gegen ihn wurden noch 500 (fünfhundert) Mark Geldstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre beantragt. Gegen Frau Steinberg lautete der Antrag auf ein Jahr Gefängnis (statt drei Monate erster Instanz). Der Verteidiger, Rechtsanwalt Bahn, forderte für beide Angeklagte die Freisprechung. Von Betrag könne keine Rede sein; denn der Tatbestand sei ja genau ebenso wie der in früheren Gerichtsverfahren festgestellte. Steinberg habe früher zweimal Freisprechungen erzielt und außerdem wegen der Angriffe gegen ihn die Verurteilung eines „Vormünder-Redakteurs“ durchgesetzt. Da habe er seinen Betrieb doch wohl für einwandfrei halten können.

Das Gericht kam zu dem Urteil: Ausreichend seien für Frau Steinberg 3 Monate Gefängnis, für Steinberg 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, wovon 3 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet würden. Auf Geldstrafe erkannte die Strafkammer nicht, wohl aber auf die beantragten drei Jahre Ehrverlust.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Lampe aus, die Schülerinnen seien den Steinbergschen Eheleuten zugeteilt worden durch das in den Annoncen gemachte Versprechen einer dauernden und lohnenden Heimarbeitsarbeit, das sie gar nicht in der Lage waren, dauernde und lohnende Heimarbeitsarbeit zu geben. Man habe den Vorlaut der Annoncen dahin auffassen müssen, daß sie Arbeit aus dem eigenen Geschäft zu sicherten. Sie hätten wohl gewußt, daß es ihnen unmöglich war, in ihrem kleinen Fabrikationsgeschäft so viele Personen zu beschäftigen, wie sie in ihrer Nähstube unterrichteten. Auch sei die Lehrmethode bei ihnen gar nicht geeignet gewesen, zu dauernder und

lohnender Heimarbeits vorzubereiten. Außer dieser allgemeinen Vorpiegelung hätten sie gegenüber einzelnen Schülerinnen noch besondere Vorpiegelungen gebraucht, z. B. die, daß sie nötigenfalls Kriegsarbeit geben würden. Auch hätten sie einzelnen Schülerinnen die Rückzahlung des Lehrgeldes zugesichert, obwohl das nie ihre Absicht gewesen sei. Der Hinweis des Angeklagten Steinberg auf die früheren Freisprechungen sei irrig; die Verhältnisse seien nicht dieselben wie damals geblieben, sondern Steinberg habe in der Kriegszeit die Ausbildung von Weidamen unter Vorpiegelung dauernder Heimarbeits fortgesetzt, obwohl er wußte, daß jetzt gerade in der Krawattenindustrie die Lage noch ungünstiger für die Arbeiterinnen war. Mit Rücksicht auf die eheliche Gefinnung, die er an den Tag gelegt habe, sei auf Ehrverlust erkannt worden. Für die Ehefrau könne als mildernd gelten, daß sie unter dem Einfluß ihres Mannes handelte.

Die vom Verteidiger beantragte Hastenlassung wurde abgelehnt. Steinberg und Frau erklärten dann, sich bei dem Urteil beruhigen zu wollen.

Beleidigung eines Gewerbeichters.

In vierter Instanz wurde gestern vor der Strafkammer des Landgerichts II die Anklage gegen den Buchhalter Friedrich Richter wegen Beleidigung des Arbeitnehmerbeistehers beim Gewerbegericht Genossen Alwin Körtzen verhandelt.

Der Angeklagte hatte als Angestellter der Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft vormals Schwarzkopff im Anschluß an eine Streitsache, die zwei Farmer mit Erfolg gegen die Firma richteten, die Bemerkung gemacht: „Der Beisther mit der goldenen Brille, der Reichstagsabgeordnete, habe das Gericht zu dem Urteil bewogen, aber die Firma werde ihm das Handwerk legen.“ Das Schöffengericht hatte den Angeklagten zu 30 M. Geldstrafe eventuell sechs Tagen Gefängnis verurteilt. Die hiergegen eingelegte Berufung wurde von der 5. Strafkammer des Landgerichts I verworfen. Die Sache ging an das Kammergericht, welches das Urteil der Vorinstanz aufhob und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht II verwies. Hier beantragte Rechtsanwält Dr. Heine mann wiederum die Verurteilung des Angeklagten, und das Gericht entsprach diesem Antrage aus folgenden Erwägungen: Es frage sich, ob dem Angeklagten der Schuß des § 193 St.-G.-B. zur Seite stehe. Dies habe das Gericht an sich bejaht. Der Angeklagte wollte und durfte den beiden Formern gegenüber die Gründe darlegen, aus denen die Firma Schwarzkopff an dem Urteil des Gewerbegerichts Anstoß nahm. Aber die Form, „einem Richter das Handwerk legen“, sei in der Absicht der Beleidigung gewählt. Der Angeklagte habe dem Richter einen Hieb versetzen wollen, sonst hätte er einen anderen Ausdruck gewählt. Danach war das Urteil des Schöffengerichts aufrechtzuerhalten und der Angeklagte wiederum wegen Beleidigung des Richters in dessen Eigenschaft als Gewerbeichter zu 30 M. Geldstrafe zu verurteilen.

1000 M. Geldstrafe für unerlaubtes Verfüttern von Hafer.

Wegen Vergehens gegen die Bundesratsverordnung vom 28. Juni 1915 betreffend die Regelung des Verkehrs mit Hafer hat das Landgericht A o n i g am 8. Mai d. J. den Besizer Franz Lemplin zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt.

Der Angeklagte ist Besizer eines 500 Morgen großen Grundstücks, auf dem er Ende v. J. unter anderem fünf Pferde hielt. Diese wurden auf Veranlassung des Angeklagten täglich mit je 3 Pfund, also insgesamt 40 Pfund, Hafer gefüttert. Mit dieser Menge war das gesetzlich vorgeschriebene Quantum überschritten, wofür der Angeklagte verantwortlich gemacht worden ist, da die Fütterung der Pferde mit soviel Hafer auf sein Begeh erfolgt war. In der ganzen in Frage kommenden Zeit vom 1. Dezember 1915 an waren auf diese Weise 4290 Pfund Hafer unerlaubterweise als Pferdefutter verwendet worden. Wegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt. Das Reichsgericht erkannte am Freitag auf Verweisung des Rechtsmittels.

Aus aller Welt.

Schlaffenleben in Marienbad.

Der „B. Z.“ wird aus Marienbad geschrieben: „Der Weltkrieg stellt tatsächlich alle Dinge auf den Kopf. Früher ging man nach Marienbad, um sich zu erheben, und heute größtenteils nur zur Rastkur. Während wir den Schwächtriemen auch in der Sommerfrische enger ziehen müssen, ist die Verpflegung in Marienbad während dieser Saison in jeder Beziehung so reichlich wie einst im Frieden. Alle Lebensmittel sind in unbeschränkter Menge vorhanden und die Preise sind — man staune! — wirklich preiswert. Eine Einschränkung des Verbrauches durch Karten ist nur bei Brot eingeführt, aber es gibt sogar sogenanntes „Kurged“ aus reinstem Weizenmehl. Alle anderen Lebensmittel: Fleisch, Butter, Milch, Eier usw. sind in beliebiger Menge im Freiverkehr käuflich. Für Kurgäste sind sogar die „fleischlosen“ Tage aufgehoben worden. Ebensovienig gibt es „fettlose“ Tage. Volle Pension inklusive Wohnung kostet im Durchschnitt pro Tag 7 bis 10 M. Die Speisekarten der großen Restaurationen weisen neben vielen anderen Gerichten noch über 20 verschiedene Fleischspeisen auf, die zu verhältnismäßig billigen Preisen erhältlich sind.“ Es werden dann verschiedene Gerichte aufgezählt, bei deren Erwähnung einem das Wasser im Munde zusammenläuft. Man ersieht daraus: ob Entfettungskur oder Rastkur, in Marienbad kann man beides haben, wenn man nur das nötige Geld dazu hat.

Verhoben.

Ungewöhnliches Aufsehen erregte in diesen Tagen in Amsterdam nach dem „Allgemeinen Handelsblad“ der folgende Bericht des Niederländischen Staatsanwaltes:

„Der Kriegs- und der Landwirtschaftsminister geben die Woche keine Audienz. Natürlich liegen die beiden Verbrecher jetzt sicher hinter Schloß und Riegel.“

Natürlich handelt es sich da um einen technischen Fehler in der Zeitungsgerei; der letzte Satz gehört zu einer ganz anderen Notiz. Man nennt solche technischen Schnitzer „Verhoben“.

Ungeheuerliche Feldpostdiebstähle. Aus Mühlhausen (Thür.) wird der „Magdeb. Zig.“ berichtet: Der 27 Jahre im Amte befindliche Briefbote Siefert wurde wegen umfangreicher Postdiebstähle verhaftet. Er hat seit Kriegsbeginn Hunderte von Feldpostsendungen beschlagnahmt. Durch Hausdurchsuchungen wurden bisher an Diebesgut u. a. ermittelt: etwa 80 Pfund Wurst- und Fleischwaren, 4000 Stück Zigarren, Tabak, Zigaretten, Tabakpfeifen, Taschennamen und Batterien dazu, Konserven, Mörser, Wäsche, Schokolade und ähnliche Genussmittel. Auch Siefert's Frau wurde wegen Hehlerei in Haft genommen. Bei der Verhaftung des Ehepaars wurde dieses von der Bevölkerung bedroht, die die Fenster des Siefert'schen Hauses einschlug und das Haus mit Schmutz bewarf.

Ein höchst wirksames Mittel zur Erhöhung der Obstausfuhr hat, wie die „Deutsche Tageszeitung“ meldet, die Rannheimer zehnjährige Lehrende angewendet. Dort war infolge der Festsetzung von Höchstpreisen fast kein Obst auf den Markt gekommen. Die Behörde erließ darauf folgende Bekanntmachung: „Sollte nicht innerhalb drei Tagen der Markt wie ehedem mit Äpfeln und Erdbeeren zum Preise von 25 bzw. 35 Pf. befüllt werden, so werden unverzüglich Landsturmlente zum Be-

Schlagnehmen des Obfies Kommandiers und dem Eigentümer wird das Obst zu einem freien Preise enteignet werden. Jedoch werden die Unterhaltungskosten für die Landstürmer abgezogen werden. Die Wirkung stellte sich überall schnell ein; bald kam wieder Obst in reicher Fülle auf den Mannheimer Markt.

Erkennung des Pflanzens. Zu dem unter dieser Ueberschrift von uns gestern mitgeteilten Vorgang in der Altriedländer Forst wird uns mitgeteilt, daß sich dieser Forst im Besitze des neuen Berliner Polizeipräsidenten Herrn von Oppen befinden soll. Wir nehmen als selbstverständlich an, daß Herr v. Oppen mit dem Vorgehen des Forstbeamten nicht einverstanden sein und ihn zur Rechenschaft ziehen wird.

Unwetter in Ostpreußen. Bei einem schweren, ganz Ostpreußen heimstuchenden Gewitter wurden durch Blitzeschläge mannigfache Brandschäden verursacht und zwei Menschen getötet, eine Frau gelähmt. In Allenstein fiel walnuszgroßer Hagel. Die Eisenbahn Czarny-Neufahrn ist durch Ueberflutung des Bahndammes auf 400 Meter unfahrbar.

Ueberflutung einer Schwefelgrube. Laut einer Meldung des „Corriere della Sera“ aus Palermo wurde Freitag früh infolge des Bruches der Wasserleitung die Schwefelgrube Prota-calda in Galtanissetta überflutet. Rettungsarbeiten zur Bergung von 400 Arbeitern wurden eingeleitet. Es ist niemand getötet worden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Stuben Nr. 3, IV. Hof rechts, Portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsqualifikation beigemessen ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verzögerung, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

S. R. N. S. Antrag auf Altersrente können Sie unter Befügung der letzten Ausstellungsart, der Ausrechnungsbescheinigungen und des Geburtscheines auch schriftlich an das Versicherungsamt stellen. Es empfiehlt sich ein Einlaßbeleg. Sie müssen Invalidenmarken weiterleben. — **A. V. 109.** Die Geldüberlässe der Kontinen sollen nach den Vorschriften zur Bildung eines angemessenen Reservefonds dienen, die dann nach verfügbaren Ueberschüssen sind zum ausschließlichen Nutzen der Interessierten und Mannschaften so zu verwenden, daß sie möglichst unmittelbar und gleichmäßig den Beteiligten wieder zugute kommen. — Beschwerden über die Kontine und deren Verwaltung müßten zunächst der Kontinenkommission unterbreitet werden. Diese soll sich zusammensetzen aus einem Hauptmann, einem Oberleutnant oder Leutnant, zwei Unteroffizieren und einigen Gemeinen, die von dem Kompaniechef vorgeschlagen und vom Bataillonkommandeur bestimmt werden. — **S. 25.** 1. Herabsetzung der Echsfähigkeit. 2. Da Sie bereits zum Landsturm ausgemustert sind, können Sie jeden Tag Gestellungsbefehle bekommen. 3. und 4. Sie müssen durch Reklamation die Sache erledigen. Das von Ihnen in Aussicht genommene Vorgehen gegen den Steuererheber würde für Sie nur Unzuträglichkeiten im Gefolge haben. Hat Ihre Frau ein steuerpflichtiges Einkommen, so wird sie besonders zur Steuer veranlagt. — **S. 2. 100.** Für diesen Zweck besteht kein Anspruch auf freie Eisenbahnfahrt. — **M. H. Rein.** — **S. M. 83.** Da Sie dem Landsturm überwiesen sind, können Sie noch eingezogen werden. Das Zeichen bedeutet: in erster Linie. — **S. P. 27.** 1. 20 Marken in zwei Jahren. 2. 3. und 4. Ja. — **S. G. 37.** Die Ehecheidung kann wegen böswilligen Verlassens nicht erhoben werden, es müßten denn noch andere Gründe vorliegen. — **S. P. 100.** Wenden Sie sich an die Kaufschuldenstelle der Kriegskassens-Abteilung des Kriegsministeriums, Berlin, Potsdamer Str. 10/11. Alles Nähere erfahren Sie dort. — **S. P. 27.** Schließte Fühne und Plank; dienstfähig. — **S. 24.** In zwei Jahren. — **S. 2. 78.** 1. Wenn die Frau altenteibend ist, wird die Bedürftigkeit jedenfalls nicht anerkannt werden. Es kann ihr deshalb auch die Staatsbürgerschaft verweigert werden. 2. Der Wert kann zum Waisennachlass, namentlich in der Höhe, nicht gezwungen werden. — **M. S. 11.** Die Bundesratsverordnung können Sie nicht in Anspruch nehmen, da Ihre Angelegenheit schon vordem erledigt worden ist. — **S. P. 1002.** 1. und 2. Ja.

S. 2. 16. Da die Kosten Eigentum der Frau sind, können Sie diese nicht zurückverlangen. — **S. R. 47.** Die kirchliche Trauung kann noch später erfolgen. — **S. G. 100.** 1. Rein, das kann nur unter Zustimmung aller Erben geschehen; event. müßte gerichtliche Erbauseinanderlegung beantragt werden. 2. Uebermäßige Aufwendungen dürfen dafür nicht gemacht werden; sonst geht das auf Kosten der Erbschaft. — **S. P. 1. 1. Ja.** 2. Das Kind ist dann alleiniger Erbe. 3. Sie müssen sich an den Hauswirt um Abstellung des Mißstandes wenden. Sonst bleibt Ihnen wohl nur übrig, fristgemäß zu kündigen. — **M. 88.** Die Erhöhung der Hypothekenzinsen ist zulässig; wenn Sie nicht darauf eingehen, wird der Hypothekengläubiger Ihnen die Hypothek kündigen. Da Geld jetzt schwer zu haben und die Erhöhung der Zinsen eine mäßige ist, würden wir Ihnen raten, darauf einzugehen. Sie werden sich auf Erbzeiten zu niedrigerem Zinssatz anderwärts nicht erhalten. — **S. P. 1.** Die Bundesratsverordnung umfaßt ziemlich eine Spalte des „Vorwärts“; wir können sie deshalb unmöglich hier zum Ausdruck bringen. Sie müssen Ihre Anfrage schon präziser fassen und angeben, um was es sich handelt.

Der Arbeiter-Wanderverein „Berlin“ veranstaltet am Sonntag, den 16. Juli, eine Spreewaldfahrt. Teilnehmerkarten a 5,75 Mk. für Bahnfahrt 3. Klasse und Kahnfahrt sind bis Freitag, den 14. Juli, zu haben bei Böhlisch, Skalitzer Str. 22, Hirsch, Engelauer 15, Kraay, Kochstr. 39.



Galem Aleikum
(Mohlmundstück)

Galem Gold
(Goldmundstück)

Zigaretten.

Etwas für Sie!

Preis: NI 3/4 4 5 6 8 10
4 5 6 8 10 12 Pf.d.Stück

einschließlich Kriegsaufschlag.

Oriental Tabaku Cigaretten-Fabrik
Yenidze Dresden

Jnh. Hugo Zietz
Hoflieferant S.M.
d. Königs v. Sachsen

Trustfrei!

Stephekassee
ehem. Pflug'scher Arbeiter
(Sehel'sche Kasse).

Sonntag, den 23. Juli 1916,
vormittags 9 1/2 Uhr:

General-Versammlung
im Vereinshaus Berl. Mühlstr.,
Kaiser-Wilhelm-Str. 31 (particre).

Tagesordnung:

1. Halbjahresbericht (1. 1.—30. 6. 16).
2. Bericht der Revisoren.
3. Festsetzung der Publikationsorgane für 1916/1917.

Dane Mitgliedsbuch kein Zutritt.
9375* Der Vorstand.

Fürs Feld

Zigaretten

zu Engrospreisen

100 Stück 1/2	M. 1.20
100 " 2/2	" 1.80
100 " 3/2	" 2.60
100 " 5	" 3.50

senden Nachnahme oder Voreinsendung

H. Scheu, Berlin W 30,
Luitpoldstraße 37.

Für Schuhmacher!

Starke Plantlederwerkstoffe zu niedrigen u. kleinen Kinderpreisen, sowie Oberlederabfälle. Lagerbestand erbeten.

Bruno Sensfuß, Lederabfälle,
Berlin-Weißensee, Langhansstr. 33.

J. Baer
Ecke
Badstr. 26 Prinz-Alten

Moderna Herren- und Knaben-Anzüge.
Eleg. Paletots, Ullster
Joppen i. jed. Preislag.
Gr. Stofflager z. eig. Maßanfertigung

Spezialarzt

für Haut-, Harn-, Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Geisteskrankheiten
Krit. Ehrlich-Hata-Kuren,
Friedrichstr. 81, gegenüber
Sperh. 9-11, 1/2-1/2, Sonntag
11-2. Donator mögl. a. Teilzahl.
— Separates Damenzimmer. —

Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek

Jedes Heft 20 Pfg.

Möbel-Angebot.

Sollte Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Offerten N. 3 an die Expedition des „Vorwärts“.

Keine Kassierer. Größte Kulanz.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Ranch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt Mpl., 3014.

Perienzeit!



Weisse Kleider	7.50	12.50	17.50	22.50	ufw.
Bunte Kleider	8.75	11.50	16.50	19.75	ufw.
Farb. Jackenkleider	9.75	14.50	18.75	23.50	ufw.
Gommernmäntel leichte	7.50	11.50	14.75	17.50	ufw.
Alpaka-Mäntel	19.75	22.50	26.00	28.50	ufw.
Washröcke	2.50	3.75	5.50	7.75	ufw.
Blusen	1.75	3.50	4.75	5.75	ufw.

Wir machen darauf aufmerksam, daß wir schon jetzt eine kleine Auswahl schöner Wintermäntel zu bescheidenen Preisen zum Verkauf gestellt haben



Königstraße 33
Am Hof. Alexanderplatz

Chausseestraße 113
Beim Stettiner Bahnhof

Sonntags geschlossen!

Neuköllns Entwicklung.

Die städtischen Behörden unserer Nachbarstadt Neukölln haben sich in den letzten Jahren bemüht, die Entwicklung der Stadt nach Möglichkeit zu fördern. Wer sich die von der Gemeinde geschaffenen Anlagen näher ansieht, wird unstrittig manchen Fortschritt erkennen. Allein die schönen Schulbauten dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie nicht zureichen, zumal die Klassenfrequenz in den Gemeindefschulen noch außerordentlich hoch ist und dringend weiterer Abhilfe bedarf. Der Magistrat ist aber darauf aus, eine Siedlungspolitik im Großen zu betreiben. Ihn leitet der Gedanke, nach Neukölln besonders steuerkräftige Einwohner zu bekommen, die der Gemeinde eine sichere finanzielle Unterlage für die Zukunft sichern sollen.

Diesem Bestreben dienen die verschiedensten Anlagen und Projekte. Die Baugeschule — kurzzeit als Lazarett benutzt — ist vollendet; sie ist königlich, hat aber der Stadt viel Geld gekostet. Ob der Nutzen für Neukölln mit den aufgewendeten Mitteln auch nur einigermaßen aufgewogen wird, bleibe dahingestellt. Auch die Provinziallehranstalt für Hebammen am Mariendorfer Weg gehört zu den Bauten, auf deren Errichtung auf Neuköllner Gebiet großer Wert gelegt worden ist. Das gleiche kann auch von dem Vorkrankenen-Krankenhaus, für das die Gemeinde den Grund und Boden hergegeben hat, gesagt werden.

Was aus einer alten Kiesgrube werden kann, zeigt uns der Körnerpark, der seiner Vollendung entgegengeht und der neue Einwohner anziehen soll. Er hat eine Größe von ungefähr 142 Hektar.

Die gärtnerische Ausgestaltung der Parkanlage ist jetzt nahezu fertiggestellt. An der Westseite im Zuge der Seltschstraße liegt unter der Terrasse die geschmackvoll ausgeführte Orangerie, die u. a. zum Überwintern von Blattsplanzen und dergleichen dienen soll. In den an der Südseite erbauten Räumlichkeiten wird eine Sammlung von altertümlichen Funden als Museum ausgebaut und dem Publikum zugänglich gemacht werden.

Wie heute der Park aussieht, läßt er allerdings noch manches zu wünschen übrig. Geöffnet werden soll er zunächst nur an Sonntagnachmittagen, um die jungen Anlagen noch zu schönen. Hoffentlich wird er bald mit Bänken versehen, um den Besuchern Gelegenheit zum Ausruhen zu geben.

Von außerordentlicher Wichtigkeit ist das Industrie- und Hafengebiet Neuköllns. Der Hafen scheint etwas klein angelegt. Vor drei Jahren wurde der Neuköllner Schiffsfahrkanal zum Teltow-Kanal durchgeführt und dadurch eine Verbindung mit dem Neuköllner Ober- und Unterhafen geschaffen. Man will hier der Industrie besonders günstige Antriebsbedingungen bereiten. Die Wichtigkeit einer solchen industriellen Entwicklungsmöglichkeit erkennend, hat die Stadtgemeinde vor einigen Jahren damit begonnen, das unbebaute Gelände innerhalb des neuen Industriegebietes anzukaufen, um es einerseits einer einheitlichen und geordneten Aufsichtführung zuzuführen und andererseits einer ungesunden Spekulation und Preiserebri, durch welche die Industrie von der Niederlassung nur abgeschreckt werden kann, zu entziehen. Hand in Hand hiermit ist von der Stadtgemeinde der Bau einer besonderen Industriezweigbahn bereits durchgeführt und ein weiterer Ausbau derselben für die nächste Zeit in Aussicht genommen, so daß die industriellen Werke nicht nur an den direkten Wasserverkehr angeschlossen, sondern auch die Möglichkeit haben, einen direkten Eisenbahnanschluß zu erhalten.

Obwohl erst wenige Jahre — darunter zwei Kriegsjahre — vergangen sind, seitdem sich die Stadtgemeinde dieses großzügige industrielle Aufschiebungsprogramm zu eigen gemacht hat und die Aufschiebung und Fertigmachung des Geländes nach jeder Richtung bisher noch nicht in vollem Umfange durchgeführt werden konnte, hat sich trotzdem bereits die Ansiedlung einer Reihe von ersten industriellen Firmen im Kanal- und Hafengebiet vollzogen.

Die Stadt ist mit dem in ihrem Besitz befindlichen Elektrizitätswerk in der Lage, der Industrie den Strom für ihren Bedarf in jedem Umfange zuzuführen und dabei ganz besonders günstige Bedingungen zu stellen.

Das neue Industriegebiet grenzt an die beiden Bahnhöfe Neukölln und Kaiser-Friedrich-Strasse der Stadt- und Ringbahn an und zieht sich südlich bis zum Teltowkanal hin. Insgesamt umfaßt das neue Industriegebiet eine Fläche von etwa hundert Hektar; es ist sonach die Siedlungsmöglichkeit für die größten Industrien geboten.

Im Südostgebiet Neuköllns soll ein neues Wohnviertel in Form einer Gartenstadt entstehen: die Neuköllner Heide.

Das in Frage kommende Gebiet umfaßt das an Treptow und Baumgartenweg grenzende Gelände, das von der Köllnischen Allee, dem Dammweg und dem alten Heidekampgraben umschlossen und von der verlängerten Kaiser-Friedrich-Strasse durchschnitten wird. Es hat einen Flächeninhalt von zirka 80 Hektar, wovon 42 Proz. — 33,6 Hektar als Straßen- und Platzland ausgeschieden werden. Hierbei sind die Flächen für die fast in sämtlichen Straßen vorgesehenen Vorgärten nicht eingerechnet. Rechnet man für diese Flächen noch etwa 10—12 Proz., so ergeben sich an Straßen-, Platz- und Vorgartenflächen fast 60 Proz., so daß für die Bebauung 40 Proz. reines Bauland verbleiben.

Die Bebauung selbst erfolgt auf Grund einer besonderen Bauordnung, welche Hinterhäuser und Seitensügel ausschließt.

Um dieses gesamte Gebiet als ruhiges, vornehmes Wohnviertel einheitlich aufzufassen, hat die Gemeinde vor einigen Jahren das gesamte Gelände mit einem Aufwand von zirka 10 Millionen Mark erworben. Die Aufschiebungsarbeiten für dieses Gebiet befinden sich trotz des Krieges im vollsten Gange. Der zirka 13 Morgen große Park inmitten des Gebiets ist bereits fertiggestellt, während die Straßenherstellung so gefördert wird, daß mit Kriegsbeendigung mit der Bebauung begonnen werden kann.

Schließlich mag nicht unerwähnt bleiben die Erwerbung der etwa acht Morgen großen Abteinsel in der Nähe des Rummelsburger Sees zwischen Stralau und Treptow durch die Gemeinde Neukölln. Um den Verkehr nach dieser Insel besser zu regeln, ist die Gemeinde zur Anlage einer Brücke geschritten.

Die beiderseitigen wichtigen Türme überragen durch ihre Höhe den prachtvollen Baumbestand der Spreewälder und passen sich in ihrer geschmackvollen architektonischen Ausbildung in

die gesamte Umgebung vorteilhaft ein. Von den Zinnen der Türme bietet sich ein umfassender Rundblick auf die näheren und weiteren Gefilde an der Oberpre.

Die Brücke konnte Ende Mai 1916 dem Verkehr übergeben werden. Die Inbetriebnahme des Cafés mußte mit Rücksicht auf die zeitlichen Erschwernisse des Wirtschaftsbetriebes noch verschoben werden.

Aus Groß-Berlin.

Die Eröffnung der Massenspeiseanstalt.

Die Erkenntnis, daß die unhaltbaren Zustände auf dem Gebiete der Lebensmittelbeschaffung und -zubereitung einer großzügigen Lösung bedürfen, die nicht mehr dem freien Schalten und Walten einzelner überlassen bleiben kann, hat sich zu einer Tat verdichtet: die kommunale Massenspeisung für Berlin ist Wirklichkeit geworden.

Für die dichtbevölkerten Stadtteile sind eine Reihe von Hauptküchen errichtet worden, die ihre hergestellten Speisen an zahlreich errichtete Ausgabestellen weitergeben.

Am Sonnabend wurde die Hauptküche, die in der früheren Markthalle in der Wörther und Tresdowstraße eingerichtet ist, von einem geladenen Publikum besichtigt. Stadtrat D o l e i n gab die Erläuterungen zu den Einrichtungen des Betriebes. Der Riesenraum beherbergt alles, was zur Bewältigung dieses Großunternehmens nötig ist. Gleich beim Eingang liegen die Vorratskammern. Daneben ist ein Aufzug, mit dem die Kartoffeln und sonstigen Zutaten aus der Tiefe befördert werden. Ein paar Dutzend Frauen sind damit beschäftigt, Kartoffeln und Gemüse kochfertig herzurichten. Die Kartoffeln selbst kommen erst in die Wasch- und dann in die Schälmaschine. Bei guten, nicht zu alten Kartoffeln schält eine solche Maschine in fünf Minuten 60 Pfund. Die Frauen haben dann nur noch etwas nachzuputzen und die Augen herauszuschneiden. Neben dem Vorzug der schnellen Arbeit ist der geringe Verlust, der bei dieser Schälmethode entsteht, noch hervorzuheben. Außer den Maschinen für Kartoffeln sind noch solche für Gemüse und Fleisch (Wölfe) vorhanden. Sie alle werden elektrisch-motorisch betrieben. Der Betrieb ist imstande 30 000 Liter fertiger Speise täglich zu liefern, und 65 Kessel stehen bereit, um diesen gewaltigen Anforderungen zu genügen.

Andere Behälter, die 50 Liter enthalten, dienen dazu, das Essen teils in den Eßraum an Ort und Stelle, teils an die Ausgabestelle zu bringen. Für den letzteren Zweck sind besondere doppelwandige Kessel vorgesehen, in denen das Essen nach dem Transport noch 80 Grad Hitze aufweisen wird.

Zum Verzehren der Speisen in der Hauptküche selbst sind dafelst Plätze nur in beschränkter Anzahl, im ganzen 500, vorgesehen, da bei der Einrichtung der Massenspeisung damit gerechnet wird, daß die allermeisten Personen das Essen in ihrer Behausung verzehren werden.

Der Speiseraum in der Hauptküche ist freundlich ausgestattet, und auf jedem Tisch leuchten Blumen in allen Farben. Da die Ausgabe der Speisen von 12—2 Uhr dauert, so können immerhin etwa 3000 Personen ihr Essen sofort einnehmen. Ohne Kartenabschnitte werden keine Speisen verabfolgt. Auf die Fleischkarte werden 7 Zehntel, auf die Kartoffelkarte zwei Drittel auf den Tag verrednet. Damit auf den einzelnen Tag mehr Fleisch entfällt, wird nur an drei Tagen in der Woche Fleisch gegeben. Die halbe Portion kostet 20, die ganze 40 Pf.

Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die Teilnahme an der Massenspeisung nicht auf den Empfang von Wohlthaten hinausläuft; die Speisung ist vielmehr für alle Volksschichten gedacht, soweit sie unter den heutigen Verhältnissen nicht oder nur schwer in der Lage sind, selbst für Beschaffung und Herstellung der Speisen zu sorgen. Zudem wird die Essensausgabe, wie gesagt, unter Anrechnung der Lebensmittelarten erfolgen. Es braucht sich also niemand zu genieren, von dieser sozialen Einrichtung Gebrauch zu machen. In der Hauptsache sind Eintopfgerichte vorgesehen. Am Sonnabend, bei der Eröffnung wurden an die Anwesenden Kostproben verteilt, es gab „Büchelsteiner Fleisch“, ein Essen, das durchweg volle Anerkennung fand.

Wichtig ist die Bestimmung, daß die Teilnahme für die ganze Woche verpflichtet. Einer unregelmäßigen Beteiligung soll dadurch vorgebeugt werden, daß bei Entnahme der Wochen-Speisekarten im voraus ein bestimmter Teil der Fleisch- und Kartoffelmarken für die ganze Woche abgetrennt wird. Die Zahlung erfolgt allerdings täglich.

Hauptküchen werden vorerst errichtet in der Markthalle Wörther Straße-Tresdowstraße, der Großmarkthalle Ia, soweit die Abteilung für den jetzt stillliegenden Fleisch-Großhandel in Frage kommt, und die Markthallen an der Büdlerstraße, am Arminiusplatz, am Luisenufer und am Markheinefeldplatz, außerdem in zwei leerstehenden Bauten des Schlachthofes an der Landsberger Allee, im ehemaligen Wasserwerk an der Belforter Straße, in einem Hallenbau der früheren Gasanstalt an der Sollerstraße und in einem gleichartigen Gebäude auf dem städtischen Grundstück an der Vohmühlenstraße. Diese Hauptküchen werden zwischen rund 7200 und 30 000 (vereinzelt auch darüber) Liter Speise zu bewältigen haben. Nur für einen Fall ist aus örtlichen Rücksichten auch eine kleine Küche in einer Gemeindefschul-Turnhalle an der Graunstraße (für 2700 Liter) in Aussicht genommen worden.

Um jede Hauptküche werden die Ausgabestellen — soweit als irgend möglich in städtischen Turnhallen — derart angeordnet, daß sie nach Möglichkeit über den bezüglichen Stadtbezirk gleichmäßig verteilt liegen, so daß die Beteiligten in der Regel nur 10—12 Minuten zu gehen werden haben, um das Essen zu holen.

Sicherlich bedeutet die Neueinrichtung für viele Kreise eine erfreuliche Annehmlichkeit und Entlastung. So manche geplagte Hausfrau, die bisher fast den ganzen Tag „auf der Straße“ liegen mußte, wird nunmehr ihre Zeit nützlicher und zweckmäßiger anzuwenden imstande sein.

Am 17. Juli wird in der Turnhalle der Gemeindefschule Graunstr. 11 die zweite städtische Zentralküche für die Volksspeisung eröffnet. Die Ausgabe der Teilnehmerkarten erfolgt bei den zuständigen Brotkommissionen 119 bis einschließlich 122, und zwar nur für die Bewohner der zu diesen gehörigen Straßen. Diese zweite Zentralküche hat nur die eine Speisenausgabestelle in der Turnhalle auf dem ersten

Dof der Gemeindefschule Graunstr. 11. Wer an der Speisung teilzunehmen wünscht, hat sich also bei der für seine Wohnung zuständigen Brotkommission in der Zeit von Montag bis Donnerstag der der Teilnahmewoche vorhergehenden Woche, also für die neue Küche zum erstenmal vom 10. bis 13. Juli, während der Geschäftsstunden der Brotkommission zu melden und die für die Teilnahmewoche geltenden Fleisch- und Kartoffelkarten vorzulegen. Die Bezahlung der Speisen erfolgt täglich in der Speisenausgabestelle.

Es muß noch darauf hingewiesen werden, daß für die Fleischversorgung der einzelnen Hauptküchen der Volksspeisung auf dem Schlachthof eine eigene zentrale Aufbereitungsstelle eingerichtet ist, von der das Fleisch knochenfrei an die einzelnen Hauptküchen abgegeben wird. Die Knochenverwertung findet dann gleichfalls auf dem Schlachthof statt. Diese Aufbereitungsstelle auf dem Schlachthof steht in betrieblicher Verbindung mit dem vorhandenen Kühlhaus.

Neue Kartoffelverordnungen.

Der Magistrat Berlin veröffentlicht in Uebereinstimmung mit den Nachbargemeinden gestern eine Verordnung über die Regelung des Kartoffelabfahes und -Verbrauchs für die Zeit vom 10. Juli ab. Die Bestimmungen der neuen Kartoffelverordnungen unterscheiden sich von denjenigen der bisher geltenden hauptsächlich in zwei Punkten. Die von den Gemeinden der Kartoffelarten-Gemeinschaft, zu denen sich übrigens nun auch Charlottenburg gesellt hat, neu eingeführte Kartoffelarte ist ebenso wie die meisten Lebensmittelarten nach Wochenabschnitten eingeteilt. Für jede Woche sind drei mit gleicher Zahl versehene Abschnitte vorgesehen, die zum Bezuge einer laufend vom Magistrat festzusetzenden und bekanntzugebenden Kartoffelmenge berechtigen. Die Abschnitte sind vom Verkäufer der Kartoffeln bei deren Abgabe, ebenso wie es bereits bisher geschah, zu trennen. Neu ist weiter in der Verordnung die Bestimmung, daß bei Entnahme von zubereiteten Kartoffeln in Kantinen gewerblicher Betriebe und in gemeinnützigen Speiseanstalten, als da sind Volksspeisungsläden, Volks- und Kindervolkshäuser, Kriegs- und Mittelstandsläden, Schulspeisungsanstalten, Kinderhortspisungen und Armenspisungsanstalten, zwei Drittel der Wochenabschnitte abgetrennt werden müssen, soweit es sich um Abgabe von Speisen an Erwachsene handelt, und ein Drittel bei Abgabe von Speisen an Kinder. Im übrigen entsprechen die neuen Bestimmungen den bisher geltenden.

Weiter ist Berlin ebenso wie die Nachbargemeinden in die Lage versetzt worden, für die Woche vom 10. bis 16. Juli nur zwei Pfund Kartoffeln auf jede Kartoffelarte auszugeben, und zwar gegen Abgabe des untersten Abschnittes 11 der Kartoffelarte. Infolge des frühen und nassen Wetters im Juni und anfangs Juli, hat sich die Frühkartoffelernte um etwa zwei Wochen verzögert, so daß noch nicht, wie erwartet werden konnte, jetzt schon mit reichlicheren Zufuhren an Frühkartoffeln zu rechnen ist. Um nun aber der Bevölkerung einen mindestens gleichwertigen Ersatz für den Ausfall der Kartoffeln zu gewähren, hat der Magistrat diesmal nicht eine erhöhte Brotration gewährt, sondern bestimmt, daß jeder Kartoffelarteninhaber auf die beiden anderen Kartoffelartenabschnitte 11 je 200 Gramm Mehl, also zusammen 400 Gramm Mehl in dieser Woche zu entnehmen berechtigt ist. Mit der Abgabe von Mehl wird wertvollerer Ersatz für Kartoffeln gewährt, als Brot es sein kann, weil das Mehl einmal selbst zu nahrhafter warmer Speise bereitet werden kann, dann aber bei der Zubereitung anderer Lebensmittel, so insbesondere bei Gemüsen und Obst, großdienliche Verwendung finden kann. Jeder Kartoffelarteninhaber erhält also in der kommenden Woche neben zwei Pfund Kartoffeln 400 Gramm Mehl. Sollte aber wider Erwarten einer oder der anderen auch die zwei Pfund Kartoffeln auf seinen Kartoffelartenabschnitt 11 nicht erhalten können, so ist er berechtigt, statt dieser zwei Pfund Kartoffeln noch 350 Gramm Brot auf den untersten Kartoffelabschnitt Nr. 11 zu entnehmen. Da jedoch zu erwarten ist, daß im Laufe der Woche genügend Kartoffeln hereinkommen, daß jeder wenigstens seine zwei Pfund Kartoffeln beziehen kann, so ist dringend zu empfehlen, mit der Entnahme von Brot auf Grund dieses Kartoffelartenabschnittes nach Möglichkeit bis Ende der Woche zu warten; denn auf die Brotkarte als solche wird neben der Kartoffelarte auch in der Zeit vom 10. bis 16. Juli die volle Menge Brot gewährt. Es ist lediglich der Mehlbezug auf Grund der Brotkarte untersagt, was aber für die Bevölkerung nicht vor Erheblichkeit ist, da ja ein jeder statt der 250 Gramm Mehl, die er sonst auf die Brotkarte beziehen könnte, 400 Gramm Mehl auf Grund seiner Kartoffelarte entnehmen kann. Die Mehlabschnitte der Brotkarte sollen lediglich für den Bezug von Brot vorbehalten bleiben. Auf diese Weise wird der Mangel an Kartoffeln unserer Bevölkerung weniger fühlbar werden, zumal uns ja nur noch kurze Zeit von einer guten Ernte in Frühkartoffeln trennen.

Kartoffelknappheit.

Die Kartoffelknappheit in diesen Tagen hat unter den Hausfrauen viel böses Blut gemacht. Gerade die minderbemittelte Bevölkerung leidet unter dieser Katastrophe am schwersten. Der Magistrat weist in einem Aufschlag an den Säulen darauf hin, daß in den nächsten Tagen durch große Zufuhren von Frühkartoffeln die Kartoffelnot behoben werden wird.

Kartoffelversorgung in Neukölln.

Der Magistrat in Neukölln teilt mit: „In der Versorgung unserer Bürgerchaft mit Kartoffeln ist dadurch eine Lücke eingetreten, als die uns von der Reichs-Kartoffelstelle durch Vermittlung der Stadt Berlin überwiesenen Kartoffeln nicht rechtzeitig hier eingetroffen sind und daß die aus Oesterreich überwiesenen alten Kartoffeln infolge des langen Transports so schlecht anlangen, daß nur ein Zehntel für menschliche Nahrungszwecke brauchbar war. Der Magistrat hat alle Mittel angewendet, um aus den ihm zugewiesenen Landreisen Frühkartoffeln zu erlangen. Vor dem 15. d. Mts. konnten ihm jedoch Zusicherungen wegen Belieferung mit Frühkartoffeln nicht gemacht werden. Im Wege des gegenseitigen Ausgleichs der Vorortgemeinden sollen etwa früher eintreffende Kartoffelsendungen anteilmäßig verteilt werden, so daß zu erwarten steht, daß auch im Laufe der Woche noch einige Waggons Kartoffeln zur Verteilung an die Bürgerchaft eintreffen werden. Um jedoch der durch die fehlenden Kartoffeln eingetretenen Lücke in der Nahrungsmittelversorgung zu begegnen, ist durch die bereits in der gestern veröffentlichten Verordnung dafür Sorge getragen worden, daß auf den noch nicht eingetroffenen 9. Kartoffelabschnitt 500 Gramm und auf den 10. Kartoffelabschnitt 300 Gramm Brot durch die hiesigen Wäckermeister bis einschließlich 15. Juli d. J. verabfolgt werden können. Vom 15. d. Mts. ab ist auf den Eingang von täglich 2000 Zentner Frühkartoffeln zu rechnen, so daß abdam eine volle Belieferung der Bürgerchaft auf die Kartoffelarten stattfinden kann.“

Die Fleischration in kommender Woche.

Nach einer heute erlassenen Bekanntmachung des Magistrats beträgt die auf den Kopf der Berliner Bevölkerung entfallende Menge an frischem Fleisch oder frischem Fett für die Zeit vom 10. bis 16. Juli 25 Gramm. Es entfallen somit auf einen Vollabschnitt der Fleischkarte 45 Gramm und auf einen Teilabschnitt 22 Gramm. Die Herabsetzung ist durch den Rückgang des Viehauftriebes in der letzten Woche erforderlich geworden.

Unterjagter Handelsbetrieb. Das Polizeipräsidium teilt mit: Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 23. September 1915, hat der Polizeipräsident von Berlin dem Kaufmann August Karl Reich in Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Strasse 59 (Geschäftsraum Berlin, Potsdamer Strasse 4) den Handel mit Nahrungsmitteln wegen Unzuverlässigkeit in bezug auf diesen Handelsbetrieb untersagt.

Der Omnibus soll teurer werden?

Unter den Verkehrsvereinigungen Groß-Berlins will als erste die Berliner Omnibusgesellschaft eine Fahrpreiserhöhung durchsetzen. Sie plant, die 5 Pfennig-Strecken zu beibehalten und dafür 7 1/2 Pfennig-Strecken einzuführen. Nach den Mitteilungen, die darüber an die Öffentlichkeit gelangen, scheint der Plan bereits fertig auszulegen. Da man 7 1/2 Pf. in deutscher Reichsmünze nicht zahlen kann, so will die Gesellschaft sich ein eigenes 2 1/2 Pfennig-Stück schaffen. Bei Zahlung eines 10 Pfennig-Stückes wird man eine auf 2 1/2 Pf. lautende Anweisung herausbekommen, die dann bei nächster Gelegenheit zu diesem Wert mit in Zahlung gegeben werden kann. Wir vermuten, daß dieser Verteuerungsplan nicht zur Mehrung der Omnibusfahrergläubigkeit beitragen wird. Die Gesellschaft hat schon vor Jahren mit einem Versuch, die 5-Pfennig-Strecken zu verteuern, sehr üble Erfahrungen gemacht, so daß sie sehr bald wieder zu dem alten Tarif zurückkehren mußte. Zugegeben soll werden, daß diesmal die Lage der Omnibusgesellschaft ebler als damals ist. Mit sehr viel mehr Recht als die Hochbahngesellschaft und die Straßenbahngesellschaft kann die Omnibusgesellschaft sagen, daß sie durch den Krieg schwer geschädigt worden ist. Sie hat ihren Automobilbetrieb fast gänzlich einstellen müssen, und auch der Pferdebetrieb ist beträchtlich geringer geworden als in der Friedenszeit. Aber es fehlt der Gesellschaft wohl nicht an Reserven, die ihr ermöglichen, mit dem alten Preis „durchzuhalten“, wenn sie nur will. Der Einfall, dem Fahrgast einen 2 1/2-Pfennig-Zettel herauszugeben, den er „bis zum nächsten Male“ im Portemonnaie verwahren soll, ist ein höchst wunderlich. Man nimmt vielleicht an, daß er die Nebenwirkung haben wird, der Gesellschaft die Lösung der Lohnfrage zu erleichtern. Die Trinkgelder, auf die das Schaffnerpersonal angewiesen bleibt, stehen heute knapper als je. Der Sechser hat jetzt sehr viel weniger Wert als vor dem Kriege, aber gerade deshalb sieht er den Fahrgästen nicht allzu loder. Wird der 7 1/2-Pfennig-Fahrpreis eingeführt, so dürfte mancher Fahrgast sich entschließen, zugunsten des Schaffners auf die 2 1/2 Pfennig zu verzichten. Das ist den Schaffnern gewiß zu gönnen, so lange man ihnen nicht einen Lohn gibt, bei dem sie auf Trinkgelder nicht angewiesen sind. Man wird aber nicht ohne Grund befürchten können, daß mancher Fahrgast angesichts dieser Tarifreform sich dazu entschließen wird, überhaupt auf die Benutzung des Omnibusses zu verzichten. Wir erleben das ja bei jeder Preisverteuern, daß sie durch Verbrauchseinschränkung teilweise, wenn nicht ganz, weit gemacht wird. Da wäre dann weder für die Schaffner noch für die Gesellschaftsaktionäre ein Gewinn von der Fahrpreiserhöhung zu erwarten.

Der Neuköllner Polizeipräsident gegen das Sammeln von Straßenbahnfahrtscheinen. Gegen die seit einiger Zeit in Neukölln eingeriffene Unsitte der Jugend, entwertete Straßenbahnfahrtscheine zu sammeln, wodurch es an den Haltestellen zu starkem Gedränge kommt, bei dem bereits ein Anabe schwer verunglückt ist, hat jetzt auch der dortige Polizeipräsident scharf Stellung genommen, indem er die Schutzmannschaft angewiesen hat, gegen diesen Unfug, der insbesondere für die Kinder selbst die schwersten Gefahren in sich birgt, einzuschreiten. Wichtiger noch ist die Feststellung, ob die Volkstüchen tatsächlich zu diesem Unfug Anlaß gegeben haben.

Ein Zigarrenschwindler, der mit dem Fernsprecher „arbeitete“, wurde von der Schöneberger Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Er wurde festgesetzt als ein schon oft vorbestrafter 22 Jahre alter Maler Alfred Ebeling, der zuletzt in Neukölln in der Dierstraße wohnte. Ebeling forschte Namen und Wohnung von Leuten aus, die in diesem oder jenem Zigarrengeschäfte händig laufen und den Geschäftsleuten persönlich bekannt waren. Unter deren Namen rief er dann durch den Fernsprecher an und bestellte größere Posten von Zigarren und Zigaretten, mit der Bitte, sie mit quittierter Rechnung gleich nach der Wohnung zu senden. Nun lauerte er den Boten auf der Straße auf und lud ihn zu einem Glas Bier in die nächste Schankwirtschaft ein. Während der Bote hier ahnungslos im Vorderzimmer bei einem Glas Bier saß, ging Ebeling unter dem Vorwande, daß er sich die Sachen einmal genauer ansehen wolle, mit den Zigarren und Zigaretten angeblich nach einem Hinterzimmer und verschwand durch die Hintertür. Diesen Schwindel konnte er überall nur einmal ausführen. Er mußte ihn deshalb auf ein großes Gebiet ausdehnen, und es ist wahrscheinlich, daß er ihn nicht nur in Neukölln und Schöneberg, sondern in ganz Groß-Berlin verübt hat. Mitteilungen von Betroffenen nimmt der 1. Kriminalbezirk Berlin-Schöneberg entgegen.

Wassergiftung. Ein Drama hat sich Freitagabend in der Memeler Straße 52 abgespielt. Dort wurde die 28jährige unversehrte Gertrud Kuhnath mit ihrem 4jährigen Söhnchen Heinz bewußlos aufgefunden. Die Wohnung war vollständig mit Gas angefüllt. Sofort angestellte Wiederbelebungsbemühungen hatten nur bei dem Knaben Erfolg. Er wurde nach dem Krankenhause am Urban gebracht, man hofft, ihn am Leben zu erhalten. Die Leiche der Mutter wurde von der Polizei beschlagnahmt. Es soll Selbstmord vorliegen. Der Vater des Knaben befindet sich im Felde.

Wer ist die Tote? Noch immer nicht festgestellt ist die Persönlichkeit einer Frau, die am 20. April d. J. als Leiche aus dem Luisenstädtischen Kanal gelandet wurde. Die Ertrunkene, die schon längere Zeit im Wasser gelegen hatte, gehörte allem Anschein nach den besser gestellten Kreisen an. Sie war 30-35 Jahre alt, 1,70 bis 1,75 Meter groß und kräftig gebaut, hatte dunkelblondes Haar und trug eine lange schwarze Seidenbluse, einen schwarzen Kopsrock, leinene Beinkleider mit Spigen und lila Bänder, ein weißes Hemd mit Spigen, schwarze, lange Strümpfe und schwarze, hohe Schnürstiefel. — Aus dem Liegensee gelandet wurde gestern in Charlottenburg die Leiche eines unbekanntem Mädchens von 18 bis 20 Jahren. Die Tote ist etwa 1,55 Meter groß, hat rotblondes Haar und graue Augen und trug eine rote Bluse, einen rehraunen Rock, eine blaue Friesjade, eine Reformhose und ein Hemd ohne Zeichen.

Ausländerinnen bevorzugt. Zu unserer unter vorstehender Epigramme veröffentlichten Notiz bittet uns die darin genannte Firma Weiser in der Kronenstraße mitzuteilen, daß das von ihr im „Berliner Tageblatt“ aufgegebenes Inserat einen anderen Wortlaut gehabt habe. Es sollte eine Dame gesucht werden für eine im neutralen Ausland befindliche Firma. Die von der Tageblatt-Expedition gegebene Fassung des Inserats habe die von uns mit Recht zum Ausdruck gebrachte Auffassung hervorgerufen.

Im Zirkus-Firkus Krone, am Ringbahnhof Neukölln, finden heute Sonntag zwei Vorstellungen statt. In der Nachmittags-Vorstellung zahlen Kinder halbe Preise. Der Zirkus spielt nur noch neun Tage in Neukölln.

Straßensperrung. Das Polizeipräsidium teilt mit: Die im Zuge der Thierstraße über die Ringbahn führende Brücke wird wegen Wiederherstellungsarbeiten für die Zeit vom 10. bis zum 22. Juli gesperrt.

Verloren hat am Donnerstagabend ein Schlosser auf dem Wege von seiner Arbeitsstätte in Oberschönebeide nach Rummelsburg ein Portemonnaie mit ungefähr 70 M. Inhalt; außerdem befanden sich in dem Portemonnaie ein Medaillon mit Frauenbildnis und ein kleines wertvolles Werkzeug. Der ehrliche Finder wird gebeten, den Fund gegen gute Belohnung abzugeben bei Teuert, Komintener Str. 10, Duergebäude III.

Gefunden wurde am Freitagabend in der Alexanderstraße ein Damen-Portemonnaie mit kleinem Betrag. Abzuholen in der Expedition des „Vorwärts“, Prinzenstr. 31.

Aus den Gemeinden.

125 Gramm Fleisch in Pankow.

Von der Nachrichten-Abteilung der Gemeinde Berlin-Pankow wird geschrieben: Infolge des äußerst geringen Viehauftriebes in dieser Woche ist die Gemeinde gezwungen, beim Verkauf am Sonntagabend und Sonntag das auf jede Fleischkarte zur Abgabe gelangende Fleischquantum vorläufig auf 125 Gramm herabzusetzen. Nach den bisherigen Mitteilungen des zuständigen Fleischverordnungsverbandes beträgt der Viehauftrieb für die Gemeinde Berlin-Pankow bis zur Stunde erst 172 Gramm pro Kopf der hiesigen Bevölkerung. Die Einzelabschnitte der Fleischkarten behalten jedoch ihre bisherige Bewertung (der ganze Abschnitt 50 Gramm, der halbe Abschnitt 25 Gramm), sodass die Fleischer von jeder zum Fleischbezug vorgelegten Fleischkarte nur die Hälfte, also 125 Gramm abtrennen und in dieser Gewichtsmenge Fleisch verabfolgen dürfen. Sollte es der Gemeinde noch gelingen, rechtzeitig Vieh zur Schlachtung zu bringen, so wird den Entnehmern von Fleisch, die diesmal nur 125 Gramm erhielten, Gelegenheit gegeben, das Fehlquantum später zu entnehmen.

Beratungsstelle für Geschlechtskranke in Charlottenburg.

In Charlottenburger Krankenhause Kirchstr. 19/20 ist die städtische Beratungsstelle für Geschlechtskranke eröffnet worden. Wer an einer solchen Krankheit leidet oder zu leiden glaubt, wird dort unentgeltlich untersucht und beraten, wobei für strengste Wahrung der Verschwiegenheit Sorge getragen ist. Die Sprechstunden finden für Männer freitags abends 7-8 Uhr, für Frauen dienstags von 12-1 Uhr mittags statt.

Verkauf von Hühnerfutter in Nowawes.

In den Kreisen der Kleintierhalter wartete man seit längerer Zeit vergeblich auf die von der Gemeinde in Aussicht gestellten Futtermittel, deren Fehlen lebhaft beklagt wurde. Jetzt gibt endlich der Gemeindevorstand bekannt, daß ihm Hühnerfutter überwiesen worden sei, jedoch in so geringer Menge, daß kaum alle Interessenten berücksichtigt werden könnten. Die zum Kauf benötigten Bezugsscheine werden an Hühnerbesitzer im Zimmer 6 des Rathauses ausgegeben. Der Preis für das Pfund Hühnerfutter beträgt 30 Pf.

Kriegsfürsorge in Wilmersdorf.

Die städtischen Körperschaften von Wilmersdorf haben eine besondere Deputation zur Fürsorge für die aus dem Heeresdienste zurückkehrenden Handwerker und kleinen Kaufleute eingesetzt. Die Deputation beschließt über die beträchtlichen Mittel, die durch den

letzten Provinziallandtag zu Hülfe dieser Fürsorge den einzelnen Kreisen überwiesen worden sind. Außerdem haben die Wilmersdorfer städtischen Körperschaften der Deputation noch besondere erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt, so daß die Möglichkeit gegeben ist, über die von der Provinzialverwaltung beschlossenen Maßnahmen noch hinauszugehen. Die Amtsstelle der neuen Fürsorgeeinrichtung, die bereits die Tätigkeit aufgenommen hat, befindet sich im Mathias Wilmersdorf, Zimmer 83, und ist von 8-3 Uhr werktätig geöffnet. Dort sind Anträge in den Zuständigkeitskreis der genannten Deputation gehörenden Personen schriftlich oder mündlich anzubringen.

Mitgliederversammlung des Wilmersdorfer Wahlvereins.

Die Mitgliederversammlung am 5. Juli beschäftigte sich mit der am 9. cr. stattfindenden Kreisgeneralversammlung. In eingehender Debatte wurden die schwebenden Fragen, besonders die der Beitragsperre erörtert. Mit geringer Mehrheit wurde folgender Antrag angenommen:

Die Delegierten des Wilmersdorfer Wahlvereins werden verpflichtet, auf der Kreisgeneralversammlung allen Bestrebungen oder Anträgen zugunsten einer Beitragsperre gegenüber dem Parteivorstand entschieden entgegenzutreten.

Es wurde jedoch ausdrücklich hervorgehoben, daß diese Stellungnahme der Mitglieder nur augenblicklich gelte, da man erwarte, der Parteivorstand werde aus den Berliner Vorgängen lernen.

Wahlvereinsversammlung in Nowawes.

In der am Donnerstag abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung kam es im Anschluß an den vom Genossen Frank erhaltene Bericht über die letzte Verbandsgeneralversammlung zu einer ausgedehnten, zeitweilig sehr erregten Debatte, wobei der Verlauf der Kreisgeneralversammlung am 18. Juni und besonders die Wahl des provisorischen Vorstandes den hauptsächlichsten Streitpunkt bildete. In ruhigerer Weise wurde der Punkt „Wahl von Delegierten zu der vom provisorischen Kreisvorstand zum 9. Juli einberufenen Kreisgeneralversammlung“ erledigt. Nachdem der Vorsitzende mitgeteilt, daß der Parteivorstand den neuen Kreisvorstand nicht anerkenne, weil dessen Wahl gegen die Bestimmungen des Statuts verstoße, stellte Genosse Dr. Lenz den Antrag, aus den angegebenen Gründen die Kreisgeneralversammlung nicht zu beschließen. Die nach längerer Aussprache vorgenommene Abstimmung ergab die Ablehnung des Antrags mit 44 gegen 34 Stimmen.

Ferienspiele.

Charlottenburg. Die Ferienspiele beginnen am Montag, den 10. Juli. Treffpunkt für die 3. Gruppe: Riez, Gustav-Adolf-Platz, 1/2 Uhr. Für alle übrigen Gruppen Treffpunkt Amtsgericht Charlottenburg, Suarezstraße: 1/2 Uhr. Mundvorrat ist mitzubringen.

Neukölln. Der Abmarsch der Kinder zum Anspielen für die Ferienspiele erfolgt heute nachmittag 1 Uhr mit Musik von der Redarstraße aus.

Schöneberg. Die Ferienaustflüge nach dem Grunewald beginnen nunmehr am Montag, den 10. Juli. Die Kinder treffen sich um 12 1/2 Uhr in der Welziger Straße in der Nähe des Straßenbahnhofs. Angehörige, die ihre Kinder begleiten wollen, können dies nur auf ihre Kosten in den fahrplanmäßigen Wagen. Die Rückfahrt findet abends 8 1/2 Uhr von Rosened statt und endet vor dem Straßenbahnhofs. Bei starkem Regenwetter geschieht der Aufbruch früher. Zum Einnehmen des Kaffees tun die Eltern gut, dem Kinde ein Blechgefäß mitzugeben. Die Abfahrt geht pünktlich von statten, daher kann auf Nachzügler keine Rücksicht genommen werden.

Lichtenberg. In der Zeit der Schulferien finden auch in diesem Jahre wieder dienstags und freitags von 1-6 Uhr auf den beiden städtischen Spielplätzen Ferienspiele statt. Dienstags auf dem Spielplatz Eitelstraße und freitags auf dem Spielplatz Südring. Alle Genossinnen, die sich als Helferinnen und Spielleiterinnen gemeldet haben, sowie alle Kinder, die sich an den Spielen beteiligen wollen, treffen sich dienstags, den 11. Juli, mittags 1 Uhr, bei Blume, Alt-Vogelang. Von hier Abmarsch nach dem Spielplatz Eitelstraße.

Steglitz. Die Spielausflüge der Kinder nach dem Grunewald finden während der Ferien regelmäßig jeden Montag, Mittwoch und Freitag statt. Treffpunkt 1/2 Uhr am Bahnhof, Haltestelle der Grunewaldbahn. Mundvorrat ist mitzubringen. Bei schlechtem Wetter wird im Jugendheim gespielt.

Aldershof. Die Ferienaustflüge der Kinderschulkommission finden in diesem Jahre Montags und Donnerstags, nachmittags pünktlich 2 Uhr, vom Jugendheim, Bismarckstr. 31, aus statt. Die Ausflüge beginnen Montag, den 10. Juli. Jedes Kind hat, wenn möglich, 5 Pf. mitzubringen.

Parteiveranstaltungen.

Wilmersdorf. Mittwoch, den 12. Juli, gemeinsamer Zahlabend bei Schilling, Lauenburger Str. 21.

Stralau. Mittwoch, den 12. Juli, gemeinsamer Zahlabend bei Schulz, Warfjandamm 6.

Wris-Rudow. Mittwoch, den 12. Juli, bei Westfal, Rudower Straße, Ecke Johannisthaler Straße, Fortsetzung der außerordentlichen Mitgliederversammlung (gemeinsamer Zahlabend). Bericht von der Kreisgeneralversammlung.

Friedrichsfelde. Mittwoch, den 12. Juli cr., Mitgliederversammlung bei Sudbrink. Bericht über die Generalversammlung von Groß-Berlin. Mitteilung des Kreisvorstandes betr. Frauen-Verabend. Anfang pünktlich 9 Uhr.

Niederichthausen-Nordend. Mittwoch, den 12. Juli cr., abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokale von Kettig, Blankenburger Str. 4. Bericht der Gemeindevorsteher. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung und Kreis Konferenz. Verschiedenes.

Für die
Reise!

Friedrichstraße 179
Lauengienstraße 20
Königsstraße 34
Leipziger Straße 65
Oranienstraße 47a

Noabit, Turmstraße 50
Müllerstraße 3a
Oranienstraße 34
Neukölln, Bergstr. 7/8
Friedenau, Rheinstr. 14

Reisner

Leinen-Schuhe

Berg- & Touren-Stiefel

Farbige Stiefel * Sandalen

Kinder = Stiefel



Unsere Auswahl ist eine selten große * * * Unsere Preise sind niedrig bemessen.

Städtische Volksspeisung.

Am 17. Juli wird in der **Gemeindeschule Graunstraße 11, Turnhalle auf dem ersten Hof**, die zweite städtische Zentralküche eröffnet. Weitere Küchen in den anderen Stadtteilen folgen in kurzer Zeit. Die Ausgabe der Teilnehmerkarten erfolgt bei den zuständigen Protokommissionen und zwar vorläufig nur für die Bewohner der zu diesen gehörigen Straßen. Die zweite Zentralküche hat nur eine Speisenausgabestelle in der **Gemeindeschule Graunstraße 11, Turnhalle auf dem ersten Hof**.

Für die Kartenabgabe sind folgende Protokommissionen zuständig:

- 119. Protokommission, Demminer Straße 27
- 120. " " Fuhlfelder Straße 22
- 121. " " Baffstraße 16
- 122. " " Graunstraße 11.

Wer nicht weiß, wo sich die Geschäftsstelle seiner Protokommission befindet, erfährt dies bei seinem Hauswirt oder Hausverwalter. Die Ausgabe der Speisen erfolgt in ganzen und halben Portionen täglich (auch **Samstags**) von 12-2 Uhr. Es werden ganze Portionen zu 40 Pf. und halbe Portionen zu 20 Pf. abgegeben. Die Teilnahme kann nur wochentlich, beginnend am Montag, stattfinden, jedoch ist zulässig, die Teilnehmerkarten für mehrere Wochen zusammen zu entnehmen. Wer teilzunehmen wünscht, hat sich bei der für seine Wohnung zuständigen Protokommission in der Zeit von Montag bis Donnerstag, der der Teilnahmewoche vorhergehenden Woche, also zum erstenmal am 10. bis 13. Juli, während der Geschäftsstunden der Protokommission zu melden und die für die Teilnehmerwochen geltenden Fleischkarten und Kartoffelkarten vorzulegen. Er hat dabei anzugeben, ob er ganze oder halbe Portionen zu entnehmen wünscht. Bei Bestellung von ganzen Portionen werden für jede Person und Woche, auf welche die Teilnahme gewünscht wird, von der Fleischkarte 3/4 Marken und von der Kartoffelkarte 2 Marken durch Abtrennung entwertet, bei Bestellung von halben Portionen 1/2 Fleischkarte und 1 Kartoffelkarte. Dem Teilnehmer werden also bei Entnahme von ganzen Portionen von der Fleischkarte 1/4, Wochenabschnitte, von der Kartoffelkarte 1 Wochenabschnitt, bei Entnahme von halben Portionen von der Fleischkarte 1/4, Wochenabschnitte, von der Kartoffelkarte 2 Wochenabschnitte jede Woche zur freien Verfügung begeben. Die ausgehändigte Wochenpreiskarte enthält für jeden Tag einen Abschnitt, bei Verteilung von halben Portionen wird von der Protokommission die untere Hälfte der Abschnitte abgetrennt.

Die Fleisch- und Kartoffelkarten sind zur Protokommission mitzubringen; die Ausgabe der Speisungskarten erfolgt nur gegen Vorlegung der Fleisch- und Kartoffelkarten in der Protokommission, nachdem die erwähnten Abschnitte abgetrennt worden sind.

Die **Bezahlung der Speisen erfolgt täglich in der Speisenausgabestelle.**

Die Speisungskarte berechtigt nur zur Speiseneinnahme in der darauf bezichneten, für die Wohnung des Teilnehmers zuständigen Speisenausgabestelle. Die Speisungskarte ist dort täglich vorzulegen. Gegen Abtrennung des Tagesabschnitts und Zahlung von 40 Pf. für die ganze oder 20 Pf. für die halbe Portion erhält der Teilnehmer dort für jede bestellte Portion eine - bei ganzen Portionen größere, bei halben Portionen kleinere - Kontrollblechmarke, gegen deren Anshändigung die Abgabe des Essens erfolgt. Nicht benutzte Tagesabschnitte sind verfallen.

Es wird vorausgesetzt, daß die Teilnehmer die Speisen in ihrer Wohnung verzehren; ausnahmsweise und nur für Personen, die genötigt sind, das Essen an Ort und Stelle einzunehmen, sind einige Sitzplätze und einfache Speisegeräte vorgesehen.

Berlin, den 6. Juli 1916.

Magistrat der **Königlichen Haupt- und Residenzstadt.**

214 V. Speiß. 16. Vermuth.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Tel.-Amt Norkipplatz 10623, 3578. Bureau: Kungestraße 30.

Bezirks-Versammlungen der Einseher

heute Sonntag, den 9. Juli 1916, vormittags 10 Uhr, in den bekannten Lokalen.

Gemeinsame Branchen-Versammlung der Küchenmöbel-Tischler und Maler

am Montag, den 10. Juli, abends 8 Uhr, bei Stein, An der Stralauer Brücke Nr. 3.

Tagesordnung:

1. „Wie zahlen die Unternehmer die Feuerungszulage?“ 2. Diskussion.

Branchen-Versammlung der Bergolder

am Dienstag, den 11. Juli, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 5.

Tagesordnung:

Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern betreffs Feuerungszulagen.

Laden- und Kontormöbeltischler.

Dienstag, den 11. Juli, abends 6 Uhr, bei Werkmann, Gr. Frankfurter Str. 16.

Tagesordnung:

Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern über Feuerungszulagen.

Stockerarbeiter.

Dienstag, den 11. Juli 1916, nachmittags 5 1/2 Uhr, in Stadens Bierhaus, Michaelskirchstr. 24.

Vertrauensmänner-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Forderungen unserer Oberwälder Kollegen. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. Jede Werkstatt muß durch mehrere Kollegen vertreten sein.

88/17

Die Ortsverwaltung.

Rheuma, Kopf- und Nervenschmerzen.

Fand nach sechs-jährigen Qualen endlich ein Mittel, das half.

Herr J. B. in Hildesheim schreibt: „Ich kann Logal-Tabletten als erstes Mittel empfehlen, welches mir in meinem seit 6 Jahren bestehenden Rückenmarkleiden (Nervenschmerzen) Linderung von den unlagbarsten Schmerzen gebracht hat, nachdem ich zahllose andere Mittel vergeblich angewandt hatte.“ Ähnlich berichten viele andere, welche Logal nicht nur bei allen Arten von Nervenschmerzen, sondern auch bei Rheumatismus, Gicht, Ischias, Hergenschuß, Schmerzen in den Gelenken und Gliedern anwandten. Verlässlich glänzend bewährt. Alle Apotheken führen Logal-Tabletten.

Passendes in allen Abteilungen für starke, auch schwache Figuren.

Auswahlsendungen nach ausserhalb gegen Anzahlung.

Billige Preise!

Fesche Gummimäntel aus Kammgarn, Popeline, wunderbare Schnitte, Glockenformen, in blau, grün, top, weinrot, roseda
36,- 28,- 22 1/2 17,-

Imprägnierte Staubmäntel, reizende Stoffe
29,- 21,- 18,- 12,-

Lodenkostüme
66,- 42,- 35,-

Lodestmäntel 33,- 28,- 20,-

Seiden-Gummimäntel, imprägnierte, entzückende Aufmachungen, wunderbare, leichte, erprobte Qualitäten
75,- 62,- 54,- 41,- 33,- 28,-

Glockenformen in zirka 20 Farben und allen Größen.

Modell-Kostüme. Prachtstücke aus Kammgarn, Tsch. Gabardine, Samt, Schöpfungserster Meister und Werkstätten, auch neueste Herbstkostüme
150,- 120,- 90,- 68,- 50,-

Fesche Kammgarn- und Kränzelstoff-Kostüme
45,- 36,- 29,- 18,-

Modell-Seidenröcke
48,- 35,- 27,-

Fantasieröcke 18,- 12,- 6,-

Billige Preise!!!

Plüschmäntel. Die berühmten Westmannschen Plüschmäntel
150,- 130,- 120,- 90,- 65,-

1. Geschäfte:
Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)

Feilmäntel. Die schönsten Feilmäntel aus besten Fellen und gediegenster Qualität
1200,- 900,- 600,- 400,-

1. Geschäfte:
Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)

Samstags geöffnet 8-10 Uhr.

Mollige Ulster. Beste molligste Stoffe, weiche Qualitäten, Prachtstücke, wunderbare Formen
105,- 75,- 54,- 33,- 20,- 18,-

1. Geschäfte: Große Frankfurter Straße 115 (nahe Andreasstr.)

Westmann

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714. Bureau geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr.

Achtung! Militäreffekten-Gürtler! Achtung!

Dienstag, den 11. Juli 1916, abends 5 1/2 Uhr:

Große Versammlung

aller Kollegen und Kolleginnen, welche Militäreffekten herstellen, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 3.

Tagesordnung:

- 1. Stellungnahme zu unseren Betriebsverhältnissen.
- 2. Diskussion. 3. Beschließens.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, pünktlich zu erscheinen.

Achtung! Die nächste ordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin findet am 21. August dieses Jahres statt.

Entwürfe hierzu müssen bis spätestens 24. Juli in den Händen der Ortsverwaltung sein.

Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tapezierer Deutschlands (Ersatzkasse) Sitz Hamburg.

(Filialen Berlin.)

Dienstag, den 11. Juli 1916, abends 8 1/2 Uhr:

Jahresversammlungen

Filiale I: Puttkamerstr. 9 bei Lörsh.
Filiale II: Elisabethkirchstr. 14 bei Roewer.
Filiale III: Engelufer 15, Gewerkschaftshaus, Saal 3.

Tagesordnung:

- 1. Kassensbericht. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung.
- 4. Beschließens.

178/15

Die Ortsverwaltungen.

Milfix-Weisskäse

kann sich jede Hausfrau selbst bereiten. Ein viertel Pfund Milfix wird in 1 1/2 Liter kaltem Wasser in bekannter Weise aufgelöst. Nach 3 Tagen erhält man den besten Weisskäse.

Milfix ist garantiert reine Magermilch in Pulverform.

Restlos löslich.

Ueberall erhältlich.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin-Schöneberg.

Am Mittwoch, den 26. Juli 1916, abends 8 Uhr.

findet im Schwarzen Adler, Schöneberg, Hauptstr. 144 eine außerordentliche

Auschuß-Sitzung

statt. Dieselbe ist nicht-öffentlich.

Tagesordnung:

- 1. Berleung des Protokolls der Auschuß-Sitzung vom 27. April 1916.
 - 2. Erneute Beschlußfassung über die Dienstordnung für die Angestellten der Kasse.
 - 3. Kenntnisnahme von dem Entschluß des Königlichen Oberverwaltungsamts betr. Entschädigung für die Teilnahme an Auschußsitzungen. (§ 98 der Satzung.)
 - 4. Kassensangelegenheiten.
- H. Uhlmann, Stamm, Vorsitzender.
C. Bräuner, Schriftführer.

Münzen kauft Rob. Ball Rdfl. Münzenhdlg., Berlin, Wilhelmstr. 46/47

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden - Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufs-
222/6 störung. Teilzahlung.
Sprechstunden: 10-1 und 5-8.

Verband der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe Berlin.

Dierdurch bringen wir unseren Mitgliedern weitere Opfer des Weltkrieges zur Kenntnis:

Otto Dinse, Paul Böse, Paul Windisch, Lithograph, gefallen am 30. Juni 1916 durch Granatsplitter.

Ein ehrendes Andenken ist ihnen gesichert.

Die Ortsverwaltung.

108/7

Verein der Freidenker für Feuerbestattung

zu Berlin.

Am 4. d. M. verstarb unser Mitglied, Frau

Antonie Veters

geb. Gottschalk, Schöneberg, Hirschenstr. 52, im 79. Lebensjahre.

Ehre ihrem Andenken!

Die Einäscherung hat auf Wunsch der Verstorbenen in aller Stille am 8. d. M. im Krematorium in der Gerichtstraße stattgefunden.
285/3 Der Vorstand.

Zum Sterbetage meines lieben, unvergesslichen Sohnes, des Musiklers

Heinrich Nest

Ref.-Inf.-Regt. Nr. 12, 9. Komp., gestorben am 9. Juli 1915 im Kriegslazarett.

In schmerzlicher Erinnerung die tiefbetrübt Mutter

Witwe Emma Nest.

Auf baldig frohes Wiedersehen, Erleucht Du so oft.

Nun ruhest Du schon ein Jahr in kühler Erde,

Du hörst nicht mehr die Friedensglocken,

Was dich ersehnt dein junges Herz.

So ruhe denn sanft als Held gebettet,

Befreit von allem Schmerz.

Derzlichen Dank allen, die seiner im Heide liebevoll gedenken.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 30. Juni 1916 unser innigstgeliebter, unvergesslicher Sohn und Bruder, der Lithograph

Paul Windisch

nach vollendetem 26. Lebensjahre. Möge ihm die Erde leicht sein!

Um stille Teilnahme bitten

Gustav Windisch und Frau Sally geb. Bachmann.

Kurt Windisch als Bruder, zurzeit im Felde,

und Frau Frida geb. Georgi.

Walter Windisch als Bruder, zurzeit im Felde.

Emma Götz als Braut.

Nachruf.

In treuerster Pflichterfüllung starb am 7. Juli 1915 den Heldentod fürs Vaterland auf dem Felde der Ehre, infolge seiner schweren Verwundung durch Kopfschuß am 6. Juli, mein innigstgeliebter Mann

Karl Gahl

im vollendeten 44. Lebensjahre.

In tiefstem Schmerz und unlagbarem Leid

Die trauernde Gattin

Rosette Gahl geb. Schwagerus nebst Angehörigen.

Charlottenburg, Kanfstr. 96.

Als Geld liegt Du gebettet, fühlst nichts von schwerer Zeit, Du bleibst mir unvergessen In alle Ewigkeit. 111/1

Ruhe sanft in Frieden!

Dem Weltkriege zum Opfer fiel am 27. Juni 1916 auf Dorschpoliten mein heißgeliebter, unvergesslicher Gatte

Otto Jung

Inf.-Regt. Nr. 35, 2. Komp.

Die tieftrauernde Witwe

Emma Jung geb. Freund, Hirschstr. 44. 936/6

Ich traure, luge, ach es ist vergebens.

Nichts bringt Dich Guten, Tränen mehr zurück.

Du warst die Hoffnung und die Freude meines Lebens,

Im fernem Land vollzog sich Dein Geschick.

Nur wer Dich kannte, weiß, was ich verloren.

Und weiß, warum ich weine - weine.

Geliebt, beneidet und unvergessen.

Als Opfer dieses Weltkrieges fiel am 26. Juni durch Kopfschuß mein lieber, guter Mann und treusorgender Vater meiner einzigen Tochter, guter Sohn, Schwiegerjohn, Bruder, Schwager und Onkel im Alter von 36 Jahren, der Landsturmmann

Max Hasse

Inf.-Regt. 35.

Dies zeigen an in tiefem Schmerz

Die trauernde Gattin Helene Hasso geb. Schlippe und Tochter Erna nebst Angehörigen.

Wer ihn gekannt, weiß, was wir verloren.

Ruhe sanft in Friedensland!



Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Auf dem Schlachtfeld gefallen unser Genosse, der Tapetendrucker
Emil Hafemann
8. Abt. Bezirk 138.

Am 14. Juni 1916 starb infolge Krankheit im Lazarett Magde-
burg unser Genosse, der Dreher
Richard Hofmann
8. Abt. Bezirk 125.

Am 27. Juni 1916 fiel auf dem Schlachtfeld unser Genosse
Otto Jung
2. Abt. Bezirk 53.

206/9 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 2. Berliner Reichstagswahlkr.
Durch Kopfschuß fiel am 25. Juni unser Genosse, der Schriftföhrer
Paul Beyer.

Am 25. Juni fiel unser Genosse, der Tischler
Hermann Göbel.
214/16 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

In einem Feldlazarett verstorben der Hausdiener
Max Leopold
Auguststraße 50a, 5. Abteilung.

222/12 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 5. Berl. Reichstagswahlkr.
Im Felde gefallen am 6. Juni 1916 ist unser Mitglied
Paul Wolf

Koslofer Straße 36, Abt. 14 Bezirk 600a
im Alter von 25 Jahren.

Am 31. Oktober 1915 starb, 29 Jahre alt, in russischer Gefangen-
schaft unser Genosse
Karl Pehl

Pulitzer Straße 43, Abt. 8 Bezirk 509.
227/8 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 6. Berliner Reichstagswahlkr.

Am 26. Juni fiel im Felde der Bergolder
Willi Schultze
Müngerstraße 17, 3. Bezirk.

Im Felde fiel der Jäger
Paul Walterstein
Künigener Straße 9, 5. Bezirk.

238/6 Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.
Durch Bewundung starb im Alter von 30 Jahren im Lazarett
unser Genosse, der Fabrikarbeiter

Wilhelm Meier
Grünberger Straße 10, 1. Bezirk 11. Gruppe.

13/13 Sozialdemokr. Wahlver. Niederbarnim. Bez. Lichtenberg.
Am 24. Juni fiel als Opfer des Weltkrieges unser Genosse
Otto Hinze

im Alter von 25 Jahren.
244/12 Sozialdem. Wahlver. Niederbarnim. Bez. Hohenschönhausen.

Durch Balkentrefser fiel in der Nacht vom 23. zum 24. Juni der
Glasmacher
Karl Aschendorf.

244/13 Sozialdem. Wahlverein Niederbarnim. Bez. Straßau.
Durch Bauchschuß fiel im Juni unser Jugendheimleiter von
Hohen-Neuendorf, der Dreher

Emil Hanschke
aus Hohen-Neuendorf.

In den Folgen der Cholera starb im Juni unser früherer
Gruppenführer, der Schlosser
Hermann Engel
aus Bienenwerder.

244/14 Sozialdem. Wahlverein Niederbarnim. Bez. Waldmannslust.

**Zentralverband der Zimmerer
Deutschlands.**
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Bezirk 10.
Den Bezugsgenossen zur Nach-
richt, daß unser Mitglied
Karl Molketeller
am 4. d. Mts. tödlich verunglückt ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet demnächst
in seiner Heimat in Schleien statt.
254/13 Der Vorstand.

Als Opfer des Weltkrieges fiel
am 23. Juni 1916, von einer
Granate getroffen, unser einziger
Sohn, Bruder und Schwager,
der Jäger
Otto Hoffmann
im 24. Lebensjahre. 1839K
In tiefer Trauer
Emil Hoffmann und Frau
als Eltern,
Feldwebel Bretschneider u. Frau
als Schwager und Schwester.
Du starbst zu jung, Du starbst
zu früh,
Begraben werden wir Dich nie!

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Filiale Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß folgende Kollegen auf dem
Schlachtfeld gefallen sind:
Karl Hoppe, 18. Reiter-Inf. (bestim.)
Karl Ristau, Charlottenburg.
Paul Jankowiak, 1. Reiter-Inf. (bestim.)
Erich Schnee, Zuhlgarten.
Max Tscharncke, Straßenreinigung.
Otto Griffke, Sanalisation.
Richard Sewohl, Gossanthal Gießerei Str.
Johann Gladisch, 1. Reiter-Inf. (bestim.)
Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.
33/19 Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen
Kollegen.

Ernst Fuhrmann, Schlosser,
geb. 11. 5. 1893 in Sahnitz.

Otto Hoffmann, Werkzeugmacher,
geb. 6. 7. 1892 in Berlin.

Richard Hoffmann, Dreher,
geb. 1. 5. 1888 in Berlin.

Walter Kassner, Arbeiter,
geb. 11. 6. 1892 in Berlin.

Georg Kuklinski, Klempner,
geb. 5. 4. 1876 in Allenstein.

Fritz Noack, Arbeiter,
geb. 7. 10. 1885 in Zafobdorf.

Fritz Pfannmüller,
geb. 1. 5. 1887 in Berlin.

Wilh. Rohde, Dreher,
geb. 22. 10. 1893 in Berlin.

Max Rossak, Former,
geb. 26. 4. 1881 in Neustadt.

Emil Seiler, Former,
geb. 12. 1. 1880 in Berlin.

Franz Siefert, Former,
geb. 29. 10. 1895 in Berlin.

Fritz Thurau, Arbeiter,
geb. 9. 5. 1878 in Königsberg.

Willi Waschke, Arbeiter,
geb. 3. 12. 1891 in Berlin.

Paul Wolf, Arbeiter,
geb. 20. 10. 1891 in Brandenburg.

Ehre ihrem Andenken!
119/16 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Zahlstelle Berlin.

Im Felde gefallen sind folgende Mitglieder:

Paul Bellenbaum, Drehschler, 26 Jahre alt.

Georg Berinskat, Maschinenarbeiter, 20 Jahre alt.

Alexander Dischleit, Tischler, 25 Jahre alt.

Oskar Hampel, Tischler, 28 Jahre alt.

Paul Hirschfeld, Tischler, 37 Jahre alt.

Gustav Kloß, Tischler, 35 Jahre alt.

Otto Kobold, Tischler, 28 Jahre alt.

Karl Limberg, Kollierer, 29 Jahre alt.

Paul Scharte, Bergolder, 22 Jahre alt.

Artur Schiller, Holzarbeiter, 20 Jahre alt.

Otto Weber, Müßelpolsterer, 27 Jahre alt.

Eduard Zamaitat, Tischler, 42 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!
87/18 Die Ortsverwaltung.

Wiederum haben wir folgende Turngenossen als Opfer
des Weltkrieges zu beklagen:

Paul Hagen, 2. Männerabteilung
Richard Scholisch, 2. "
Paul Thurow, 2. "
Oskar Suckrow, 3. "
Walter Mücke, 3. "
Richard Seidler, 5. "
Fritz Schneider, 9. "
Robert Güthert, 10. "
Georg Pschichholz, 13. "
Erich Gräber, 13. "
Bruno Grabowsky, 17. "
Franz Pflüger, 18. "
Ehre ihrem Andenken! 185/14

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 5. Juli verstarb unser
Parteilgenosse

August Freitag
Beif. 47, 21. Bez.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Montag, den 10. Juli, nach-
mittags 1 1/2 Uhr, auf dem Neu-
köllner Friedhof, Marien-
dorfer Weg, statt.

Um rege Beteiligung ersucht!
238/7 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Metall-
arbeiter

Gust. Marksteiner
am 5. Juli an Lungenleiden ge-
storben ist.

Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 9. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes in
Alt-Glienide aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.
Den Kollegen ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Metallarbeiter

Hermann Pietsch
am 6. Juli an Speiseröhrenleiden
gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 9. Juli, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes
in Pantofel aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.
Nachruf.
Den Kollegen ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Schlosser

Ernst Brummer
am 24. Juni (Freitod) ge-
storben ist.

Den Kollegen ferner zur Nach-
richt, daß unser Kollege, der
Werkzeugmacher

Alfred Knobel
am 24. Juni infolge Unfalls
(Schädelbruch) gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!
119/15 Die Ortsverwaltung.

Als Opfer dieses Krieges fiel
am 20. März unser heißgeliebter,
hoffnungsvoller Sohn, mein be-
geisterter Bruder, mein einzi-
gelliebter Bräutigam, der Kan-
turmann 1152

Erwin Heinze
Inf.-Regt. Nr. 48, 12. Komp.

Im blühenden Alter von sechs-
undzwanzig Jahren. Er folgte
seinem um fünf Jahre jüngeren
Bruder Max nach zehn Monaten.

Die tiefbegrängten Eltern
Hugot Heinze und Frau
nebst Tochter Frieda,
Anna Streckmann, Brand.

Kun kehrt ihr uns nimmermehr
zurück, — Beruht ist die letzte
Spur, — Von all' unserm Eltern-
stolz, unserm Glück — Wieden
drei Kränze nur. — Zwei, die da
ragen aus blühendem Sand, — Auf
den Gräbern, die niemand pflegt,
— Das dritte, das schwerer wie
Eisen und Blei, — Das das
Schicksal uns auferlegt.

Dort drücken im ferne Lande, —
Da senkte man meine Bräuter hin-
ab, — Zur Auferst. da nimmst
man die Besten, — Schlast wohl,
Ihr Lieben, im fernem Grab,
Und ich bitte den Wind und die
Sonne, — Wenn der Weg über's
Grab sie führt, — Grüßet mir
meinen kranken Erwin, — Dem
all' meine Liebe gebührt.

Mit der Sehnsucht im Herzen
nach Euren Lieben, — Mit der
Sehnsucht im Herzen, da seid ihr
geblieben.

Als Opfer des Weltkrieges
fiel unser lieber Kollege, der
Dreher

Emil Hanschke
Inf.-Reg. 24.

Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.

Die Kollegen der D. B. W.
Charlottenburg.
Abt. Schneider. Bd. 3. 978

Statt jeder besonderen Anzeige!

Allen Freunden und Bekannten
hiermit die traurige Nachricht, daß
unser lieber Sohn, Bruder und
Gatte

Max Frommhold
201. Infanterie-Regiment
am 24. Juni auf dem Felde der
Ehre gefallen ist und auf einem
Friedhof begraben liegt.

In Schmerz und Trauer
Amalie Frommhold als Gattin.
Die Eltern und Geschwister.
Berlin, Rumpffstr. 21,
den 6. Juli 1916.

Arbeiter-Turnverein Weißensee.

Als Opfer des Weltkrieges fiel
unser Turngenosse, Unteroffizier

Herm. Schultrich
im Alter von 26 Jahren.
Sein Andenken werden wir
stets in Ehren halten. 185/13

Als Opfer des Weltkrieges
fiel der Heldentod am 24. Juni
1916, abends 11 Uhr 40 Min.,
durch einen Brustschuß mein
innigstgeliebter Mann, der treu-
sorgende Vater meines einzigen
Kindes

Gustav Kolbatz
Grenadier-Reg. 261, 5. Komp.
im 38. Lebensjahre.

Dies zeigt in tiefstem Schmerz an
Auguste Kolbatz als Gattin
nebst Tochter Frieda.

Berlin, Regnier Str. 28.
Es leuchtet die Sonne so golden
und schön.

Doch Du, mein Lieb, siehst sie
nicht mehr aufgehen.
Dein Hügel liegt einsam im
fernen Land.

Dort senkten sie Dich zur Ruhe
hinab.
Ich konnte nicht Blumen Dir
streuen aufs Grab,
So hole mich bald zu Dir
hinab. 1412

Kein von seinen Lieben fiel
auf Balken in diesem Kriege durch
feindliche Mine mein lieber Mann
und Vater seines innigstgeliebten
Kindes, der Musikler

Fritz Pfannmüller
am 27. Juni 1916.

In tiefer Trauer
Ella Pfannmüller
und Klein-Gebild.

Du hast nur für die Deinen
gestrebt, hab Dank für Deine
Liebe, Deine heilige Pflicht zu
erfüllt, unser Kind in Deinem Sinne
zu erziehen.

Liebe Papa, ruhe sanft!
9135 Deine Pappi.

Als Opfer dieses Krieges fiel
am 28. Juni durch
eine Granate unser einziger, ge-
liebter und hoffnungsvoller Sohn
und Bruder, der Gefreite, Lehrer

Walter Kühn
Reserve-Infanterie-Reg. Nr. 202,
im blühenden Alter von fast 24
Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen
Rudolf Kühn u. Frau, als Eltern,
Margarete, als Schwester.

Otto Bernat, als zukünftiger
Schwager, zugleich im Felde.
Neukölln, Sanderstr. 24.

Wie schwer war Dir das Scheiden
von uns, geliebtes Herz,
Weißt nicht, was wir jetzt leiden,
In tiefem, großem Schmerz.

Wir haben alle Frage,
Nur kehre bald zurück!
Doch jetzt nur eine Klage,
Vorbei ist unser Glück.

Nur war unsere Freude,
Lied ist unser Schmerz;
Dram schimmert's sanft, Da treu-
geliebtes Herz.

Du wachst so gut, Du starbst so früh,
Wer Dich gefasst, verghit Dich nie!
Ruhe sanft in Feindesland.

Dem Völkerringen zum Opfer
fiel unser lieber Freund und
Vetter

Hermann Grande
im blühenden Alter von 20 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Arbeiter-Jugendheim II,
Gr. Frankfurter Str. 123.

Nachruf
zum heuligen Sterbetage meines
herzensguten Mannes und Vaters
meiner beiden Kinder, des frei-
willigen Kampfesopfers

Hugo Marschall.
Nichts Betrübenderes giebt's
auf Erden, nichts kann mehr zu
Dingen geh'n, als betrübte Witwe
werden, als verlassen zu Waisen
geh'n.

In schmerzhaftester Erinnerung
Witwe Wanda Marschall
geb. Avoll.

Alfred und Elfriede
als Kinder.
Berlin, Uhrmacherstr. 22. 412

Allen Freunden und Parteige-
nossen die traurige Nachricht,
daß unser lieber Jäger

Paul Wolf
4. Rej.-Jäger-Bat., 4. Komp.
am 6. Juni 1916 gefallen ist.

Dies zeigen an
Oswald Schubert,
2. J. im Felde.

In tiefer Trauer
1302K Hofkoder Straße 36.

Auf Rosen wartest Du nie getreut,
Von Rosenen wartest Du hingeraut,
Die Lehren, die Du ewigmentent
Sie sind mit Dir ins tiefe Grab.